

Welt-sichten

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit

Zurück zu den Wurzeln?

Landwirtschaft zwischen Agrarökologie und neuer Gentechnik

SUDAN: Die Zyklen der Gewalt durchbrechen | **WILDFLEISCH:** Aus Afrika frisch auf den Tisch | **BHUTAN:** Eingeklemmt zwischen Indien und China

EDITION • LE MONDE *diplomatique*

USA

Die zerrissene Supermacht



taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin

**Jetzt
bestellen**

Die zerrissene Supermacht

Bible Belt und Ivy League, Blue States und Red States, Black Lives Matter und Waffenfans: Die gesellschaftlichen Gräben in den USA scheinen unüberwindbar. Und in diesem Herbst stimmt die älteste Demokratie der Welt womöglich über ihr eigenes Fortbestehen ab.

Mit Beiträgen von Edna Bonhomme, Evgeny Morozov, Rebecca Solnit, Charlotte Wiedemann, Loïc Wacquant und vielen anderen plus 12 Seiten Originalgrafiken von Adolf Buitenhuis.



11,00 Euro, zzgl. Auslandsversand
broschiert, 112 Seiten

shop@taz.de

monde-diplomatique.de/edition35



Melanie Kräuter
ist Redakteurin
bei welt-sichten.

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Jahr habe ich in unserem Garten ein paar Tomatenpflanzen gesetzt und Salat, Kohlrabi, Gurken und mehrere Beeren gepflanzt. Die Ernte ist bis jetzt eher schwächig, das Unkraut wuchert, die Schnecken haben den Salat und die Kohlrabipflanzen zerfressen. Dieses bisschen Hobbygärtnern vermittelt mir eine Ahnung, wie schwierig es für Landwirte sein kann, unsere Nahrungsmittel zu erzeugen.

Mit dem Klimawandel machen immer häufiger Dürren, Starkregen, aber auch Parasiten Bauern ihre Ernte kaputt. Was dagegen tun? Uganda hat als Reaktion das Konzept der Agrarökologie gesetzlich verankert. Die Reportage von Simone Schlindwein zeigt, dass das gut zu funktionieren scheint. In Sri Lanka wollte die Regierung aus Mangel an Devisen

unvermittelt auf Öko-Landwirtschaft umstellen. Warum das gescheitert ist, sich Kleinbauern aber jetzt auf eigene Faust im Bioanbau weiterbilden, hat Katharina Nickoleit für uns aufgeschrieben. In Indien ist die ländliche Gesellschaft vielfach gespalten, schildert Satendra Kumar: Die grüne Revolution hat einflussreiche, wohlhabende Bauern hervorgebracht, aber mit den

ökologischen Folgeschäden, dem Abbau von Subventionen und dem Vordringen der Industrie sind sie vom Abstieg bedroht; zugleich sind Kleinstbauern und Landlose auf Lohnarbeit angewiesen. Eine Folge sind häufige Proteste indischer Bauern.

Wahrscheinlich ist für die Zukunft der Landwirtschaft eine Mischung aus traditionellem Wissen und neuen Technologien gefragt. In Kolumbien wird zum Beispiel daran geforscht, Bienen widerstandsfähiger gegen Pestizide zu machen, berichtet Knut Henkel. Und mein Kollege Tillmann Elliesen geht der Frage nach, ob mit der Gen-Schere veränderte Pflanzen afrikanischen Kleinbauern einen Nutzen bringen.

Daneben schildert Robert Barnett, wie Bhutan – eingeklemmt zwischen den mächtigen Nachbarn China und Indien – versucht, keinen der beiden zu provozieren. Sarah Fernandes berichtet aus Brasilien, wie Rinder beim Export in großen Frachtern gequält werden und das Ökosystem Schaden nimmt. Und Laura Salm-Reifferscheidt ist illegalen Wildfleisch-Importen aus Afrika nach Europa, ihren Gründen und Folgen nachgegangen.

Ich wünsche eine interessante Lektüre; lassen Sie sich das Sommerobst schmecken, ob selbst angebaut oder nicht.

Melanie Kräuter

Uganda hat das Konzept der Agrarökologie gesetzlich verankert. Das scheint bisher gut zu funktionieren.



16

Auswirkungen des Klimawandels wie Starkregen und Dürren werden zunehmend auch in der Landwirtschaft spürbar, und die Farmer müssen ihre Arbeit daran anpassen. Im Februar dieses Jahres gab es im Dorf Pedavuppu im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh aber wohl eine recht gute Ernte. Zumindest haben die Landarbeiter hier viel frischen Blumenkohl zu verpacken.

AP PHOTO/ALTAF QADRI



JEKESAI NJIKIZANA/AFP VIA GETTY IMAGES

30

Eine Bäuerin in Simbabwe prüft ihre Sorghumpflanzen. Forscher arbeiten mit Hilfe der neuen Gen-Schere an einer Sorte, die widerstandsfähig gegen Parasiten und Kleinbauern zugänglich ist.

SCHWERPUNKT: LANDWIRTSCHAFT

► 16 Öko-Landwirtschaft trägt Früchte

In Uganda ist Agrarökologie eine Leitlinie der nationalen Politik
Simone Schlindwein

22 Indiens Bauern protestieren wieder

Agrarreformen sorgen für Unmut in der gespaltenen ländlichen Gesellschaft
Satendra Kumar

26 Von Extremwetter, traditionellem Saatgut und tiefen Brunnen

Vier Frauen und Männer aus Afrika, Indien und Brasilien erzählen, wie es um ihre Landwirtschaft steht

28 Biowende: gewünscht, aber vorerst gescheitert

In Sri Lanka hat die Regierung die Agrarwende überstürzt
Katharina Nickoleit

30 Gentechnik für Arme?

Ob die Gen-Schere Afrikas Kleinbauern etwas bringt, ist noch nicht ausgemacht
Tillmann Elliesen

33 Ein Gegengift für die Bienen?

In Kolumbien wollen Forscher die Widerstandskraft der Bienen gegen Pestizide stärken
Knut Henkel

36 Die Hirten und das Kapital

Reiche Viehhirten im Sahel möchten Land privatisieren
Georg Klute

► Titelthemen

Teile dieser Auflage enthalten eine
Eigenbeilage von **WELT-SICHTEN**.



Indien und China versuchen beide, im kleinen Himalaya-Königreich Bhutan ihre Interessen durchzusetzen. Hier weiht Indiens Premierminister Narendra Modi (links) in Bhutan ein Krankenhaus mit ein.

58

AUFTAKT

- 6 Was tut sich ... auf den Philippinen?
- 6 Fünf Fragen an: Carina Vetye, die Projekte von Apotheker ohne Grenzen Deutschland koordiniert
- 8 Global Lokal: Berlin bekommt ein „Dekoloniales Denkzeichen“
- 9 Personalia

STANDPUNKTE

- 10 Leserbrief
- 11 Leitartikel: Klimakompensation ist ein Auslaufmodell
Tillmann Elliesen
- 12 Herausgeberkolumne: Keine Inklusion auf Kosten von Frauen
Rainer Brockhaus
- 12 Kommentar: Weg mit homophoben Gesetzen aus der Kolonialzeit!
Melanie Kräuter
- 13 Kommentar: Bundeshaushalt im Geiste des nationalen Egoismus
Bernd Ludermann
- 14 Gastkommentar: Die Zyklen der Gewalt im Sudan durchbrechen
Hala al-Karib

JOURNAL

- 38 Kurz erklärt: Kommt die Milliardärssteuer?
- 39 Schweiz: Neue Initiative für nachhaltigen Kaffee
- 42 Brüssel: Entwicklungsfinanzierer fühlen sich benachteiligt
- 43 Österreich: Ein Preis für entwicklungspolitische Forschungsarbeiten
- 43 Berlin: Bildung statt Bomben für den Sahel
- 45 Kirche und Ökumene: Äthiopische Katholiken zur Lage im Land

SERVICE

- 62 Filmkritik
- 62 Rezensionen
- 66 Kulturtipp / Impressum

WELT-BLICHE

- 46 Wildfleisch: Aus Afrika frisch auf den Tisch
Afrikaner in Europa lieben Buschfleisch aus der Heimat. Deshalb wird es illegal eingeführt
Laura Salm-Reifferscheidt
- 50 Brasilien: Tierquälerei auf hoher See
Rinder werden ohne Rücksicht auf Tier- oder Umweltschutz verschifft
Sarah Fernandes
- 54 Türkei: Afrikas Händler am Bosphorus
Aus Istanbul liefern Afrikaner Kleider und Möbel in ihre Heimatländer
Elisa Domingues dos Santos
- 58 Bhutan: Eingeklemmt zwischen Indien und China
Die mächtigen Nachbarn zerren an dem kleinen Königreich
Robert Barnett

Was tut sich ... auf den Philippinen?

Der absurde Krieg gegen den Terror geht weiter

Wer sich in der philippinischen Zivilgesellschaft engagiert, lebt gefährlich, wie das Beispiel der Aktivistin Jazmin Aguisanda Jerusalem zeigt.

Als Jazmin Aguisanda Jerusalem am 3. Mai 2024 morgens online ihr Konto checkt, stellt sie fest, dass ihre Banken ihr persönliches Konto und vier weitere Konten der von ihr geleiteten Hilfsorganisation Leyte Center for Development Inc (LCDe) eingefroren haben – gemäß einer Anordnung des Anti-Geldwäsche-Rates vom 2. Mai. Die Begründung ist ebenso vage wie umfassend: „Finanzierung des Terrorismus.“

442

politische Aktivisten hat die Regierung von Präsident Rodrigo Duterte während dessen sechsjähriger Amtszeit getötet.

([HTTPS://KURZELINKS.DE/RABR](https://kurzelinks.de/RABR))

Die Nachricht verblüfft örtliche Beamte und auch den deutschen Botschafter Andreas Pfaffernoschke. Erst im Januar hat er an der Einweihung einer gespendeten Reismühle in West-Samar teilgenommen, an der Jerusalems Organisation beteiligt war. Die deutsche Botschaft in Manila drängt auf eine rasche Überprüfung der Kontensperrung, da sie die Bemühungen der Botschaft beeinträchtigt, „die Lebensbedingungen der Begünstigten in den armen und marginalisierten Regionen von Samar und Leyte zu verbessern“.

Immerhin gehören die Klienten von LCDe zu den am stärksten von Wetterextremen bedrohten Bevölkerungsgruppen auf den Philippinen. Erst vor kurzem hat Jerusalem in zwei Städten in Ost-Samar staatliche Beamte in Katastrophenmanagement geschult und transportable Betten, Wasserbehälter und andere Hilfsmittel bereitgestellt.

2017 erhielt LCDe für seine Katastrophenvorsorge den International Climate Heroine Award von CARE Deutschland; 2021 verlieh das UN Women International Network for Disaster Risk Reduction (WINDRR) Jerusalem seinen Leadership Award.

Üblicherweise werden Personen, deren Konten eingefroren werden, anschließend auch wegen Terrorismus vor Gericht angeklagt. Ende Mai jedoch reist Jazmin Aguisanda Jerusalem in die Vereinigten Staaten, um auf einem internationalen Forschungssym-

Fünf Fragen an:

Carina Vetye

ist Apothekerin und koordiniert seit 22 Jahren Nothilfe und langfristige Projekte von Apotheker ohne Grenzen Deutschland.



Woran arbeiten Sie gerade?

Ich erstelle ein Handbuch für medizinische Fachkräfte in der Nothilfe. Sie kommen oft aus wohlhabenden Ländern und haben ein breites Spektrum an Medikamenten zur Verfügung. Wenn die nicht vorhanden sind, sind sie ratlos und stellen viele Fragen, die zu beantworten niemand Zeit hat. Indem ich zum Beispiel kurz und knapp erkläre, welche – besser verfügbaren – Mittel in vielen Situationen auch helfen, wie und bei wem sie eingesetzt werden können, helfe ich, Zeit und Ressourcen vor Ort zu sparen.

Manchmal wird diese Hilfe von den betroffenen Ländern auch ausgeschlagen. Warum?

Es gilt: Wenn mein Haus kaputt ist, darf trotzdem nicht jeder rein. Auch humanitäre Hilfe sollte nur auf Anfrage erfolgen. Was Menschen in Notsituationen brauchen, ist regional auch sehr unterschiedlich. Es ist wichtig, dass die Regie bei den örtlichen Fachleuten liegt. Brasilien hat gerade trotz schlimmster Überflutungen nicht das Ausland um Hilfe gebeten. Ich denke, dass das Land das selbst stemmen kann und will.

Sie sind etwa die Hälfte des Jahres in Argentinien. Was machen Sie dort?

Ich leite eine Apotheke in Armenvierteln von Buenos Aires, es geht um die Arzneimittelversorgung der Ärmsten, aber auch um Ausbildung von einheimischem Personal. Es geht



Lässt sich nicht kleinkriegen: die Aktivistin Jazmin Aguisanda Jerusalem.

INDAY ESPINA-VARONA

posium einen Vortrag über bewährte Praktiken bei der Katastrophenvorsorge zu halten. Vertreter der philippinischen Marine und der Luftwaffe, die auch bei diesem Symposium sind, schlagen ihr dort eine Vereinbarung vor, wonach das LDCe Entwicklungspartner des Militärs sein sollte. Jerusalem lehnt das jedoch ab, weil sie befürchtet, dass dies die Unabhängigkeit ihrer Organisation untergraben würde.

Die Regierung des ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte tötete während seiner sechsjährigen Amtszeit 442 politische Aktivisten, so die Menschenrechtsorganisation Karapatan. Einige wurden von unbekannten Mitgliedern mutmaßlicher regierungsnaher Todesschwadronen ermordet. In den meisten Fällen behauptete das Militär, kommunistische Guerillas getötet zu haben, selbst wenn es sich um bekannte legale

Aktivisten handelte. Seit der Machtübernahme von Präsident Ferdinand Marcos Jr. 2022 wurden 67 weitere Menschen ermordet. Fast alle waren von der Regierung mit einer „roten Karte“ versehen, also beschuldigt worden, einen kommunistischen Aufstand zu unterstützen. Der Oberste Gerichtshof der Philippinen erkannte am 8. Mai die Schwere dieser sogenannten „red tags“ an und bezeichnete sie als Bedrohung des Rechts auf Leben, Freiheit und Sicherheit.

Darüber hinaus ist „lawfare“ weit verbreitet, das heißt die willkürliche Anwendung der Gesetze gegen Regierungskritiker. Wenn beispielsweise Gerichte Aktivisten von Straftaten wie Mord, Totschlag, Waffen- oder Sprengstoffbesitz freisprechen, greift die Regierung auf terrorismusbezogene Anklagen und Sanktionen zurück, die schwerer zu widerlegen sind. Jerusalem berichtet, dass sie und viele ihrer Mitstreiterinnen und Mitstreiter als Folge des Vorgehens der Regierung inzwischen unter Depressionen leiden. Aber sie hofft, dass die Flut von Briefen nichtstaatlicher Organisationen und Regierungsbehörden aus den sieben Partnerländern ihrer Organisation LDCe den philippinischen Staat dazu bringt, seine absurden Behauptungen zu überdenken.

Aus dem Englischen von **Barbara Erbe**.



Inday Espina-Varona
ist Journalistin auf den Philippinen.

darum, mit wenig Mitteln möglichst viel zu erreichen. Eine Apotheke in einer armen Region muss sich auf die Arzneien beschränken, die den meisten Patienten weiterhelfen, sie hat deshalb also nur drei verschiedene Blutdrucksenker im Programm und nicht 30. Ich vergleiche das gern mit einer Küche: Wer für 2500 Leute kocht, bietet keine Spezialgerichte an, sondern Eintopf für alle.

Wie sind Sie persönlich zu dieser Aufgabe gekommen?

Ich bin in Argentinien geboren, zur Schule gegangen und habe dort auch Pharmazie studiert. Meine Großeltern sind Deutsche und vor dem Zweiten Weltkrieg nach Argentinien ausgewandert. Das Land hat sie damals

aufgenommen und unserer Familie ein neues Leben ermöglicht. Heute habe ich das große Bedürfnis, Argentinien etwas zurückzugeben – auch wenn mir die Regierungen der vergangenen Jahrzehnte nicht gefielen.

Was gefiel Ihnen daran nicht?

Argentinien zählte bis Anfang der 1950er Jahre zu den reichsten Ländern der Welt. Die Regierungen haben systematisch in die eigene Tasche gewirtschaftet, heute haben wir eine Armutsquote von knapp 60 Prozent. Deshalb haben viele Menschen Ende 2023 Javier Milei gewählt – von ihm erhoffen sie sich, dass er es anders macht.

Das Gespräch führte **Barbara Erbe**.

Mitmachen!

Radtour für die Menschenrechte

Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird weltweit zunehmend eingeschränkt, berichtet die Menschenrechtsorganisation Amnesty International. In vielen Teilen der Welt werden Menschen für ihren friedlichen Protest verfolgt, inhaftiert oder sogar getötet. Aktivistinnen und Aktivisten möchten sich im August auf dem Fahrrad für die Menschenrechte einsetzen. Sie radeln vom 6. bis zum 13. August in sieben Tagesetappen von Meschede im nördlichen Sauerland bis Wesel am unteren Niederrhein.

An den einzelnen Stationen der Tour – beispielsweise in Schwerte, Witten oder Duisburg – gibt es Infostände für das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Protest, außerdem Treffen mit Menschenrechtsengagierten vor Ort oder gemeinsame Besuche örtlicher Highlight-Aktionen.

Wer die Teilnehmenden treffen, sie unterstützen oder sich mit anderen zum Thema Meinungs- und Versammlungsfreiheit austauschen möchte, findet Programm und Hinweise unter <https://amnesty-schwerin.de/termin/radtour-fuer-die-menschenrechte-2024>. **(erb)**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**





Global Lokal

Berlin bekommt ein „Dekoloniales Denkzeichen“

Bis heute prägt der Kolonialismus die Nord-Süd-Beziehungen, auch in der Eine-Welt-Arbeit. Das anzuerkennen und aufzuarbeiten ist wichtig, sagen Fachleute. Ein Kunstprojekt in Berlin soll ein Zeichen setzen.

Berlin Global Village, das Eine-Welt-Zentrum in der Bundeshauptstadt, bekommt ein „Dekoloniales Denkzeichen“: ein Kunstwerk, das sich „mit dem Kolonialismus als einer wesentlichen Grundlage des Nord-Süd-Verhältnisses künstlerisch auseinandersetzen und eine dekoloniale Perspektive einnehmen“ soll, wie die Organisatoren schreiben. Es soll am 13. September der Öffentlichkeit präsentiert werden und dann gut sichtbar vor dem Berlin Global Village stehen.

In einem international ausgeschriebenen Wettbewerb hatten 244 Künstlerinnen und Künstler, viele davon aus dem globalen Süden, Vorschläge eingereicht. Ein Expertengremium hat diese geprüft und den Gewinnerentwurf ermittelt. Acht migrantisch-diasporische Organisationen aus dem Berlin Global Village waren ebenfalls eingebunden, darunter der Afrika-Rat Berlin-Brandenburg e.V. und die Initiative Schwarze Deutsche ISD e.V. Der Bund und das Land Berlin haben zusammen 1,5 Millionen Euro für den

Der Berliner Kultursenator Joe Chialo (CDU) betrachtet im September 2023 am Afrika-Haus die neue Stele zur Erinnerung an die Berliner Kolonialgeschichte.

PICTURE ALLIANCE/DPA/SOEREN STACHE

Wettbewerb, die Realisierung des Projekts und das begleitende Bildungsprogramm zur Verfügung gestellt. Unter dem Dach von Berlin Global Village sind rund 50 Eine-Welt- und migrantische Gruppen aktiv.

Das „Dekoloniales Denkzeichen“ soll ein erster Schritt auf dem Weg zu einem nationalen Gedenkort für die Folgen des deutschen Kolonialismus sein, sagt Projektleiterin Angelina Jellesen von Berlin Global Village. In Berlin habe 1884/85 die Kongo-Konferenz stattgefunden, auf der die „tragische und gewaltvolle Aufteilung Afrikas“ geplant wurde. Ein nationaler Gedenkort sei daher „zwingend“, diese Einsicht setze sich auch in der Politik langsam durch, so Jellesen.

Auch in der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit besteht weiterhin ein Machtgefälle. Ein Großteil der Eine-Welt-Gruppen arbeitet wie bisher und unterstützt etwa Projekte in Ländern des globalen Südens. Auch Städtepartnerschaften funktionieren in der Regel noch nach diesem Muster: Die Geldgeber sitzen hier bei uns, während die Partner im globalen Süden die Empfänger sind.

Das sei strukturell verankert, meint Stephanie Widholm vom Eine Welt Forum Düsseldorf e.V. Das Bewusstsein dafür werde zwar stärker, aber es ändere sich nur langsam etwas. Für Widholm liegt das auch an den Vorgaben der Fördermittelgeber. Die Bestimmungen müssten eingehalten werden, sonst gebe es kein Geld. Das führe dazu, dass die Kontrolle über Projekte in Deutschland bleibe. Auch Angelina Jellesen sieht hier Veränderungsbedarf. Die Handlungsmacht und die Entscheidungsgewalt über das Budget von Projekten müssten stärker in den globalen Süden verlagert werden.

Verändert hat sich auf jeden Fall die entwicklungspolitische Bildungsarbeit – und Georg Krämer, Bildungsreferent am Welthaus Bielefeld, findet das nicht nur gut: „Wir sehen hier so etwas wie einen unreflektierten Paradigmenwechsel.“ Die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte sei zwar wichtig, aber machtkritisch dürfe man nicht nur gegenüber dem globalen Norden sein, sondern auch gegenüber Machtverhältnissen in Ländern des globalen Südens. Im starken Fokus auf die sehr theorielastigen Ansätze sieht Krämer zudem die Gefahr, dass zentrale entwicklungsbezogene Themen wie Weltwirtschaft, Verschuldung oder Welternährung dort kaum noch vorkommen.

Solche Kritik äußern nur einzelne in der Eine-Welt-Szene. Im Berlin Global Village ist man froh, dass das Projekt „Dekoloniales Denkzeichen“ im September zu einem erfolgreichen Abschluss kommt. Denn angesichts leerer Kassen und des zunehmenden Rechtsrucks in Politik und Gesellschaft ist fraglich, ob ein derartiges Projekt heute noch beschlossen würde.

Claudia Mende

Personalien

ONE



Die Nigerianerin **Nnidi Okonkwo Nwuneli** ist seit April neue Präsidentin der internationalen entwicklungs-

politischen Lobbyorganisation ONE. Sie folgt auf **Tom Hart** und Gayle Smith, die im Frühjahr von ihren Posten als Präsident und Geschäftsführerin zurückgetreten waren. Nwuneli ist die erste Afrikanerin an der Spitze von ONE. Die 49-jährige Fachfrau für Ernährungssysteme ist seit 25 Jahren entwicklungspolitisch tätig, vor allem als Unternehmerin. Unter anderem hat sie im Senegal eine Firma, die Lebensmittel lokaler Bauern verarbeitet, und in Nigeria eine Beratungsfirma für Kleinunternehmer gegründet. Als Präsidentin und Geschäftsführerin von ONE will sie unter anderem die Stimme Afrikas auf internationaler Bühne stärken.

UN Habitat

Die UN-Generalversammlung hat die Brasilianerin **Anacláudia Marinheiro Centeno Rossbach** im Juni zur neuen Direktorin des UN-Programms für menschliche Siedlungen UN Habitat gewählt. Sie folgt auf **Maimunah Mohd Sharif** aus Malaysia. Derzeit ist sie noch als Direktorin Lateinamerika und Karibik beim Lincoln Institute of Land Policy in Boston, USA, tätig.

terre des hommes



Larisa Machemer ist neue Vorständin beim Kinderhilfswerk terre des hommes und dort zuständig für Finanzen, Verwaltung und Personal. Die 52-jährige Rechtsanwältin war zuletzt als Bereichsleiterin beim Verband der Elektro- und Digitalindustrie tätig. Sie bildet mit **Beat Wehrle** (Programme) und **Joshua Hofert** (Kommunikation) den dreiköpfigen Vorstand von terre des hommes.

Neuer Misereor-Leiter im Amt



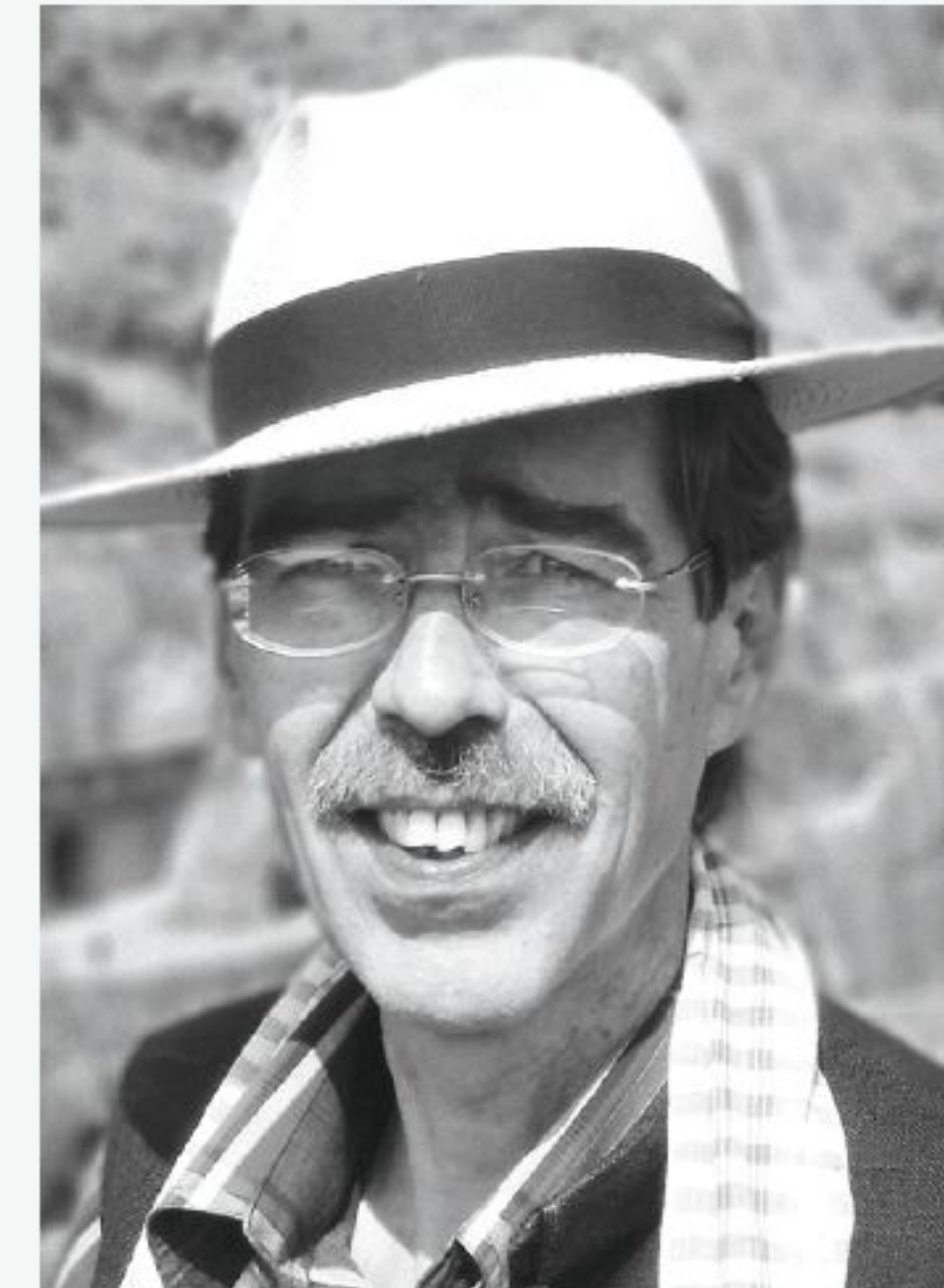
Der Theologe **Andreas Frick** ist seit Juli neuer Hauptgeschäftsführer von Misereor. Er folgt auf **Pirmin Spiegel**, der zwölf Jahre an der Spitze des katholischen Hilfswerks stand. Der 1964 geborene Frick kam nach seinem Theologiestudium in Frankfurt am Main und Rom ins Bistum Aachen, wo er unter anderem für die San-Pedro-Claver-Kolumbienstiftung und das Eschweiler St. Antonius-Hospital zuständig gewesen war. 2015 wurde er Generalvikar im Bistum Aachen. Den Alltag und das Leben von Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika kennt Frick aus

eigener Anschauung und persönlichen Begegnungen in Bolivien, Kolumbien, Indien und Pakistan sowie aus langjähriger Projektbegleitung mit Partnern in Burkina Faso und Ghana.

„Misereor steht in großer, weltweit anerkannter Verantwortung. In die trete ich mit Freude und aller mir verfügbaren Kraft ein: Mit Ihnen allen und den Partnern weltweit werden wir diesen gemeinsamen Weg fortsetzen und die Zukunft Misereors weiter gestalten“, sagte Frick bei der Amtseinführung.

Misereor hat nach eigenen Angaben fast 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Aachen, Berlin und München. Seit der Gründung des Hilfswerks im Jahr 1958 wurden knapp 116.000 Projekte in Afrika und dem Nahen Osten, in Asien und Ozeanien, in Lateinamerika und der Karibik gefördert.

Der Journalist und Indienkenner Rainer Horig ist tot



Am frühen Morgen des 21. Mai ist der Journalist und unabhängige Indienkorrespondent **Rainer Horig** in seinem Haus in Bonn verstorben. Er war schwer krank, dennoch kam sein Tod unerwartet. Er hinterlässt seine Frau Rajashree Tirumalai-Horig und Tochter Vanessa.

Rainer Horig studierte in Berlin Publizistik, Ethnologie und Theaterwissenschaften. Seine Faszination für Indien und Südasien begann mit ausgedehnten Reisen und 1984 mit einem dreimonatigen Aufenthalt zum Studium der Lebensumstände tamilischer Flüchtlinge aus Sri Lanka. 1989 zog er nach Puna im Bundesstaat Maharashtra und lebte dort mit seiner Familie. 2018 zog er aus gesundheitlichen Gründen zurück nach Bonn.

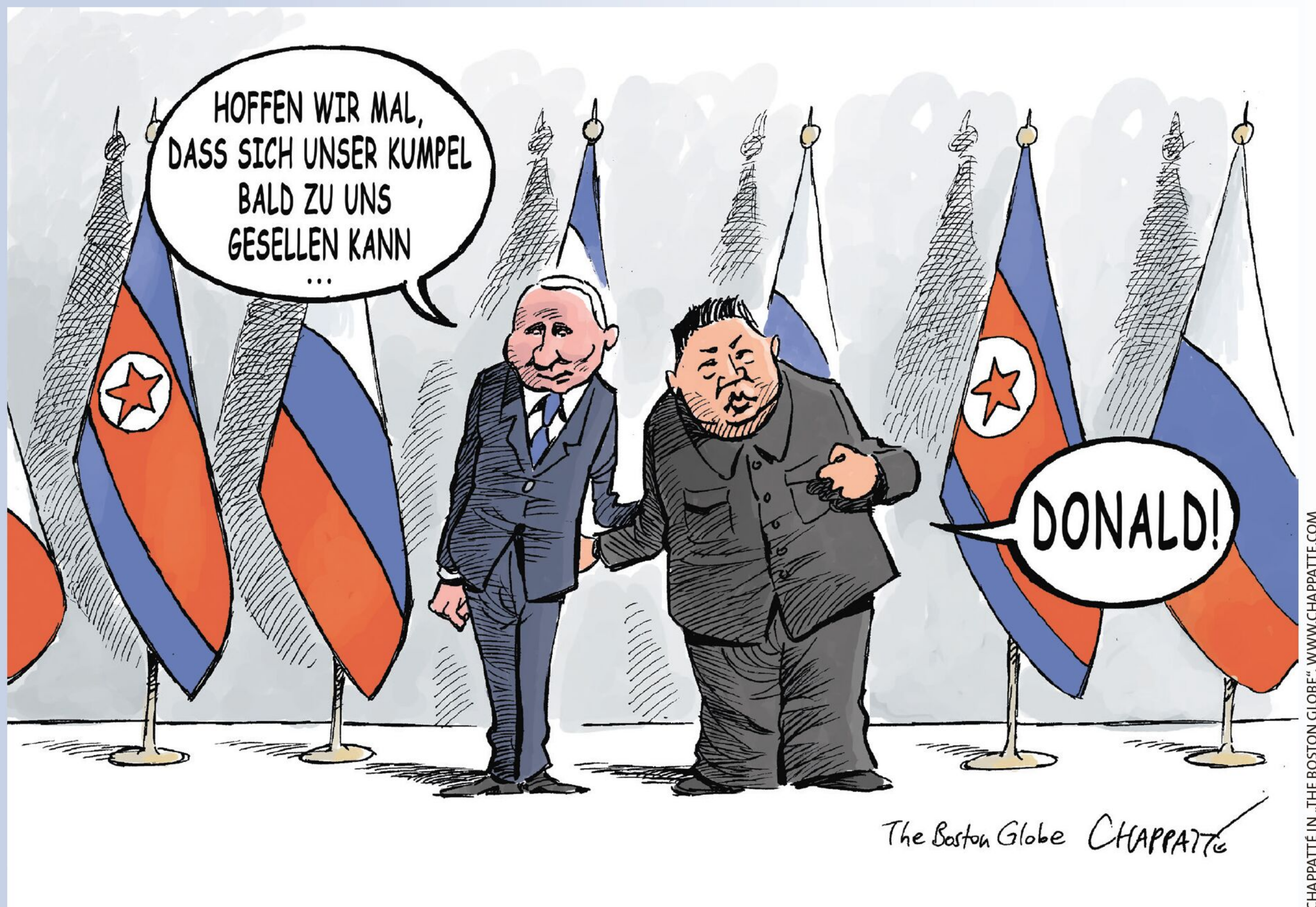
Als Autor begleitete Rainer Horig Anfang der 1990er Jahre die Proteste der Ureinwohner Indiens, der Adivasi, gegen ihre Vertreibung und Umsiedlung wegen des Baus der Staudämme entlang des Narmada-Flusses in Maharashtra. Er beschrieb den Kampf bitterarmer Dalit-Frauen um Würde, die in einer Recycling-Kooperative in Puna ihr Ansehen in der Gesellschaft und ihr Einkommen zu verbessern suchten.

Für Medien wie den Deutschlandfunk, die „taz“, die „Frankfurter Rundschau“ und auch „welt-sichten“ berichtete er von Wallfahrten, Ressourcenkonflikten, Radiostationen im Himalaya, Kamenomaden, Menschen und Elefanten und natürlich auch von Wahlen auf dem Subkontinent. Rainer Horig schrieb zudem etliche Bücher mit Titeln wie „Indien ist anders“, „Auf Gandhis Spuren“ oder „Indien verstehen“. Für die Sympathie-Magazine des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung in Herrsching war Rainer Horig viele Jahre Redakteur und Autor. 2018 übernahm er die Redaktion des Magazins „Eine Welt“ der Evangelischen Mission Weltweit.

Rainer Horig kannte und interviewte viele bekannte Persönlichkeiten in Indien, unter ihnen den Dalai Lama, Arundhati Roy und Vandana Shiva. Er erhielt Medienpreise in Deutschland und Indien. 2014 wurde er vom Indian Council for Cultural Relations und der Deutsch-Indischen Gesellschaft für „einen bedeutenden Beitrag zur Vertiefung der deutsch-indischen Beziehungen“ ausgezeichnet.

Auf die gegenwärtigen politischen Entwicklungen in Indien blickte Rainer Horig mit großer Sorge.

Peter Lanzet



CHAPPATTE IN „THE BOSTON GLOBE“, WWW.CHAPPATTE.COM

Leserbrief

Wettbewerb mit China

Zum Kommentar „Nichts Neues in der EU-Entwicklungspolitik“, welt-sichten 3/2024

Global Gateway, die Infrastrukturinitiative der Europäischen Union, ist ein ganz großer Fortschritt, weil sie die EU-Länder, die EU-Kommission, die Europäische Investitionsbank, bilaterale Entwicklungsbanken und private Geber in einer groß angelegten gemeinsamen Initiative zur Förderung von Infrastruktur im globalen Süden und insbesondere in Afrika zusammenführt. Damit ist die EU endlich wieder in der Lage, im Wettbewerb mit China größere Infrastrukturprojekte wie Wasserkraftwerke oder auch Eisenbahnlinien in Afrika zu finanzieren. Bis vor kurzem haben die EU-Partner zwar

durchaus sinnvolle Vorhaben wie etwa dezentrale Bewässerungssysteme finanziert. Diese waren aber gegenüber den chinesischen Großvorhaben wie Eisenbahnlinien, Fußballstadien oder großen Kulturzentren in den Partnerländern kaum „sichtbar“. In Zukunft wird die EU wieder stärker beides machen, dezentrale Vorhaben und Großprojekte. Und das ist gut so.

Die EU muss sich dem Wettbewerb mit China und anderen stellen. Alles andere ist mehr als blauäugig. Die Überzeugungskraft unseres Demokratie- und Menschenrechtsmodells hängt davon ab, wie wir in diesem Wettbewerb aus Sicht des globalen Südens abschneiden. Das schließt im Übrigen eine teilweise Kooperation mit den Chinesen nicht aus, im Gegenteil. Häufig ist es so, dass chinesische Firmen zum Beispiel Straßen bauen, afrikanische Regierungen aber Wert darauf legen, dass

deutsche Ingenieurfirmen die Bauüberwachung vornehmen.

Zum Begriff der Interessen: Ich kenne keinen Partner in Afrika, der den Anspruch selbstloser Hilfe noch ernst nimmt. Alle erwarten von uns, dass wir unsere Interessen artikulieren und dann im Dialog herausfinden, wo sich Interessen überschneiden und wie man zusammenkommt. Das schließt nicht aus, dass eines unserer Interessen die Förderung der Menschenrechte ist. Das muss man klug in die Kooperation einbringen. Und so schlecht ist die EU da im Übrigen auch gar nicht: Viele in Afrika erwarten von uns, dass wir anders als China oder Russland agieren. Das tun wir und stellen uns so dem Wettbewerb der Ideen und Konzepte.

Roger Peltzer, Kerpen

Die Redaktion freut sich über Leserbrief, behält sich aber vor, sie zu kürzen.

Klimakompensation ist ein Auslaufmodell

Leitartikel von Tillmann Elliesen



Tillmann Elliesen
ist Redakteur
bei WELT-SICHTEN.

Anbieter von CO₂-Zertifikaten bescheinigen nicht mehr, dass freiwilliger Klimaschutz die eigenen Emissionen ausgleicht.

Dieses Jahr bin ich in den Sommerurlaub geflogen. Die Anreise über Land und Wasser hätte mir zu lange gedauert. Ich könnte den Flug kompensieren – mir also von einem Anbieter wie Atmosfair ausrechnen lassen, wie viel CO₂ meine Reise verursacht hat und dann Geld in Klimaschutzprojekte investieren, die dieselbe Menge Treibhausgas einsparen helfen. Meine CO₂-Bilanz wäre wieder ausgeglichen und mein Gewissen beruhigt.

Allerdings habe ich dieser Art Klimakompensation noch nie getraut. Denn seit vor rund einem Vierteljahrhundert die ersten Kompensationsgeschäfte auf dem sogenannten freiwilligen Markt getätigt wurden, stehen sie in der Kritik. So gab es von Beginn an Zweifel, dass sich hinreichend genau ausrechnen lässt, wie viel CO₂ etwa ein Forstprojekt in Kamerun oder die Ausstattung von Familien im ländlichen Bangladesch mit effizienten Kochöfen einspart – ob also tatsächlich die eigenen Emissionen in voller Höhe ausgeglichen werden.

Die Bedenken, ob Kompensation zum Klimaschutz beiträgt, sind mittlerweile so groß, dass sich Anbieter von Emissionszertifikaten wie MyClimate oder die von kirchlichen Organisationen getragene Klima-Kollekte von diesem Geschäftsmodell verabschieden. Sie werden ihren Kunden – vor allem Unternehmen, die ihre Klimabilanz verbessern wollen – bald nicht mehr so wie bisher bescheinigen, dass ihre Investition in ein Klimaschutzprojekt irgendwo auf der Welt die eigenen Emissionen ausgleicht.

Das hat mehrere Gründe. Zum einen sind da die vielen Skandale um fragwürdige Projekte auf dem freiwilligen Kohlenstoffmarkt – etwa die Enthüllung Anfang 2023, dass neun von zehn Waldschutzzertifikaten des Marktführers Verra wertlos waren, weil die Projekte viel weniger CO₂ eingespart haben als behauptet. Zum anderen hat sich der internationale Klimaschutz mit dem Paris-Abkommen von 2015 völlig verändert: Seitdem müssen nicht mehr nur die alten Industrieländer ihre Emissionen reduzieren und darüber Buch führen, sondern alle Staaten. Kamerun und Bangladesch etwa rechnen sich die eingesparte Menge CO₂ aus der Aufforstung oder aus verbesserten Kochöfen nun selbst an. Auf dem freiwilligen

Markt kann sie deshalb nicht mehr gehandelt werden, weil sie sonst doppelt gezählt würde.

Hinzu kommen politische Initiativen etwa der Europäischen Union sowie Gerichtsurteile wie unlängst das gegen den Süßigkeitenhersteller Katjes, die es Unternehmen schwerer machen zu behaupten, sie seien „klimaneutral“, bloß weil sie anderswo CO₂-Zertifikate gekauft haben. Die Klimakompensation bekommt dadurch auch in der Geschäftswelt einen zweifelhaften Ruf.

Die Anbieter der Zertifikate betonen seit jeher, Kompensation sei keine Alternative zur Reduzierung von Treibhausgasen, sondern nur für eine Übergangszeit akzeptabel, um sogenannte „nicht vermeidbare“ Emissionen auszugleichen. Allerdings erlaubt es die Kompensation, diese Übergangszeit mit gutem Gewissen beliebig auszudehnen. Es ist höchste Zeit, dass das künftig nicht mehr möglich ist, denn der Treibhausgasausstoß muss jetzt und überall reduziert werden, wenn die Erderhitzung nicht außer Kontrolle geraten soll. Es gibt keinen Spielraum mehr für Kompensation.

Statt einen angeblichen CO₂-Ausgleich wollen Anbieter wie die Klima-Kollekte und MyClimate ihren Investoren deshalb demnächst nur noch bescheinigen, dass sie ein Klimaschutzprojekt unterstützt haben. Ein Unternehmen oder ein Flugreisender kann sich das dann nicht mehr auf die individuelle CO₂-Bilanz anrechnen, hat aber zum globalen Netto-Null-Ziel beigetragen. Das würde den freiwilligen Markt ehrlicher machen. Denn es würde nicht mehr wie bisher darum gehen, dem Kunden eine möglichst hohe und möglichst kurzfristige CO₂-Einsparung anzubieten, die er sich dann selbst anrechnet. Fragwürdige Berechnungen zu diesem Zweck wären nicht mehr nötig. Das böte zudem die Chance, dass anspruchsvollere Projekte mit längerfristiger Wirkung, etwa der Umbau der Energieversorgung in einem Land, mehr Geld aus freiwilligem Klimaschutz abbekommen.

Der Abschied von der Kompensation könnte den Markt unattraktiver machen, fürchten einige Anbieter von Emissionszertifikaten. Investoren, die lediglich ihre eigene Klimabilanz aufhübschen wollen, könnten tatsächlich das Interesse verlieren. Seriöse Anbieter sind indes zuversichtlich, dass weiterhin Geld für sinnvolle Projekte fließen wird. Wer wie ich in den Urlaub fliegt, obwohl er das klimapolitisch fragwürdig findet, dem bleibt ohne Kompensation zwar nur noch, sich ordentlich zu schämen. Aber für den Klimaschutz kann man ja trotzdem weiter spenden. ■

Keine Inklusion auf Kosten

Herausgeberkolumne

Staatliche Sozialsysteme sind nicht nur für Menschen mit Behinderungen ein Schlüssel zur gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft. Sie sind es auch für – meist weibliche – Familienmitglieder, die unbezahlte Sorgearbeit leisten, anstatt zur Schule zu gehen oder erwerbstätig zu sein.

Inklusion und Teilhabe führen nicht selten zu Konflikten, die ich als Vorstand einer Entwicklungsorganisation für Menschen mit Behinderungen kenne. So zum Beispiel bei einem Planungstreffen in Westafrika für ein neues CBM-gefördertes Projekt. Der Vertreter einer nationalen Selbsthilfeorganisation wollte seine Tochter als Assistenz mitbringen. Die junge Frau sollte aber eigentlich in der Schule sitzen und nicht ihren Vater begleiten, um ihm Teilhabe zu ermöglichen.

Das Szenario ist in zweierlei Hinsicht problematisch: Zum einen für die Tochter, weil sie – womög-

lich an kulturelle Normen gebunden – ihr Recht auf Bildung nicht wahrnehmen kann. Zum anderen für den Mann mit Behinderungen wegen der Abhängigkeit von seiner Tochter.

Familienmitglieder sehen sich weltweit gezwungen, unentgeltlich Hilfe für Menschen mit Behinderungen zu leisten. In 75 Prozent der Fälle sind dies Mädchen und Frauen. Häufig können sie deshalb nicht zur Schule gehen oder arbeiten. Regierungen profitieren nur vermeintlich von der unbezahlten Arbeit. Zwar sparen sie auf diese Weise hohe Investitionen in staatliche soziale Dienste. Untersuchungen der Weltbank belegen aber, dass unbezahlte Pflege dem Bruttoinlandsprodukt eines Landes schadet. In Bangladesch beträgt der jährliche gesamtwirtschaftliche Einkommensverlust durch solche Betreuungstätigkeiten rund 234 Millionen US-Dollar. Der Staat verliert, weil arbeitsfähige Menschen nicht arbeiten können, kein Geld verdienen und keine Steuern zahlen.

Menschen mit Behinderungen sind wiederum dringend auf diese oft unbezahlte Pflege oder Assistenz angewiesen. Sie ermöglicht ihnen Teilhabe und ein Leben in Würde. Menschen mit Behinderungen machen laut Weltgesundheitsorganisation 16 Prozent der Weltbevölkerung aus. Sie sind seltener erwerbstätig als Menschen ohne Behinderungen

Kommentare

Weg mit homophoben Gesetzen aus der Kolonialzeit!

Während Uganda eines der härtesten Gesetze gegen Homosexuelle weltweit verabschiedet hat und andere Länder nachziehen wollen, geht Namibia einen anderen Weg. Das ist gut.

Dekolonisierung ist zu Recht in aller Munde. Namibia hat nun einen weiteren Schritt in diese Richtung gemacht: Das Oberste Gericht hat zwei Gesetze aus der Kolonialzeit, die gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellten, für verfassungswidrig erklärt. Damit folgt Namibia anderen Ländern im südlichen Afrika, etwa Botswana und Angola, die ebenfalls alte Kolonialgesetze gekippt und Homosexualität Stück für Stück legalisiert haben. Südafrika ist am weitesten: Hier dürfen seit 2006 homosexuelle Paare heiraten und Kinder adoptieren.

In vielen anderen afrikanischen Staaten herrscht aber das andere Extrem. Dort werden Homosexuelle und Mitglieder der LGBTQ-Community verteufelt, diskriminiert und bestraft. Ugandas Präsident Yoweri Museveni hat letztes Jahr eines der härtesten Gesetze gegen Homosexuelle in Kraft gesetzt. Es sieht sogar die Todesstrafe vor. Ugandische Menschenrechtler klagten vor dem Verfassungsgericht, weil sie ihr Recht auf den Schutz der Menschenwürde verletzt sehen. Doch die Richter bestätigten das Gesetz im Grundsatz und monierten lediglich, dass es in

einigen Punkten die Rechte des Einzelnen beschneide.

Auch in Ghana haben Aktivisten gegen das im Februar vom Parlament verabschiedete Gesetz geklagt, das homosexuelle Handlungen mit Gefängnis bestraft. Präsident Nana Akufo-Addo hat es noch nicht in Kraft gesetzt; er will das Urteil des Obersten Gerichts abwarten. Und er hat bereits versichert, dass Ghana nicht von „seiner bisher beneidenswerten, langjährigen Bilanz bei der Einhaltung der Menschenrechte“ abrücken werde. Das macht Hoffnung. Denn will er dieses Versprechen halten, darf er das Gesetz nicht unterschreiben.

Wer es mit der Unantastbarkeit der Menschenwürde ernst meint,

muss Homosexualität legalisieren. Sollte Ghanas Präsident dennoch Bedenken haben, könnte er seine Kollegen aus dem Süden Folgendes fragen: Hat die Legalisierung der Homosexualität den Menschen geschadet? Hat sie den gesellschaftlichen Frieden oder die kindliche Entwicklung gestört? Die Antworten darauf dürften schnell klar machen, dass die Verteufelung von Homosexuellen schlicht auf Vorurteilen sowie auf rassistischen und zweifelhaften religiösen „Wertvorstellungen“ beruht, die sich einst europäische Kolonialherren ausgedacht haben, um andere Menschen zu unterdrücken und sie ihrer fundamentalen Rechte zu berauben. An solch diskriminierenden Gesetzen sollte keine Regierung festhalten. (mek)

von Frauen

– Frauen noch seltener als Männer. Wenn sie arbeiten, verdienen sie weniger als Menschen ohne Behinderungen. Sie leben häufiger in armen Haushalten und sind seltener in der Lage, finanzielle Engpässe zu überbrücken. Gleichzeitig ist ihr Leben teurer, egal ob sie arbeiten oder nicht. So müssen Rollstuhlnutzer zum Beispiel mehr für Transport bezahlen, weil sie vielleicht ein Taxi brauchen, wenn es keine barrierefreien Busse gibt.

Die Lösung für beide Probleme ist vor allem auch in ärmeren Ländern ein inklusives staatliches Sozialsystem. Es kann Helfende und Hilfesuchende gleichermaßen aus ihrer Abhängigkeit befreien und ihnen höhere gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Doch

nur wenige Menschen mit Behinderungen im globalen Süden bekommen staatliche Unterstützung für Pflege, Assistenz oder behinderungsbedingten Mehraufwand zum Beispiel für Hilfsmittel.

Um auf den eingangs erwähnten Mann und seine Tochter zurückzukommen: Als CBM setzen wir uns für inklusive Gesellschaften ein. Deshalb möch-

ten wir natürlich sicherstellen, dass die Tochter zur Schule gehen und der Vater trotzdem am Planungstreffen teilnehmen kann. Das mag gelingen, indem wir ein barrierefreies Umfeld bei dem Workshop schaffen, dem Kollegen helfen, soweit wir es können, und ein Budget bereithalten, das eventuelle

Mehrkosten trägt, wenn nötig auch für eine professionelle Assistenz. Aber dadurch verschiebt sich die Abhängigkeit des Mannes nur von seiner Familie auf die CBM.

Um diese Abhängigkeit aufzuheben, benötigt es auf dem Weg zu immer inklusiveren Gesellschaften andere, dauerhafte Lösungen. Deshalb müssen alle, die mit und für Menschen arbeiten, zusammen mit den

Betroffenen dafür kämpfen, dass die Staaten ihre Verantwortung wahrnehmen. Denn nur mit inklusiven staatlichen Systemen zur sozialen Sicherung können dauerhaft die Töchter zur Schule gehen, die Frauen arbeiten und die Familien – auch mit Hilfe ihrer behinderten Mitglieder – der Armutsfalle entkommen. ■



Rainer Brockhaus

ist Vorstand der Christoffel-Blindenmission (CBM).

Nur wenige Menschen mit Behinderungen im globalen Süden bekommen staatliche Unterstützung für Pflege, Assistenz oder den Mehraufwand für Hilfsmittel.

Bundeshaushalt im Geiste des nationalen Egoismus

Die Bundesregierung will 2025 dem Entwicklungsministerium und dem Auswärtigen Amt das Geld kürzen. Das ist absurd angesichts zunehmender Kriege und Klimakrisen und gibt einem zu eng verstandenen nationalen Wohl Vorrang.

Das Entwicklungsministerium soll 2025 eine knappe Milliarde Euro weniger erhalten als dieses Jahr. Schlimmer noch: Das Außenministerium soll für humanitäre Hilfe, die etwa Kriegs- und Flutopfern das Überleben sichert, laut Hilfswerken wie der Diakonie Katastrophenhilfe nur noch rund halb so viel Geld haben wie 2024. Dabei muss zum Beispiel das Welternährungsprogramm bereits Überlebensrationen für Vertriebene einschränken, weil staatliche Geber knausern. Man kann nur hoffen, dass der Bundestag das nicht durchwinkt.

Dieser rot-gelb-grüne Etat atmet den Geist des nationalen Egoismus. Finanzminister Christian Lindner sagt, Entwicklungszusammenarbeit (EZ) müsse mehr dem „deutschen Staatsinteresse“ dienen. Tut sie doch, entgegen ihren Verteidiger gern: Armut zu bekämpfen, verringere etwa unregelmäßige Migration und die Chancen für Terrororganisationen, junge Leute zu rekrutieren. Das übertreibt leider die Möglichkeiten der Entwicklungspolitik. Ihre Mittel zur Stärkung von Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind im Einzelfall

wichtig, aber insgesamt hat EZ allein hier wenig bewirkt.

Die eigentliche Frage ist: Liegt das, was die EZ bei all ihren Mängeln leistet, wirklich nicht im deutschen Interesse? Was ist das und wer legt fest, was uns so wichtig nicht ist? Dank Hilfe für das Gesundheitswesen armer Länder konnten etwa HIV/Aids und die Kindersterblichkeit weltweit zurückgedrängt werden. EZ trägt dazu bei, in Projektgebieten Armut zu lindern. Sie stützt Menschenrechts- und Klimaaktivisten und wirkt darauf hin, dass für unsere Textil- und Rohstoffimporte weniger Menschen im globalen Süden vergiftet, ausgebeutet oder vertrieben werden. Und sie kann Vertrauen und Einfluss in Entwicklungsländern fördern.

Doch die Regierung will sich jetzt, abgesehen von der Ukraine, wohl auf das Wohl von Deutschen konzentrieren. Dieses enge und kurzsichtige Verständnis von nationalen Interessen wird die AfD freuen. Unsere Gesellschaft ist reicher als je und kann Geld für Hungernde und für faire Partnerschaften mit armen Ländern gut aufbringen, wenn auch Reichere ihren Beitrag leisten – zum Beispiel mit mehr Steuern auf Kapitalerträge, große Vermögen und Erbschaften. Dass der Einsatz für gerechtere Nord-Süd-Verhältnisse in unser aller Interesse liegt, auch wenn er nicht unser Sozialprodukt mehrt, war früher breit akzeptiert, gerade in der SPD und bei den Grünen. Seit der Zeitenwende müssen wir nun dafür streiten. (bl) ■

Gastkommentar

Die Zyklen der Gewalt im Sudan durchbrechen

Von Hala al-Karib

Im Sudan sind Millionen Menschen auf der Flucht vor den brutalen Kämpfen zwischen der Armee und der RSF-Miliz. Hätte sich die internationale Gemeinschaft stärker engagiert und wäre die zivile Elite weniger naiv gewesen, hätte der Krieg vielleicht verhindert werden können.

Vor fünf Jahren herrschte im Sudan Optimismus angesichts eines möglichen Übergangs zu Demokratie und Stabilität. Heute hingegen ist das Land Schauplatz von Gräueltaten und Blutbädern, es herrschen Hunger und Krankheiten. Der gewaltsame Konflikt weitet sich aus, und die Zahl der zivilen Opfer könnte 30.000 übersteigen.

Das geopolitische Umfeld war für die sudanesishe Demokratiebewegung nicht günstig. Die meisten Nachbarstaaten standen der Möglichkeit eines demokratischen Wandels im Sudan misstrauisch gegenüber und wollten

die polarisiert und nicht darauf vorbereitet waren, das Ausmaß der Krise zu bewältigen oder auch nur zu begreifen.

Gegen Ende seiner Diktatur im Jahr 2019 begann Omar al-Bashir das Vertrauen in seine Verbündeten zu verlieren und arbeitete daraufhin an der Schwächung der sudanesischen Armee. Gleichzeitig verstärkte er sein Bündnis mit den Dschandschawid/RSF, der berüchtigten Stammesmiliz, die seit 2003 maßgeblich an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen war. Al-Bashir stand dem RSF-Kommandeur Mohamed Hamdan Dagalo (alias Hemedti) so nahe, dass er be-

dass ein reibungsloser Machtwechsel ihre Kontrolle über die nationale Wirtschaft nicht beeinträchtigen würde. Dies war eine Fehleinschätzung, denn die Bevölkerung hatte sich mit Nachdruck gegen die NCP und die meisten anderen regionalen Kräfte gewandt.

Die Nachbarn des Sudan und andere Länder verfolgten die Ereignisse rund um die Revolution von 2019 aufmerksam und wägen ihre Optionen für mögliche künftige Allianzen ab. Unter ihnen kristallisierten sich die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Ägypten als wichtige Spieler heraus. Vor allem die ägyptische und die sudanesishe Armee waren eng miteinander verbunden, da sie vor der vollständigen Unabhängigkeit des Sudan eine gemeinsame Truppe gebildet hatten.

Die VAE mischen erst seit den 1970er und 1980er Jahren im Sudan mit, als sudanesishe Fachkräfte als Beamte und Technokraten die wachsende Wirtschaft der Emirate unterstützten, vor allem im Bausektor. Später entwickelten die VAE und das Königreich Saudi-Arabien ganz andere Beziehungen zum Sudan, als das Al-Bashir-Regime begann, Soldaten für die saudi-emiratische Intervention in den Bürgerkrieg

Für die politische Neuordnung des Sudan müssen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf Mitsprache geachtet werden.

die Geschichte von Gerechtigkeit und Freiheit anhalten, bevor sie in der Region ansteckend würde.

Am 15. April 2023, als der Krieg zwischen der RSF-Miliz und den sudanesischen Streitkräften begann, fand sich das sudanesishe Volk zwischen brutalen bewaffneten Milizen, einem schwachen und korrupten Militär und lokalen politischen Kräften gefangen,

gann, ihn mit dem Spitznamen „Hemaity, mein Beschützer“ anzusprechen.

Am Morgen des 11. April 2019, als das Al-Bashir-Regime gestürzt wurde, schauten mehrere bewaffnete Gruppen im Land genau hin, um zu sehen, was sie gewinnen konnten. Aufgrund ihrer historischen Beziehung zum Militär ging die damalige islamistische Regierungspartei NCP davon aus,



im Jemen zu liefern. Die VAE beobachteten jedoch aktiver die politische Szene im Sudan und schmiedeten Allianzen mit den neu entstehenden Kräften dort.

Die Erpressung von Gold und anderen Ressourcen durch die RSF, die anschließend in die Emirate ausgeführt werden, hat die Position der Miliz als bevorzugter Verbündeter der VAE gestärkt. Die Emirate haben nach 2019 auch Allianzen mit zivilen Kräften im Sudan geschmiedet, in der Hoffnung, dass diese als eine Art Führungskraft für die Miliz fungieren und sie selbst ihren Einfluss in der zivilen Elite stärken und so ihre strategische Allianz mit der RSF konsolidieren könnten.

Wäre der Übergang im Sudan ernsthaft und umfassend politisch unterstützt worden, hätte der Krieg vielleicht verhindert werden können. Leider war das nicht der Fall. Die Ohnmacht und Gleichgültigkeit internationaler Kräfte, gepaart mit einer gefähr-

lichen militärischen Aufrüstung einerseits und den begrenzten Kapazitäten der zivilen Mitglieder der Übergangsregierung andererseits, haben sich in dem schlecht ausgearbeiteten Abkommen über die Machtteilung niedergeschlagen – dem Abkommen, das es sowohl SAF-General Abdel Fattah al-Burhan als auch RSF-Führer Hemedti ermöglicht hat, die Oberhand zu behalten.

Darüber hinaus hat die zivile Regierung einen großen Fehler begangen, indem sie es versäumt hat, al-Bashir und andere wichtige Mitglieder seines Regimes zur Rechenschaft zu ziehen oder sie auf der Grundlage der 2008 erhobenen Anklage an den Internationalen Strafgerichtshof auszuliefern. Das hätte den zivilen Akteuren damals helfen können, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen und sich als Kräfte des Wandels zu etablieren. Nichts von alledem ist geschehen, und deshalb ist die RSF immer selbstbewusster geworden, während sie weiterhin ungestraft Gräueltaten begeht.

General al-Burhan wiederum glaubte, RSF-Führer Hemedti würde ihm weiterhin als Beschützer dienen – ähnlich, wie er es für al-Bashir getan hatte. Gleichzeitig ging das zivile Kontingent der Übergangsregierung davon aus, dass die RSF helfen würde, die Macht der politischen Islamisten im Sudan zu beschneiden. Beide – die zivilen Kräfte und al-Burhan – haben es versäumt, die wachsende Autorität der RSF und die von ihrer Führung erlangte Macht infrage zu stellen.

So wurde sie zur stärksten Kraft, was vor allem auf ihre Brutalität und die Unterstützung durch die VAE zurückzuführen ist. Die RSF hat dem Sudan nichts weiter zu bieten als eklatante Zerstörungen und Gräueltaten, die in der sudanesischen Bevölkerung Hass und Ablehnung hervorrufen.

Es ist verwunderlich, dass viele zivile Politiker im Sudan und einige internationale Akteure das anhaltende Blutvergießen als eine rein politische Krise be-

trachten. Sie scheinen zu glauben, dass die beiden Generäle die Lösung in der Hand haben. Sie hoffen daher, die alte Formel der Machtteilung würde neu angewandt, nach der die Sitze am politischen Tisch für die Männer in Uniform reserviert sind, die für die Gewalt und die Gräueltaten verantwortlich sind, während einige untergeordnete Zivilisten zugefügt werden, um dem Anspruch des politischen Übergangs zu genügen. Meiner Meinung nach ist jedes Abkommen über die Machtteilung, das die alten Gesichter zurückbringt, ein Rezept für den Krieg.

Für jede politische Neuordnung des Sudan müssen der militarisierter Zustand des Landes als Ursache für seine Instabilität betont und die Rechte der sudanesischen Bürgerinnen und Bürger auf Mitsprache bei der Führung ihres Landes geachtet werden. In den sudanesischen Teilstaaten außerhalb der Regionen, in denen gekämpft wird, schwebt zivilen Kräften eine Zukunft mit mehr regionaler Souveränität und Selbstbestimmung vor. Die Realität ist, dass der Sudan nach diesem brutalen Krieg nicht mehr dasselbe Land sein wird. Deshalb müssen wir vorausschauend planen, um zu verhindern, dass sich dieselben Zyklen der Gewalt wiederholen. ■

Aus dem Englischen von
Tillmann Elliesen.



Hala al-Karib

ist eine Feministin und Demokratie-Aktivistin aus dem Sudan und seit 20 Jahren am Horn von Afrika und im Sudan tätig. Sie ist die Regionaldirektorin der Strategischen Initiative für Frauen am Horn von Afrika (SIHA).





Noel Nanyunja ist eine Mitgründerin der Slow-Food-Bewegung in Uganda. Sie schult Farmerinnen und Lehrer in biologischer Landwirtschaft. Der Erfolg zeigt sich in ihrem Garten.

ISAAC KASAMANI

In Uganda werden Obst und Gemüse weitgehend ohne Chemie und Gentechnik angebaut. 2019 hat der Präsident die Agrarökologie zur nationalen Strategie ausgerufen. Von deren Vorteilen überzeugt hat ihn ein anderer Ugander, der internationale Präsident der Slow-Food-Bewegung.

Von Simone Schindwein

Der 16-jährige Brandon Wamala streichelt erst mal die Ziegen, als er den Stall betritt. In Gummistiefeln und einer blau-gelb karierten Schuluniform stapft der Junge durch unzählige Kotkugeln, die auf dem Boden im Stroh liegen. Mit einer Schaufel schippt er sie in einen Eimer, den er dann über dem Kompost hinterm Stall auskippt. „So stellen wir unseren eigenen Dünger her“, erklärt er mit leuchtenden Augen: „Für unseren Gemüsegarten.“

Wamala winkt, ihm zu folgen. Mit seinen Stiefeln, die ihm viel zu groß sind, schlurft er am Stall vorbei über den Schulhof, vorbei an Klettergerüsten und Basketballkörben, um das dreistöckige Schulgebäude herum. Hinter den angebauten Schlafsälen des Internats haben die Schüler einen Gemüsegarten angelegt. „Hier pflanzen wir all das an, was wir essen wollen“, sagt Wamala und zeigt auf die sauber geharkten Beete: Tomaten, Karotten und Zwiebeln wachsen dort. „Bei uns ist alles bio“, erklärt er stolz.

Die Kibirige-Gesamtschule mit rund 250 Schülern liegt abgelegen zwischen Bananenhainen, jenseits geteuerter Straßen, zwischen den Hügeln im Süden Ugandas im Bezirk Mukono, rund 70 Kilometer von Kampala entfernt. In diesem Speckgürtel wächst all das, was in Ugandas Hauptstadt auf den Märkten angeboten wird. Hier gibt es auch zahlreiche Internatsschulen, die in ihren Gärten all das anbauen, was die Kinder täglich zu essen bekommen.

Wie fast alle Schüler der Kibirige-Schule stammt auch Brandon aus einer Bauernfamilie im Nachbardorf. Auch er wolle einmal Landwirt werden, erzählt er. Deswegen wollte er auch unbedingt diese Schule besuchen, denn sie setzt einen Schwerpunkt auf biologische Landwirtschaft. „Hier lerne ich alles, was ich dafür brauche“, sagt er. Die Kibirige-Schule ist wie so viele Internate in Mukono Mitglied bei Slow Food, einer weltweiten Graswurzelbewegung, die in den 1980er Jahren in Italien entstand und mittlerweile in 160 Ländern aktiv ist. Ihr Ziel ist es, zu traditionellen, biologischen Anbauweisen zurückzukehren und örtlich angebaute Lebensmittel zu konsumieren, um in Zeiten globaler Krisen die Lebensmittelsicherheit zu garantieren.

Für Uganda ist das wichtig, denn das Land hat eine der höchsten Geburtenraten weltweit. Jährlich wächst die Bevölkerung von derzeit knapp 50 Millionen Menschen um mehr als eine Million, die alle ernährt werden müssen. Gleichzeitig ist die Jugendarbeitslosigkeit enorm, denn Jobs in der Industrie

oder den Büros in der Hauptstadt gibt es nur wenige. Die Regierung bemüht sich unter der neuen Agrarpolitik, die Präsident Yoweri Museveni 2016 ausgerufen und drei Jahre später zur nationalen Strategie erklärt hat, der Jugend die Landwirtschaft als Berufsbild schmackhaft zu machen. Dies ist eine gewaltige Aufgabe.

Bislang wurde Gartenarbeit in Ugandas Schulen als Strafe für schlechtes Benehmen eingesetzt: „Wenn wir nicht artig waren, mussten wir auf den Schulacker“, erinnert sich Edward Mukiibi. Für ihn hatte es aber etwas Gutes, denn die Idee, den Landwirtschaftssektor umzukrempeln, sei ihm damals im Schulgarten gekommen, sagt er.

Heute zählt der 38-jährige Ugander zu den einflussreichsten Agronomen der Welt. „Ich habe viele Runden Strafarbeit auf dem Schulacker leisten müssen“, fährt er lachend fort, „weil ich immer zu spät kam.“ Bereits als 16-jähriger Sohn einer Bauernfamilie hatte sich Mukiibi vorgenommen, künftig Gartenarbeit nicht mehr als Strafarbeit zu sehen. Er brachte Samen von zu Hause mit und säte auf dem Schulacker neue Gemüsesorten aus. Von da an schmeckte das Schulessen besser, erinnert er sich. Die Lehrer in der Schule waren begeistert von dem Engagement.

Mehr als 20 Jahre später sitzt Mukiibi zum Mittagessen in einem Gartenrestaurant hinter der katholischen Kirche, hoch oben auf einem Hügel Kampalas. Mit seinen Schulprojekten war er in Uganda so erfolgreich, dass er 2022 zum internationalen Präsidenten der Slow-Food-Bewegung gewählt wurde. Sie zählt mittlerweile mehr als 100.000 offizielle Mitglieder und über eine Million Unterstützer und Unterstützerinnen weltweit. Seitdem ist er viel in der Welt unterwegs. „Eigentlich will ich aber lange Flugreisen vermeiden, dem Klima zuliebe“, seufzt er und schmunzelt: „Hier in Uganda schmeckt das Essen auch besser.“

Mukiibi bestellt Matooke, Kochbananen mit Nuss-Soße, eine Spezialität, die schon Kleinkinder vorgesetzt bekommen. Restaurantbesitzerin Betty Nakato kommt persönlich zum Tisch, um Mukiibis Bestellung aufzunehmen. Die ältere Frau ist seit vielen Jahren Mitglied in Ugandas Slow-Food-Verband für Köche und ist von Mukiibis Idee begeistert, die Restaurantbesitzer einzubinden. Mukiibi will mit seiner Initiative erreichen, dass in den Restaurants statt Pizza und Pasta wieder mehr traditionelle Gerichte angeboten werden, bio natürlich.

Nakato geht in die Küche, um Mukiibis Essen zuzubereiten. In dem Holzverschlag im Hinterhof stehen vier große Kessel auf offenen Feuerstellen. Darin stapeln sich handgroße grüne Pakete, aus denen es köstlich duftet: „Wir garen den Fisch ganz traditionell eingewickelt in Bananenblättern“, erklärt Nakato: „So hat schon meine Großmutter gekocht.“ In einem Topf daneben blubbert ölige Nuss-Soße, die in Uganda schon seit Jahrhunderten angerührt und zu fast jeder Mahlzeit serviert wird.

Die nahrhafte Paste war früher vor allem bei Kindern und Jugendlichen beliebt. Doch dies ändert

sich, vor allem durch den Einfluss westlicher Fernsehserien. Nur einen Steinwurf vom Gartenrestaurant entfernt, im benachbarten Partyviertel Kabalagala mit den zahlreichen Pizza- und Burgerrestaurants hat die US-amerikanische Fast-Food-Kette Kentucky Fried Chicken eine Filiale aufgemacht, wo fünf Chicken Wings umgerechnet fast zehn Euro kosten – ein Vermögen für die Ugander, aber auch ein Status-Symbol. „Die reichen Leute gehen mit ihren Kindern dorthin, weil sie dem westlichen Lebensstil nacheifern“, sagt Mukiibi. „Dabei haben sie keine Ahnung, was sie da eigentlich zu sich neh-

men.“ Mittlerweile sind auch in Uganda Diabetes und Übergewicht auf dem Vormarsch, vor allem bei den Kindern der Oberschicht, die lieber Pasta statt Matooke essen. Mukiibis Slow-Food-Bewegung will das mit seinen Schulgartenprojekten nun wieder ändern, sagt er und zeigt gen Osten in Richtung Mukono: „In den Dörfern ist der Wandel schon im vollen Gange.“

Uganda ist eines der wenigen Länder Afrikas, das in seiner landwirtschaftlichen Ausrichtung eine ra-



Avocadobäume, Kaffeesträucher und Bananenstauden wachsen nebeneinander und spenden Schatten, so dass die Feuchtigkeit im Boden bleibt.



Mitte: Frauen kaufen und verkaufen biologisch angebaute Lebensmittel auf dem Mukono Slow Food Earth Market.

Rechts: Die Restaurantbesitzerin Betty Nakato kocht aus Bioprodukten traditionelle Gerichte, die schon ihre Großmutter zubereitet hat. Nakato ist seit langem Mitglied im Slow-Food-Verband.

ISAAC KASAMANI;
SIMONE SCHLINDWEIN

dikale Wende hingelegt hat. Bis vor wenigen Jahren setzte die Regierung noch – wie so viele andere Länder Afrikas – auf den Ausbau der industrialisierten Landwirtschaft. Ausländische Investoren wurden eingeladen, Soja-, Reis- oder Maisplantagen anzulegen: Monokulturen unter Einsatz von Chemikalien und Pestiziden. 2015 hat der US-Agrarkonzern Monsanto, der 2018 von der deutschen Bayer AG gekauft wurde, in Kampala eine Niederlassung eröffnet und kostenlos Hybridsamen an Bauern verteilt sowie im Radio Werbung für das Pflanzengift Glyphosat geschaltet. Ugandas Präsident Yoweri Museveni, selbst leidenschaftlicher Farmer mit der größten Rinderherde Ostafrikas, zeigte sich begeistert und pries stolz die ugandischen Biochemiker. Diese züchteten in neuen, staatlichen Laboren gentechnisch manipulierte Bananensorten und versuchten, die heimischen Langhorn-Kühe mit europäischen Kühen zu kreuzen, um die Milcherträge zu steigern.

Im gleichen Jahr 2015 eröffnete Mukiibi im Bezirk Mukono das Landesbüro der weltweiten Slow-Food-Bewegung, deren Mitglied er seit seiner Studentenzeit ist. Erklärtes Ziel war damals: „Ein Gesetz zu verhindern, das den Anbau von gentechnisch manipulierten Nutzpflanzen zulassen sollte.“ Ähnliche Gesetze wurden zu jener Zeit in den Nachbarländern Kenia und Ruanda durch die Parlamente gepeitscht, um die Lebensmittelsicherheit zu garantieren. Das war zumindest die Argumentation der Lobbyisten. Auch in Uganda wurde das sogenannte GMO-Gesetz



im Jahr 2016 vom Parlament verabschiedet, es fehlte nur noch die Unterschrift des Präsidenten.

Mukiibi startete zur selben Zeit mit Slow Food eine Aufklärungskampagne, um über Risiken dieser Agrarpolitik zu informieren und Alternativen aufzuzeigen. Der damals 76-jährige Präsident Museveni wurde hellhörig und lud Mukiibi auf seine Farm ein: „Er hat zugehört“, erinnert sich Mukiibi an das Treffen im Jahr 2016: „Ich erklärte ihm, dass Ugandas Langhorn-Kühe aussterben, falls die Regierung diesen Weg geht.“ Das hat offenbar gewirkt. Museveni weigerte sich Anfang 2017 das Gesetz zu unterzeichnen – damit war es vorerst vom Tisch. Später wurde es noch einmal in geänderter Form vom Parlament beschlossen, doch Museveni verweigerte 2021 auch dessen Inkrafttreten. Monsanto schloss daraufhin sein Büro in Kampala.

Fortan rief Museveni eine Agrarökologie-Strategie aus, mit der er Kleinbauern dabei unterstützen wollte, heimische Lebensmittel ohne Chemie und Gentechnik anzubauen. Diese Strategie wurde 2019 als Leitlinie in das Regierungsprogramm aufgenommen. „Ugandas Landwirtschaft ist standardmäßig weitgehend biologisch“, heißt es darin. Und: „Der Einsatz chemischer Düngemittel gehört zu den niedrigsten der Welt.“ Seitdem fördert das Landwirtschaftsministerium die Nutzung von natürlichem Dünger wie Kompost und Fäkalien. Zahlreiche Firmen haben eine Marktlücke entdeckt: Sie pumpen mit Lastwagen die vollen Gülletanks in Schulen und Slums leer, stellen daraus Dünger her, den sie dann als geruchlose Pellets an die Farmer verkaufen. Im Vergleich zu chemischen Düngern, die meist aus Russland stammten und aufgrund des Ukraine-Krieges jüngst extrem teuer wurden, ist dies nun eine günstige Alternative.



Der Ugander Edward Mukiibi, der Vorsitzende von Slow Food International, hat Ugandas Präsident Museveni von Agrarökologie und Biolandwirtschaft überzeugt.

ISAAC KASAMANI

In Uganda mit seinen fruchtbaren Böden und dem milden Tropenklima entlang des Äquators zeigt sich jetzt im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern, was dieser Ansatz ausmachen kann. Das ostafrikanische Land galt schon immer als der Gemüsegarten Afrikas. Der Landwirtschaftssektor erwirtschaftet rund ein Viertel des Bruttosozialproduktes und beschäftigt zwei Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung, meist als Kleinbauern, die aber Überschuss produzieren, der exportiert werden kann. UN-Hilfsagenturen wie das Welternährungsprogramm (WFP) kaufen hier die Lebensmittel ein, mit denen sie die Geflüchteten in den Lagern der umliegenden Krisengebiete im Sudan, Somalia, Südsudan oder der Demokratischen Republik Kongo ernähren.

Kompost und Fäkalien sind eine günstige Alternative zu chemischem Dünger, der aufgrund des Krieges in der Ukraine extrem teuer geworden ist.



Simone Schlindwein
ist Journalistin und Afrika-Korrespondentin der „taz“ in Berlin. Sie berichtet seit zwölf Jahren aus der Region der Großen Seen.

Die extremen Dürren der vergangenen Jahre gepaart mit starken Regenfällen zu Beginn dieses Jahres haben viele Ernten vernichtet, auch in Uganda, und die Zahl der Hungerleidenden in Ostafrika enorm steigen lassen: Mehr als 23 Millionen Menschen haben laut WFP in dieser Region nicht genügend zu Essen. Hilfswerke warnten im vergangenen Jahr vor einer Hungerkatastrophe, als die Weizenpreise auf dem Weltmarkt aufgrund des Ukraine-Krieges in die Höhe schnellten und die Regenzeit in Ostafrika erneut ausfiel. „Esst Kassava statt Brot“, hatte Museveni den 42 Millionen Ugandern geraten. Mit Erfolg: Uganda blieb vom Hunger verschont. Die Erträge wachsen stattdessen jährlich stabil um fünf Prozent. Ugandas Landwirtschaftsminister hat beim internationalen UN-Gipfel der Entwicklungsländer (NAM) im Januar seine Agrarpolitik vorgestellt: „Wir

sind stolz darauf, weltweit nach Indien das zweitgrößte Exportland für Bioprodukte zu sein“, betonte er dort.

Zu verdanken ist dies in erster Linie Kleinbauern und -bäuerinnen wie Noel Nanyunja, eine der Mitgründerinnen von Slow Food in Uganda. Sie schult Farmer in biologischer Landwirtschaft, vor allem im Ansetzen von Kompost. Der Erfolg ist in ihrem Gemüsegarten auf den ersten Blick sichtbar. Er wirkt, als hätte es keine Dürre gegeben: Die Bananen sind knallgrün, die Paprika leuchten feuerrot und der Kürbisstrauch trägt gelbe Blüten. Die Bäuerin mit dem violett gefärbten Kurzhaar steht barfuß zwischen Rosmarin und Frühlingszwiebeln und harkt Unkraut. Schweiß rinnt ihr über die Stirn. Die Sonne brennt, doch ihr Ackerboden ist nicht trocken. Regenwürmer ringeln sich darin, er riecht nach Torf.

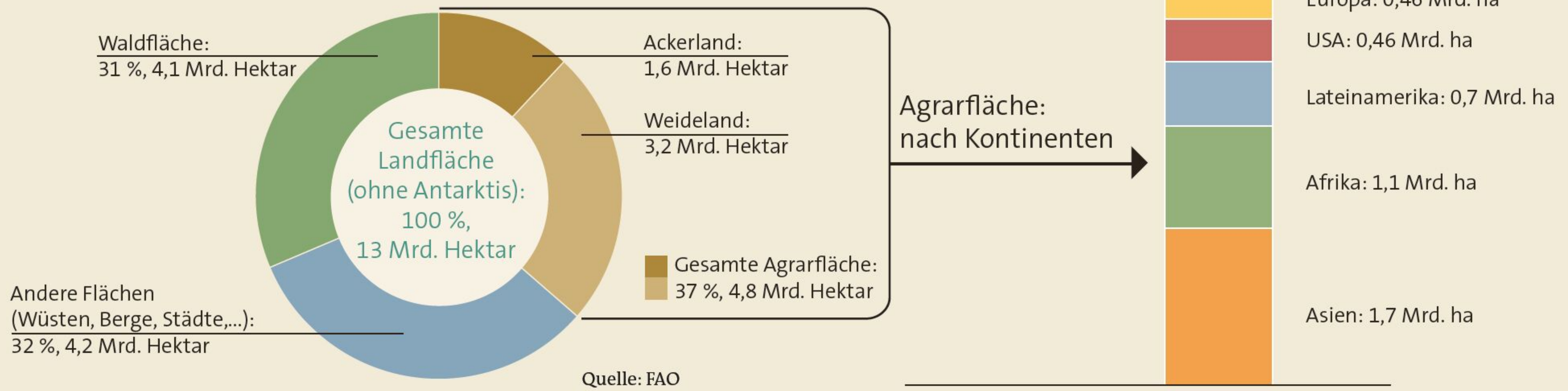
Nanyunja zeigt nach oben auf den Avocado-Baum, die Kaffeesträucher und die Bananenstauden, die dazwischen emporwachsen und Schatten spenden, wodurch auch in Trockenzeiten die Feuchtigkeit erhalten bleibt. „Unsere traditionelle, dreidimensionale Anbauweise hat uns vor dem Hunger bewahrt“, sagt sie und zeigt auf die Bohnenranken und Jamspflanzen, die sich an den Stauden emporschlängeln. „So haben schon meine Urgroßeltern Gemüse und Obst angebaut.“

Die 60-jährige ist Vorsitzende der Slow-Food-Frauengruppe in Uganda. Darin organisieren sich die Bäuerinnen, um traditionelles Wissen weiterzugeben. „Wir tauschen auch Samen“, erzählt sie und pflückt eine grau-braune Jamsfrucht. „Diese extrem trockenresistente Sorte war fast ausgestorben. Jetzt pflanzen wir sie wieder an.“ Das Geheimnis ihres Erfolges sei jedoch die Kacke, schmunzelt sie und winkt, ihr zu folgen. Hinter einem Holzverschlag, in dem Ziegen und Hühner übernachten, häuft sich Kompost. „Unsere Hausabfälle, der Ziegen- und Hühnermist sowie die Asche von unserem Holzkohleofen machen die richtige Mischung“, erklärt sie: „Als Dünger darf dies in keinem Biogarten fehlen.“

Nanyunjas Acker dient für Slow Food als Modellgarten. Hier trainiert die Bäuerin Lehrerinnen und Lehrer aus den umliegenden Schulen, die ihre Schulgärten umkrepeln wollen, ganz nach Mukibis ursprünglicher Idee. Er hat sich zum Ziel seiner Slow-Food-Präsidentschaft gesetzt, mehr als 10.000 Schulgärten in Afrika zu reformieren.

Der Kibirige-Schulgarten war vor sieben Jahren einer der ersten, den Edward Mukiibi noch eigenhändig mit umgegraben hat. Heute ist der 16-jährige Brandon dafür zuständig. Slow-Food-Präsident Mukiibi ist für den Jungen ein großes Vorbild, denn sie erleben hier im Kleinen, was Mukiibi im großen Stil versucht: eine Revolution, die sie selbst voranbringen können. „Meine Eltern haben immer viel Chemie gesprüht“, berichtet Brandon, während er den Kompost mit dem Ziegenmist auf den Beeten verteilt: „Doch hier habe ich gelernt, wie wir biologischen Dünger herstellen“, sagt er. „Jetzt sind auch meine Eltern vom Bioansatz überzeugt.“

Globale Flächennutzung



Die größten Erzeugerländer von:

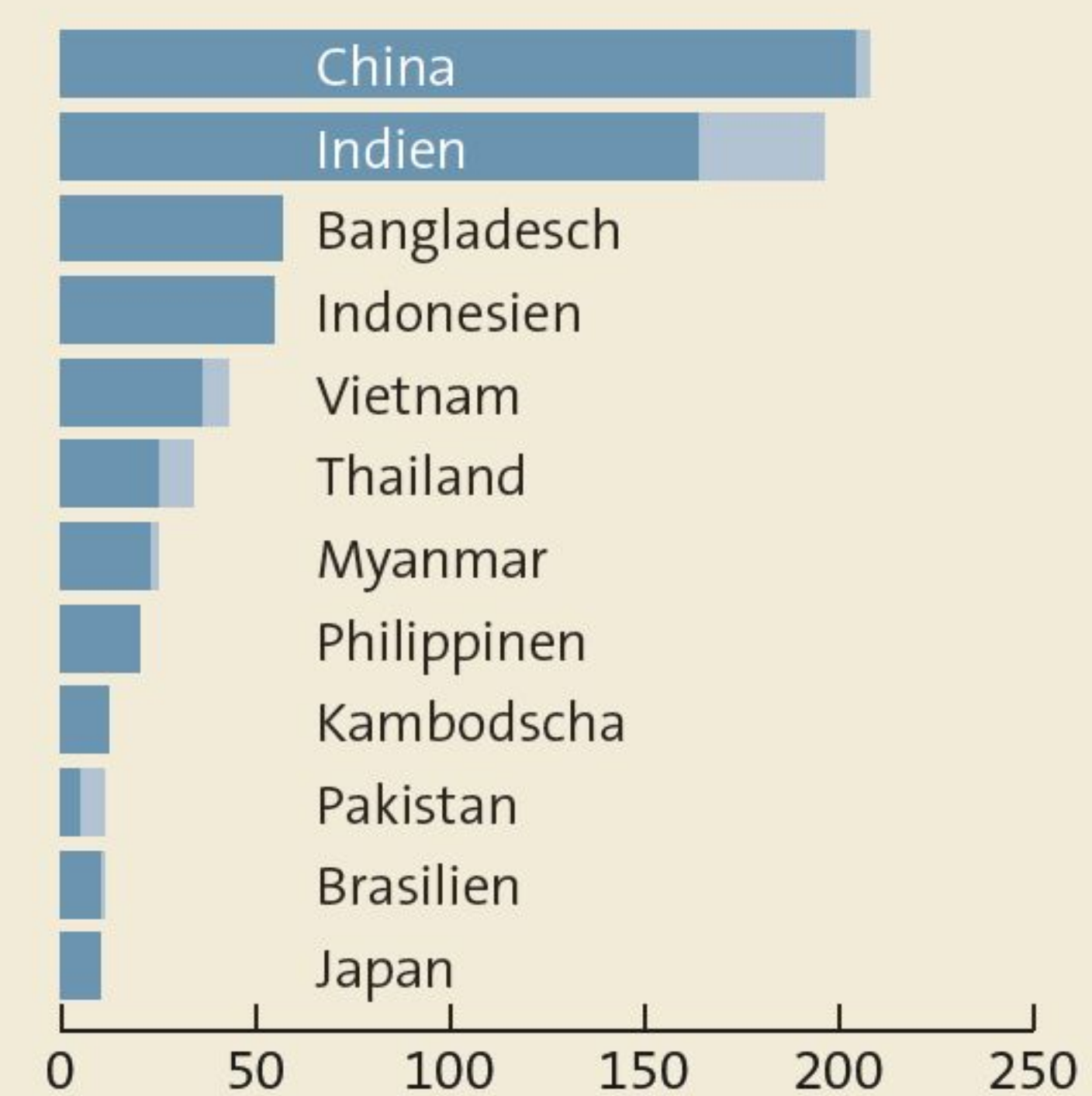
Weizen



Mais



Reis



■ Gesamtproduktion (Mio. Tonnen)
■ davon Export (Mio. Tonnen, nur große Exporteure)

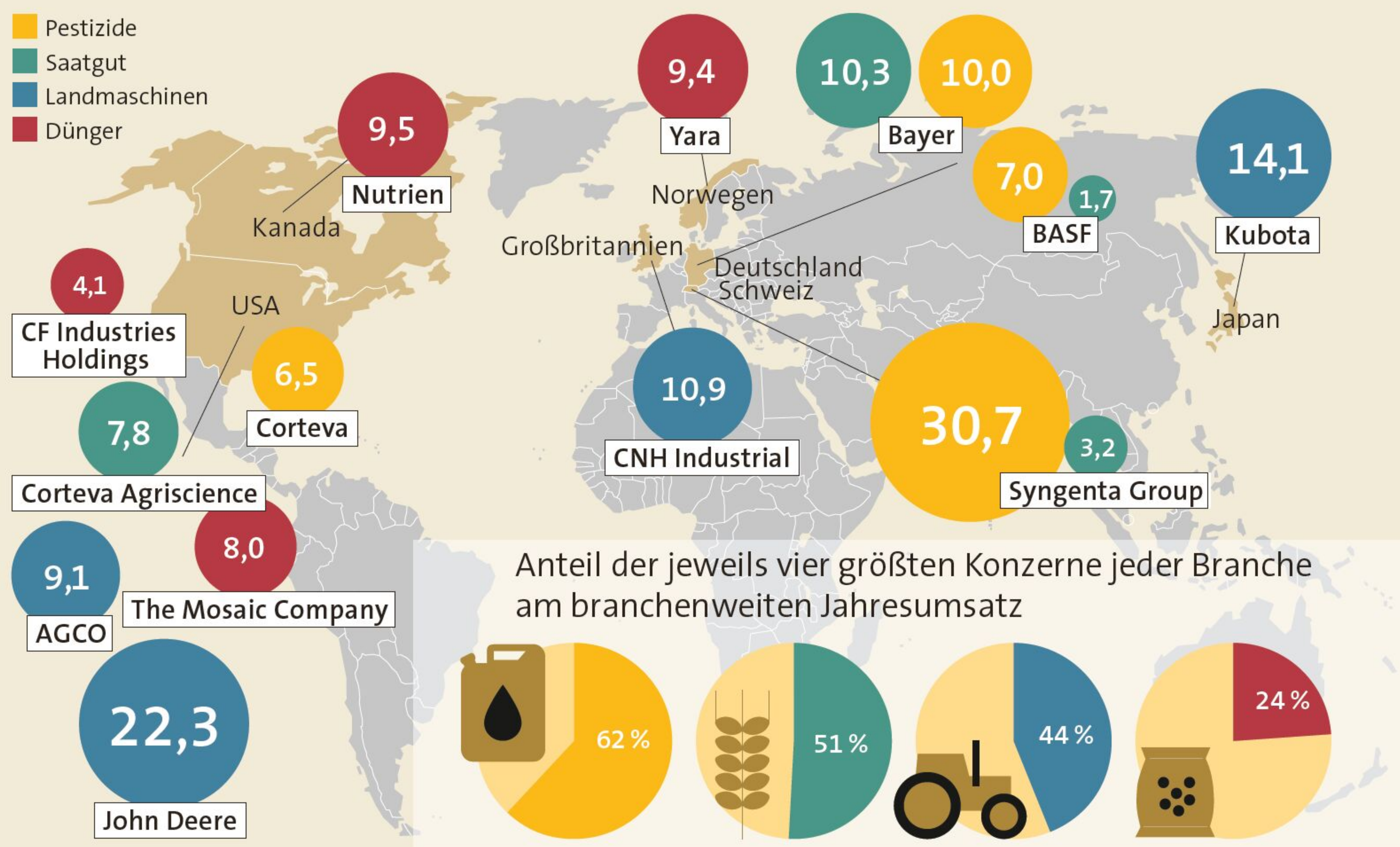
Quelle: <https://ourworldindata.org>, Zahlen von der FAO.

Reis, Mais und Weizen machten 2022 zusammen 90 Prozent der globalen Getreideernte aus. Ein Drittel der Weizenernte, unter ein Fünftel der Maisernte und ein Zehntel der Reisernte wird international gehandelt. Mais dient, anders als Reis und Weizen, auch oft als Viehfutter.

© WELT-SICHTEN

Wer unser Essen beeinflusst

Jahresumsatz und Sitz der jeweils vier größten Konzerne nach Branche, 2020, in Milliarden US-Dollar



Seit Jahren vergrößert sich die Marktmacht einiger weniger Konzerne: Zwischen 1996 und 2009 fusionierten Hunderte Saatgut- und Pestizidunternehmen zu sechs Großkonzernen. Die vier größten – die Syngenta Group, Bayer, Corteva und BASF – teilten sich 2020 62 Prozent des Weltmarktes. Ein lukratives Geschäftsmodell ist die Kombination von Pestizid- und Saatgutverkauf.

Indiens Bauern protestieren wieder

Obwohl sich die Wirtschaft in Indien zunehmend diversifiziert, prägt die Landwirtschaft weiter die Politik. Denn die Agrarreformen haben viele Kleinstbauern und landlose Arbeiter hervorgebracht und sorgen vor allem auf dem Land für Unmut.

Von Satendra Kumar

Als in Indien von April bis Juni 2024 ein neues Parlament gewählt wurde, haben vor allem die Wähler auf dem Land die Geschicke der Regierungspartei bestimmt: Die Bharatiya Janata Party (BJP) von Premierminister Narendra Modi hat ihre Mandate in einem Drittel der ländlichen Wahlkreise verloren. Die Politik der von der BJP geführten Regierung fand bei der ländlichen Wählerschaft offenbar keinen Anklang – besonders nicht bei den von COVID-19-Krise und steigender Inflation gebeutelten Landwirten und Arbeitern.

Im September 2020, während der Pandemie, hatte die Modi-Regierung ohne jede Debatte im Parlament drei umstrittene Landwirtschaftsgesetze verabschiedet. Wären sie umgesetzt worden, dann hätten sie den staatlichen Ankauf von Agrarprodukten geschwächt, den Einstieg des Großkapitals in Vertragslandwirtschaft und Vermarktung erleichtert und das öffentliche Verteilungssystem am Ende abgeschafft. Unter diesem Programm zur Ernährungssicherung ist die Bundesregierung für die Beschaffung, die Lagerung, den Transport und die Zuteilung von Getreide an die Regierungen der Bundesstaaten zuständig.

Die Bauern waren der Ansicht, dass diese Agrarreformen sie der Gnade von Konzernen ausgeliefert hätten, die in den indischen Agrarsektor einsteigen wollten. Sie fürchteten, dass sie letztlich ihr Land verlieren würden – und damit ihr wichtigstes Vermögen und die Grundlage ihres kulturellen Erbes, ihres Selbstwertgefühls und ihres Lebensunterhalts. Von September 2020 an haben indische Bauern deshalb über ein Jahr lang gegen die Gesetze protestiert, bis sie schließlich zurückgenommen wurden. Im Februar 2024 sind die

Bauern auf die Straße zurückgekehrt, um einen Mindeststützungspreis für ihre Ernten zu fordern.

Obwohl andere Wirtschaftssektoren stark wachsen und die Verstädterung rasch voranschreitet, prägen die Landwirtschaft und die Landwirte weiterhin die indische Politik, wie die Wahlen gezeigt haben. Die Gründe liegen in der Struktur des Sektors. Um seine Abhängigkeit von Nahrungsmittelhilfe aus den USA zu verringern, hat Indien in den 1960er Jahren die Grüne Revolution eingeführt: Viele Schritte zum Forschungs- und Technologietransfer zielten darauf ab, die Nahrungsmittelproduktion mit Hilfe von chemischen Düngemitteln, Pestiziden und intensiver Bewässerung zu steigern. Diese Anbautechniken benötigten mehr Ressourcen als die traditionellen, so dass Bauern stärker von Produktionsmitteln abhängig wurden, die Geld kosten.

Die neuen Techniken wurden zunächst nur in wenigen Regionen angewandt. Als geeignet sah man die fruchtbaren und gut bewässerten Teile Nordwest- und Südindiens an, weil man dort im kolonialen sowie im unabhängigen Indien schon Erfahrungen mit groß angelegter Bewässerung und anderen öffentlichen Investitionen gemacht hatte. Um die Grüne Revolution zu beschleunigen, subventionierte der indische Staat landwirtschaftliche Inputs wie Dünger, gab Bauern günstige Kredite und stützte die Preise der wichtigsten Erzeugnisse; das Getreide wurde dann zu subventionierten Preisen über das öffentliche Verteilungssystem verkauft. Mit der Kombination dieser Maßnahmen konnte Indien seit den 1970er Jahren die Produktion steigern, große Nahrungsmittelengpässe verhindern und seine Abhängigkeit von US-Hilfe verringern. Die von der Grünen Revolution eingeführte industrielle

Landwirte aus ganz Indien fordern Mitte März 2024 in Neu-Delhi einen Mindeststützungspreis für ihre Ernten.

ARUN KUMAR/THE INDIA TODAY GROUP VIA GETTY IMAGES





Landwirtschaft hat Wohlstand auf das Land gebracht und eine Klasse von reichen Landwirten geschaffen – vor allem aus bestimmten Kastengruppen wie etwa den Jats in den Bundesstaaten Punjab, Haryana und Uttar Pradesh, den Marathas in Maharashtra und den Reddys und Kmmas in Andhra Pradesh. Die Bauernverbände dieser Kasten forderten in den 1980er Jahren mehr Subventionen für Dünger, Pestizide und Elektrizität und entwickelten sich zu einer mächtigen politischen Kraft namens New Farmers' Movement. Sie ignorierten jedoch die Interessen anderer Gruppen wie die der landlosen Arbeiter, Frauen und Dalits.

Das von der Grünen Revolution angetriebene Wachstum in der Landwirtschaft verringerte die Kluft zwischen Stadt und Land, vergrößerte aber die Ungleichheiten in der ländlichen Gesellschaft in Bezug auf Kaste und Geschlecht. Zum Beispiel sind die meisten Landbesitzer in Nordwest-Indien männliche Jats, während die Dalits den Großteil der landlosen Arbeitskräfte stellen. Und das von der Grünen Revolution bewirkte Wachstum hielt nicht lange an: Obwohl immer mehr Düngemittel, Pestizide und landwirtschaftliche Maschinen eingesetzt wurden, ging die landwirtschaftliche Produktion in den 1990er Jahren zurück.

Vor allem aber führte das Modell zu Umweltkrisen: Es erschöpfte und verschmutzte das Grundwasser, tötete nützliche Insekten, ließ neue Schädlinge entstehen und machte mit Monokulturen Böden unfruchtbar. Wirtschaftliche Verelendung folgte auf ökologische Degradation. Die Grüne Revolution erwies sich als nicht nachhaltig. Die von ihr hervorgerufenen Agrarkrisen und die Ungleichheit im ländlichen Raum wurden von der wirtschaftlichen Liberalisierung seit Anfang der 1990er Jahre noch verstärkt. Die Regierung der Kongresspartei kürzte die Agrarsubventionen drastisch und fuhr die öffentlichen Investitionen in die Landwirtschaft herunter. Dies führte zu wachsender Verschuldung von Bauern, Vertragslandwirtschaft im Dienste beispielsweise multinationaler Unternehmen wie Pepsi und Cargill sowie zu Landraub. Der Staat riss sich fruchtbares Ackerland unter den Nagel und richtete im ganzen Land Sonderwirtschaftszonen ein oder übertrug die Böden für Entwicklungsprojekte wie Immobilien und Vergnügungsparks an indische und multinationale Unternehmen. All das schwächte auch die reichen Bauern als politische Kraft.

In den vergangenen drei Jahrzehnten mussten viele bäuerliche Haushalte einen Statusverlust hinnehmen. Der ländliche Raum wird heute zunehmend von Klein- und Kleinstbauern geprägt, die über 86 Prozent der ländlichen Haushalte ausmachen. Ihr Einkommen ist zu gering, um ihre Ausgaben zu decken, insbesondere die für Bildung und Gesundheit – Sektoren, die seit den frühen 1990er Jahren schrittweise privatisiert wurden. Die durchschnittliche Größe der Agrarbetriebe ist auf gerade einen Hektar geschrumpft. Und der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt ist von fast 60 Prozent in den frühen 1980er Jahren auf etwa 14 Prozent 2020 gesunken; das zeigt den Übergang zu einer stärker diversifizierten indischen Wirtschaft. Die Liberalisierung hat eine große Mehrheit von Klein-

und Kleinstbauern sowie landlosen Arbeitern hervor- gebracht, die zeitweise auch in der Stadt arbeiten, aber auch kleine Inseln von Mittelschichtangehörigen und Reichen auf dem Land. Es ist akzeptiert, dass eine relativ kleine Gruppe wohlhabender Landwirte Gewinn macht und im Agrarbetrieb Lohnarbeiter beschäftigt. Doch diese wohlhabenden Landwirte investieren ihre Überschüsse lieber in Geschäftsfelder wie Transport, Ziegelherstellung oder Lebensmittelgeschäfte.

Die meisten Kleinstbauern besitzen Land, Werkzeuge und Maschinen, und auf ihren Höfen arbeiten hauptsächlich Familienmitglieder, für Ernte und Aussaat manchmal auch Saisonarbeiter. Kleinstbau-

der Regel landlose oder marginalisierte Bauern, jeden Tag Dienste – sie reparierten etwa landwirtschaftliche Geräte, schnitten Haare oder wuschen Kleidung – und erhielten dafür einen Anteil an den Agrarerzeugnissen des Patrons. Seit aber vor allem Kleinstbetriebe verbreitet sind, reicht deren Produktion nicht mehr aus, um den wachsenden Bedarf sowohl der Landbesitzenden als auch ihrer Bediensteten zu decken. Dies hat zum Zusammenbruch des Patron-Klient-Systems geführt.

Davor hatten Landbesitzer und ihre Bediensteten zwar unterschiedliche Interessen, waren aber voneinander abhängig; nun hatten sie konkurrierende Interessen. Als in den 1990er Jahren regional und in Kasten verankerte Parteien damit begannen, benachteiligte Kastengruppen zu mobilisieren und so die Wahlbeteiligung zu erhöhen, ergab sich eine politische Rivalität zwischen Patronen und ihren Klienten: Beide Gruppen konkurrieren nun um Bildung und Arbeitsplätze in der neuen Wirtschaft.

Die Wirtschaftsreformen und die rasche Verstädterung haben eine neue Kluft zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum aufgerissen.

ern sind auf ein Arbeitseinkommen außerhalb der Landwirtschaft angewiesen, besonders wenn sie weniger als einen Hektar Land besitzen. Ihre wichtigste Einkommensquelle ist Lohnarbeit, zum Beispiel auf Baustellen, in Restaurants oder als Packer von Lkws. Die Einnahmen daraus sind aber unregelmäßig und auch unsicher. Diese Kleinstbauern sind zwar eng mit dem Land verbunden und fühlen sich ihrer Kaste zugehörig, aber sie sind sowohl selbstständige Produzenten als auch Lohnarbeiter.

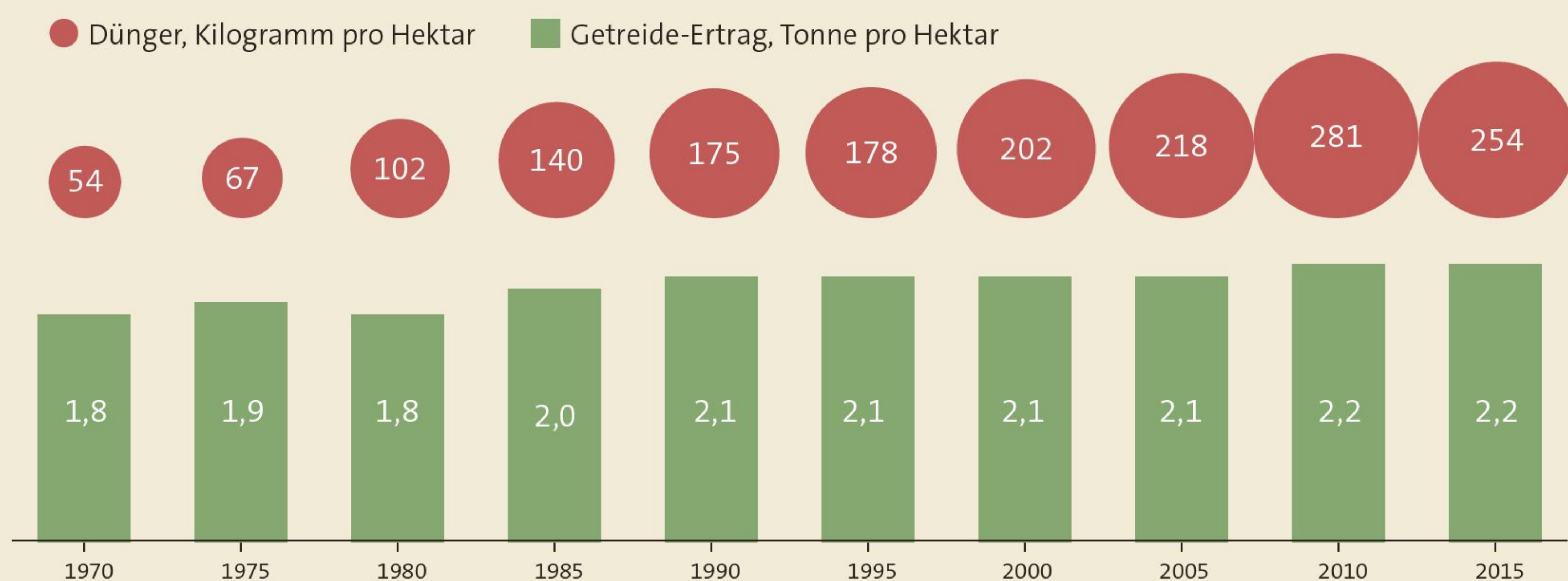
Dieser Wandel hat in der ländlichen Gesellschaft zu neuen sozialen und politischen Spannungen geführt. Zum Beispiel waren in Punjab, Haryana und im westlichen Uttar Pradesh die Bauern mit Landbesitz früher Schutzherren für landlose Arbeitskasten, die ihnen dienten; so waren Jat und Sikh, die Hindus oder Muslime sein können, Patrone für Arbeitskräfte, die größtenteils Muslime oder Dalits sind. Im Rahmen des Patron-Klient-Verhältnisses leisteten Handwerker-Kasten, in

Diese Veränderungen sind nicht nur im Nordwesten Indiens zu beobachten. Der Zusammenbruch der Patron-Klient-Beziehungen und das Aufkommen nicht agrarischer Erwerbszweige haben auch die Landgebiete in den südlichen Bundesstaaten erfasst. Sie schaffen aber nicht so schnell Arbeitsplätze, dass sie die überschüssigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und die Landjugend aufnehmen könnten.

Während der Grünen Revolution haben zudem öffentliche Investitionen in die Bildung zu einem sprunghaften Anstieg des Schulbesuchs in Indien geführt; das begann Mitte der 1960er Jahre und beschleunigte sich in den Jahrzehnten danach. Wachsender Wohlstand und die Mechanisierung der Landwirtschaft ermöglichen es Bauern und Arbeitern, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Mehr als 95 Prozent der Kinder in Indien haben heute eine Schulbildung, 1951 lag die Alphabetisierungsrate noch bei 18,3 Prozent. Die Söhne und Töchter von Bauern und Arbeitern suchten sich nach dem Schulbesuch bezahlte Arbeit. Viele Söhne

Viel hilft viel? Von wegen!

Entwicklung von Düngereinsatz und Ernteertrag am Beispiel Indien



©Bodenatlas 2024, Eimermacher/STOCKMAR+WALTER Kommunikationsdesign (M), CC BY 4.0, www.boell.de/bodenatlas



wohlhabender Landwirte und aus den herrschenden Kasten traten in die Armee oder in die Polizei ein oder wurden bis Anfang der 1990er Jahre Lehrer an staatlichen Grundschulen. Nach der Liberalisierung der Wirtschaft aber schrumpften die Möglichkeiten im öffentlichen Sektor; das zwang die Landjugend quer durch alle Schichten, sich um Jobs in der Privatwirtschaft zu bemühen. Doch sie waren schlecht gerüstet für die Konkurrenz von jungen Leuten aus städtischen Berufen, die die lukrativsten Posten besetzten.

So haben die Wirtschaftsreformen und die rasche Verstädterung zwar neue Möglichkeiten geschaffen, aber auch eine neue Kluft zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum und zwischen der Landwirtschaft und anderen Sektoren aufgerissen. Die Ungleichheiten zwischen den Kasten und beim Landbesitz sorgen für ungleichen Zugang zu Erwerbschancen außerhalb der Landwirtschaft und in der Stadt. Die Schere zwischen wohlhabenden Landwirten aus den herrschenden Kasten und landlosen Dalit-Arbeitern besteht weiter und hinzu kommt nun die Benachteiligung des ländlichen Raums insgesamt.

Indiens hohes Wirtschaftswachstum hat eine verzerrte Entwicklung gebracht: Die Reichen wurden reicher, während die Armen wenig profitierten oder ihr Einkommen gar stagnierte. Die Beschäftigung hat nicht annähernd so schnell zugenommen wie die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in der wachsenden Bevölkerung. Das viel gepriesene Wachstum des Dienstleistungssektors seit Anfang der 1990er Jahre hat keine angemessenen Arbeitsplätze geschaffen. Stattdessen ist die informelle Beschäftigung aufgeblüht. Die aber kann die Landbevölkerung nicht aus ihrer Abhängigkeit von Land und Landwirtschaft befreien.

In den vergangenen Jahren haben sich verschuldete Landwirte und Landarbeiter in ein Heer von Bauarbeitern, Taxifahrern, Haushaltshilfen, Straßenverkäufern, Kurierfahrern, Ladengehilfen, Wachleuten, Dienstboten, Wäscherinnen und Lkw-Packern verwandelt. Mehr als 85 Prozent aller neuen Arbeitsplätze sind im informellen Sektor und bieten in der Regel weder einen schriftlichen Vertrag noch Arbeitsplatzsicherheit oder vernünftige Gesundheits- und Altersvorsorge.

Der Lohn steigt in der Regel nicht, und Aufstiegsmöglichkeiten sind begrenzt und ungewiss. Die Träume der Landjugend von besserer Beschäftigung zerplatzen auf einem Markt voll schlecht bezahlter und unsicherer Jobs. Muslime, Dalits und Frauen sind aufgrund zählebiger Vorurteile nach wie vor besonders benachteiligt. Sie sind in den modernen Berufen unterrepräsentiert, zumal die Zahl der gut bezahlten Stellen nur geringfügig gestiegen ist.

Arbeit außerhalb der Landwirtschaft löst Familien jedoch selten ganz aus der Landwirtschaft oder dem Dorf. Sie sind weiter auf die sozialen Netzwerke auf dem Land, die landwirtschaftliche Produktion und Lieferungen aus den Dörfern angewiesen wie Weizen, Reis, Linsen und Speiseöl. Immer mehr Familien verdienen ihren Unterhalt mit einer Vielzahl von Beschäftigungen und ortsübergreifend – in der Landwirtschaft und außerhalb, auf dem Land und in der Stadt, formell und informell.

Das ländliche Indien ist heute zersplittert und vielschichtig, zusammengehalten und zerrissen von abgestuften Ungleichheiten von Kaste, Klasse und Geschlecht und geformt von Stadt-Land-Verbindungen und globalem Kapital. Die Verlagerung von der landwirtschaftlichen zur außerlandwirtschaftlichen Arbeit und von der ländlichen zur städtischen Lebensweise sowie die Mobilität zwischen Land und Stadt haben nicht nur die ländliche Gesellschaft fragmentiert – sie haben auch die ländliche und bäuerliche Identität ausgehöhlt.

Läuten die Wahlen von 2024, bei denen Landwirte den politischen Aufstieg der BJP gestoppt haben, einen Wandel ein? Wähler vom Land in wichtigen Agrarstaaten und -regionen wie Punjab, Haryana und Uttar Pradesh haben sich gegen die Agrarpolitik der BJP gewandt und diesmal vor allem als Landwirte abgestimmt. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 2024 bringen Bauern und die arme Landbevölkerung zurück auf die nationale politische Bühne und geben so nicht nur der indischen Demokratie neuen Schwung – sie führen auch die Bedeutung der Landwirtschaft vor Augen.

Aus dem Englischen von **Anja Ruf**.

Links: Ein Landwirt schüttet Dünger in eine Schale, um ihn auf seinem Maisfeld zu verstreuen.

Rechts: Wanderarbeiter rollen Mitte 2020 Eisenstangen auf einer Baustelle in Mumbai aus. Viele Bauernfamilien sind auf Zusatzeinkommen in der Stadt angewiesen.

REUTERS/AMIT DAVE;
NDRANIL MUKHERJEE/AFP VIA
GETTY IMAGES



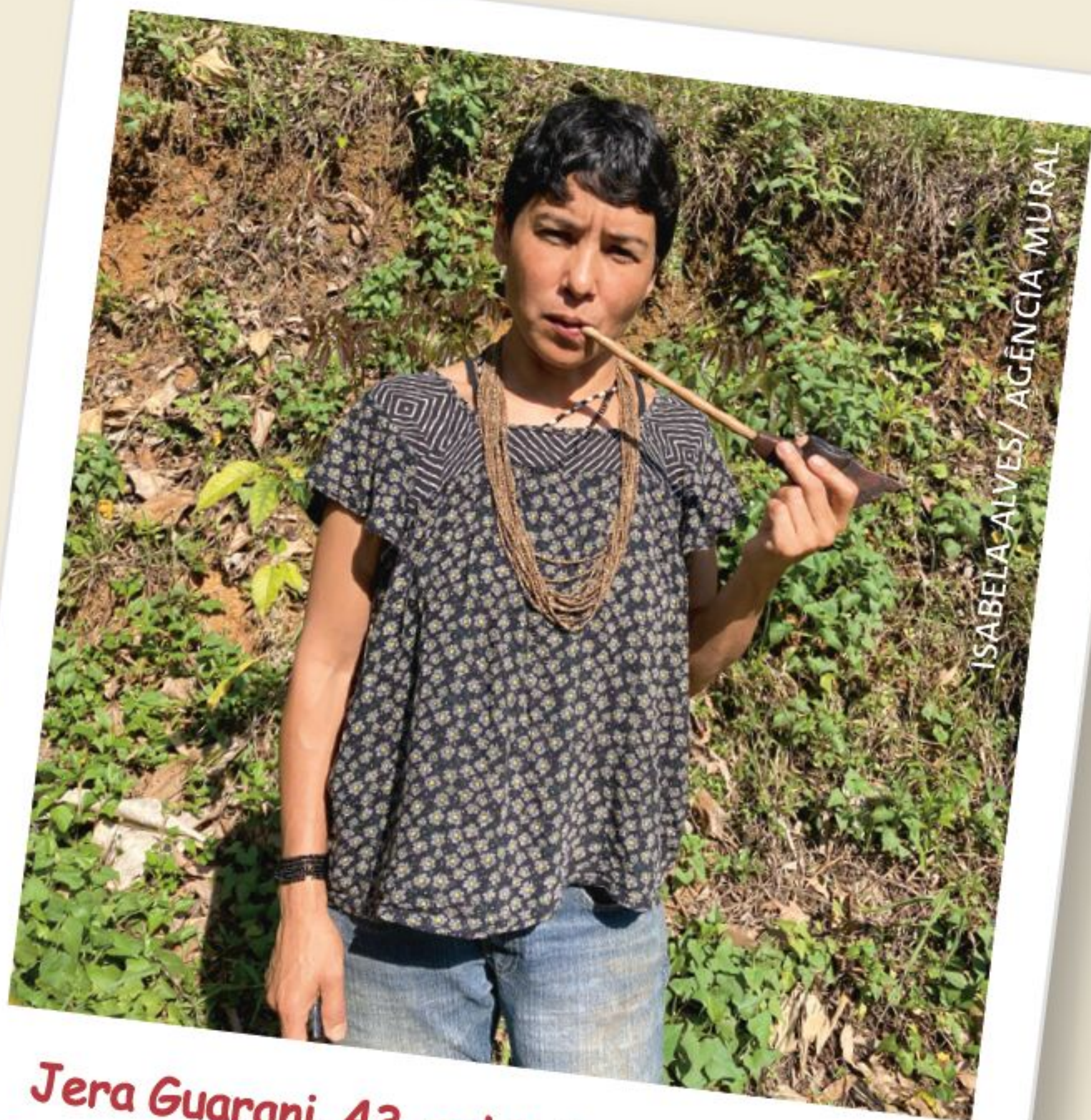
Satendra Kumar

ist Soziologe und Ethnologe und forscht zu Klassen, Kasten und der ländlichen politischen Ökonomie in Indien, zurzeit am Institut für Orientalistik und Asienwissenschaften der Universität Zürich.

Von Extremwetter, traditionellem

Überall auf der Welt haben Landwirte, Kleinbauern und Viehhirten mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen. Vier in der Landwirtschaft tätige Frauen und Männer aus Afrika, Indien und Brasilien erzählen, welche Probleme sie haben – und wie sie sie lösen wollen.

„Wir haben die indigene Landwirtschaft gerettet“



Jera Guarani, 43, gehört zur ethnischen Gruppe der Guarani. Ihr Dorf Tekoa Kalipety liegt im Tenondé-Porã-Indigenenland im äußersten Süden der Stadt São Paulo.

Früher hat unsere Dorfgemeinschaft auf einem winzigen Stück Land gelebt, und es gab keinen Platz, etwas anzupflanzen. Nachdem wir lange für unser Landrecht gekämpft hatten, hat die Regierung uns dann vor zehn Jahren ein größeres Stück Land zugestanden – 16.000 Hektar. Nach diesem Sieg mussten wir uns erst einmal wieder neu auf unsere traditionellen Nahrungsmittel besinnen. Denn dadurch, dass wir jahrzehntelang kein Getreide, Gemüse und Obst anbauen konnten, waren sie für uns verloren. Mit Unterstützung der Regierungen von São Paulo und Brasilien haben wir damit begonnen, nach Guarani-Saatgut

zu suchen. Wir nehmen an Messen teil und reisen nach Paraguay, Argentinien und in die brasilianischen Bundesstaaten Paraná, Rio Grande do Sul und Rio de Janeiro, wo traditionelle Gemeinschaften und Kleinbauern gentechnikfreie Samen und Setzlinge austauschen. So ist es uns gelungen, 50 Kartoffelsorten, 10 Maissorten, Erdnüsse, Bananen und viele andere Arten, die andernorts weiter gezüchtet wurden, in unser Volk zurückzuholen.

Heute verteilen wir das Saatgut auch an andere Dörfer, an Quilombolas, also die schwarzen Gemeinschaften, die Nachkommen der früheren Sklaven sind, und an Kleinbauern. Wir lassen uns von ihnen garantieren, dass sie das Saatgut nicht kommerziell verwerten, denn in unserer Kultur ist es verboten, Nahrungsmittel zu verkaufen. Die Samen sind Teil unserer Spiritualität. Es ist uns gelungen, wieder unsere Identität zu stärken, die Gemeinschaftsarbeit auf dem Land zu retten und uns selbst um unsere Gesundheit, unsere Spiritualität und unsere Ernährung zu kümmern.

Aufgezeichnet von Sarah Fernandes.

„Viele Bauern und Hirten sind aus ihren Dörfern geflohen“

Wie viele andere Angehörige der Fulani-Volksgruppe komme ich aus einer Familie, in der die Viehzucht eine lange Tradition hat. Das ist unsere Kultur. Ich habe schon vor meiner Einschulung damit begonnen, Rinder großzuziehen. Eine meiner Kindheitserinnerungen ist, dass Hirten und Bauern friedlich zusammenlebten. Es schmerzt mich, dass diese Beziehung nun zerbrochen ist.

Teilweise ist dafür der Klimawandel verantwortlich, der der Region Dürre und Regenmangel gebracht hat. Rinderhirten und Bauern finden sich in einem erbitterten Konflikt um fruchtbares Land, der jedes Jahr Hunderte Menschenleben fordert. Einige Fulani haben die Viehzucht aufgegeben und bewaffnete Gruppen gebildet, die Bauern und Hirten töten und deren Vieh stehlen. Viele Bauern und Hirten sind aus ihren Dörfern geflohen. Ich selbst habe den Großteil meiner Kühe verkauft, um sie nicht an Viehdiebe zu verlieren.

Wer wird Lebensmittel für Nigeria produzieren, wenn viele Viehhirten und Bauern es nicht mehr tun? Sie gehören zu den wichtigsten Akteuren im Agrarsektor. Die Regierung meines Bundesstaates Niger arbeitet daran, Weidereservate einzurich-

ten, damit Viehhirten nicht mit Bauern um Land streiten. Doch die Unsicherheit hat unsere Fulani-Tradition unterbrochen, das Wissen der Viehhirten über Generationen hinweg weiterzugeben. Denn wenn das Viehgeschäft nicht läuft, kann ich die Fertigkeiten, die ich von meinem Vater gelernt habe, nicht an meine Kinder weitergeben.

Aufgezeichnet von Sam Olukoya.



Abdullahi Babayo, 43, ist Fulani-Rinderhirte in Nigeria

Saatgut und tiefen Brunnen

„Extremwetter ist inzwischen an der Tagesordnung“

Schon immer habe ich davon geträumt, den Agrarsektor in Ghana zu verändern. 2013 habe ich meinen Job bei einer Bank aufgegeben, um die heute größte Gemüsefarm Westafrikas zu gründen. Wir exportieren frisches Gemüse wie Kartoffeln, Tomaten, Chilischoten, Ingwer und Okra, aber auch Früchte in andere Teile Afrikas sowie nach Europa, Asien und die USA.

So weit zu kommen, war nicht leicht. Das Wetter ist unberechenbar, wir kämpfen gegen Schädlinge und Pflanzenkrankheiten. Zudem mangelt es uns an Bewässerungsanlagen, aber auch an Maschinen und Werkzeugen. Das schmälert unsere Ernte. Und wir sind auf teures Saatgut und Düngemit-

tel angewiesen. Manchmal verlieren wir auch Teile unserer Ernte, weil wir sie nicht richtig lagern können und sie verderben. Deshalb baue ich gerade neue, große Lager auf meinem Gelände.

Ich habe dafür gesorgt, dass wir unsere Produkte wöchentlich abtransportieren und so direkt nach der Ernte exportieren können. Dafür muss ich aber hohe

Frachtkosten bezahlen und Gebühren für Zertifizierungen. Über die Preise, die wir für unsere Produkte erhalten, haben wir leider wenig Kontrolle, so ist das Einkommen unsicher.

Ich glaube, dass Technologie die Landwirtschaft verändern kann. Zum Beispiel habe ich Gewächshäuser mit einem ausgefeilten Bewässerungssystem, und ich will noch mehr in Drohnen zur Überwachung der Pflanzen oder in Smartphones für Marktdaten investieren.

Leider ist Extremwetter inzwischen an der Tagesordnung. Erst im Mai hat Starkregen zum Verlust von Erzeugnissen und Anlagen im Wert von über 1,5 Millionen Dollar geführt. Aber ich will nicht aufgeben, auch weil meine Farm Hunderte von Ghanaern entlang der Wertschöpfungskette beschäftigt. Die Farm ist die Lebensgrundlage für mich und meine Arbeiter.

Aufgezeichnet von Isaac Kaledzi.



Felix Kamassah, 44, ist Eigentümer des Unternehmens Maphlix Trust, das auf über 100 Hektar Ackerland in der ghanaischen Voltaregion alle Arten von Gemüse anbaut.

„Wir müssen immer tiefer nach Wasser bohren“

„Wir pumpen Wasser aus fast 80 Metern Tiefe hoch und sammeln es in einem Becken. Von dort bewässern wir über ein weit verzweigtes Kanalsystem unsere umliegenden Weizenfelder. Wenngleich das für meine Ernten gut ist, hat der überall im Punjab stattfindende Brunnenbau sehr schädliche Folgen. Fallende Grundwasserpegel bedeuten für viele Landwirte, dass sie noch tiefer und damit noch aufwendiger bohren müssen. Viele Geologen

und Agrarexperten warnen mittlerweile vor einem Teufelskreis. Mir ist die Problematik durchaus bewusst, doch ich brauche ausreichend Wasser für meine 32 Hektar großen Äcker, auf denen ich in einem Jahr zwei Ernten einfahre, eine mit Weizen und eine mit Reis. In der Erntespitze arbeiten wir mit Saisonarbeitern regelmäßig in die Nacht hinein.

In den Zeiten meines Vaters, der inzwischen nach Kanada ausgewandert ist und dort seinen Lebensabend verbringt, wurden auf unserem Hof außerdem noch 50 Kühe gemolken. Das ist jedoch vorbei. Denn auch in Punjab ist der Strukturwandel überall zu erkennen. Überall steigen die Land- und Pachtpreise unaufhörlich, während die Löhne auf sehr niedrigem Niveau dümpeln. Für viele junge Menschen im ländlichen Indien ist das ein Grund, ins Ausland zu emigrieren. Deshalb beobachte ich die Entwicklung kritisch. Auch die Erzeugerpreise sind sehr bescheiden, weshalb ich mich auch bei Protesten unter dem Slogan ‚No Farmer, No Food‘ beteilige.“

Aufgezeichnet von Dierk Jensen.



Harpreet Singh ist 45 Jahre alt. Sein Familienbetrieb befindet sich in der Ortschaft Jodhan. Er bewirtschaftet eigene und gepachtete Flächen und ist mit seinen Geräten als landwirtschaftlicher Lohnunternehmer tätig.

Biowende: gewünscht, aber vorerst gescheitert

Im April 2021 verfügte der damalige Präsident Gotabaya Rajapaksa, dass Sri Lanka zum Biostaat werden sollte. Ein halbes Jahr später explodierten die Lebensmittelpreise und es kam zu Unruhen. Trotzdem würden viele Kleinbauern gerne auf Bioanbau umstellen.

Von Katharina Nickoleit

Jahrelang hatte Thilak Kariyawasam dafür gekämpft, dass es in Sri Lanka mehr Bioanbau gibt. Als es dann aber ganz plötzlich so weit war, war er vor allem erschrocken. „Das Erste, was ich dachte, war: Das gibt Probleme“, erinnert sich der Präsident der Bewegung für organischen Landbau in Sri Lanka, kurz LOAM. Genau wie die Bauern hatte auch er im April 2021 aus der Zeitung erfahren, dass er ab sofort in einem Biostaat, also einem Land, in dem nur noch biologisch angebaut wird, lebt. „Es ist ja völlig richtig, dass die Landwirtschaft grundlegend verändert werden muss. Aber das geht nicht über Nacht. So, wie das angegangen wurde, konnte es nicht funktionieren.“

Sri Lanka ist mit seinen rund 23 Millionen Einwohnern etwa so groß wie Bayern. Eine tropische Insel mit viel Regen und Sonne, größtenteils bedeckt von sattem Grün. Eigentlich bietet das Land ideale Anbaubedingungen. Doch als die Bevölkerung in den 1960er Jahren enorm wuchs, glaubte die damalige Regierung den Versprechen der Grünen Revolution: Mehr Erträge dank Kunstdünger und Pestiziden, dadurch weniger Hunger und mehr Wohlstand für alle. Das Land verschrieb sich der konventionellen Landwirtschaft und subventionierte den Import von Düngemitteln und Pestiziden. „Die Leute stellten auf konventionellen

Anbau um, weil sie dachten, sie würden das umsonst bekommen. Und die Weltbank und andere Institutionen gaben dafür Kredite“, erklärt Kariyawasam. Die Rechnung ging nicht auf, zumindest nicht für Sri Lanka. Das Land geriet in die Schuldenfalle. Nicht nur, aber auch wegen der Importe von Agrarchemie. Als dann während der Pandemie mit ihren Lockdowns auch noch der Tourismus als wichtiger Devisenbringer ausfiel, konnte sich Sri Lanka den Import von Kunstdünger und Pestiziden für 350 Millionen US-Dollar pro Pflanzsaison schlicht nicht mehr leisten.

Ohne Kunstdünger brachen die Ernteerträge dramatisch ein

Einfach aussteigen geht aber offensichtlich auch nicht. Ohne den Kunstdünger brachen die Erträge in den folgenden Monaten auf Sri Lankas Feldern dramatisch ein, bei manchen Früchten war die Rede von 40 bis 60 Prozent. „Synthetischer Dünger macht das Land nicht produktiver, sondern die Bauern müssen ständig mehr davon verwenden, wenn sie weiter produzieren wollen“, sagt Kariyawasam. Lebensmittel wurden unerschwinglich, es gab Unruhen und noch bevor Gotabaya Rajapaksa unter dem Druck der Straße zurücktrat, erlaubte der Präsident die Einfuhr der Agrarchemie wieder. Seither gilt Sri Lanka bei Vertretern der Agrarindustrie als Paradebeispiel dafür, dass es unmöglich sei, ein Land auf Bioanbau umzustellen.

Die Einfuhr von Agrarchemie nach Sri Lanka ist zwar wieder erlaubt, wird aber kaum noch subventioniert. Deshalb sind die Mittel für die Kleinbäuerin Anushi Ranika unerschwinglich. „Ich muss zwei Mal im Monat spritzen.

Das kostet mich jeweils fünf- bis sechstausend Rupien“, rechnet die 34-Jährige vor. Umgerechnet sind das 33 Euro im Monat, das entspricht ziemlich genau dem Mindestlohn. Für die Mutter von drei Kindern, die mit ihrem Gemüsegarten auch noch Mann und Schwiegereltern ernähren muss, ist das viel zu teuer.

Egal, mit wem man spricht, jeder träumt davon, wenigstens einen kleinen Küchengarten anzulegen, um sich selber mit gesundem Gemüse versorgen zu können. Der enorme Pestizideinsatz in den vergangenen Jahren richtet inzwischen nicht mehr zu ignorierende Gesundheitsschäden an. Nierenversagen ist in Sri Lanka inzwischen eine anerkannte Volkskrankheit. Nahrungsmittel sind so teuer geworden, dass sich viele Menschen nur noch zwei Mahlzeiten pro Tag leisten können. Anushi Ranika würde jedenfalls allein der Kosten wegen gerne umstellen – wenn sie wüsste, wie.

Thilak Kariyawasam legt ein Faltblatt von CropLife vor, dem Lobbyverband der Produzenten von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, in dem unter anderem Bayer, Syngenta und BASF Mitglieder sind. Es wirbt für Schulungen, in denen es um die Anwendung von Agrarchemie geht. Seit Jahrzehnten sei die gesamte landwirtschaftliche Ausbildung maßgeblich durch die Agrarindustrie bestimmt worden. „Das fängt schon in den Schulbüchern an. Die Bauern lernen ihr ganzes Leben lang nur, wie man konventionell produziert. Dass es auch anders geht, kommt einfach nicht vor.“ Ohne dieses Wissen ist die Umstellung unmöglich, sein Fehlen war der Hauptgrund für das Scheitern der Biowende. Mit der Unterstützung



Kleinbauern versuchen jetzt, auf eigene Faust von Chemie loszukommen. In diesem Schulungszentrum lernen sie, wie man organischen Dünger und Kompost herstellt.

CHRISTIAN NUSCH

des katholischen Hilfswerks Misereor hat LOAM deshalb vor den Toren der Hauptstadt Colombo ein kleines Schulungszentrum eingerichtet, in dem kostengünstige Methoden gelehrt werden, mit denen die Kleinbauern selber Biomittel, also vor allem organische Dünger, herstellen können.

Kleinstbauern lernen, wie ein Agroforstsystem funktioniert

Im Schatten des Vordaches eines einfachen Ziegelhauses hören 15 Frauen und drei Männer gespannt zu, als ein Trainer erklärt, wie sich in einem Agroforstsystem die verschiedenen Pflanzen ergänzen, indem sie einander Schatten und Dünger spenden. Es sind Kleinstbauern, manche versorgen mit ihren Küchengärten nur ihre Familie, andere produzieren genug, um auch etwas zu verkaufen. Eine von ihnen ist Anushi Ranika.

Wie kompliziert erscheint ihr die Umstellung? „Es ist schwierig, denn es braucht Zeit. Besonders der Kompost, der braucht drei Monate, bis er so weit ist. Kunstdünger kann ich einfach auf dem Markt kaufen.“ Sie wiederholt damit ein weit ver-

breitetes Vorurteil. Ajantha Paliwadana, der für das frisch gegründete Bio-Trainingscenter verantwortlich ist, widerspricht. „Das wird zwar so verbreitet, aber es stimmt einfach nicht. Wenn man weiß, wie es geht, kann man in zwei Wochen flüssigen organischen Dünger herstellen. Das ist genau das Wissen, das wir hier vermitteln wollen.“

Er deutet auf die Trainerin, die inzwischen zum praktischen Teil des Kurses übergegangen ist und zeigt, wie man eine Regenwurmwaschanlage baut: Dazu füllt man einen aufgeschnittenen großen Wasserkanister mit Steinen und Erde. Darin werden die Regenwürmer gezogen. Am unteren Ende ist ein Ablauf, über den man Flüssigkeit ablassen kann. „Man gießt von oben Wasser herein und wäscht damit das Sekret, das die Würmer produzieren, von ihnen ab. Es enthält alle möglichen Mikronährstoffe. Wenn man dieses Wasser auffängt und verdünnt, erhält man den besten Biodünger, den es gibt“, versichert Paliwadana.

„Die Biowende braucht eine Übergangsphase von etwa zehn Jahren, so lange dauert es, die Bau-

ern weiterzubilden und die neuen Methoden zu etablieren“, sagt Thilak Kariyawasam, der Präsident von LOAM. Dabei müssen auch die anderen Mitspieler des Agrarsektors mitgenommen werden. „Die kleinen Geschäftsleute, die heute davon leben, dass sie importierten Kunstdünger verkaufen, brauchen eine Alternative, um ein Einkommen zu erwirtschaften. Etwa, indem sie organische Mittel vertreiben.“ Tatsächlich gibt es die ersten Firmen, die konzentrierte Lösungen mit Mikroorganismen anbieten. Als die importierte Chemie verboten und dann kaum subventioniert wurde, wurden sie mit ihrer örtlichen Produktion auf einmal konkurrenzfähig.

Doch ob das so bleibt, ist fraglich. Denn ungeachtet des wachsenden Interesses am Bioanbau empfiehlt Sri Lankas Regierung nach der gescheiterten Biowende wieder die Nutzung von Agrarchemie. So bleibt es kleinen Bewegungen wie LOAM und ihren Spendern überlassen, den Bauern zu helfen, ihre Landwirtschaft umzustellen und das Land aus der Abhängigkeit zu befreien. ■



Katharina Nickoleit

ist freie Journalistin. Sie berichtet seit vielen Jahren aus dem globalen Süden für den Hörfunk sowie gemeinsam mit ihrem Mann Christian Nusch für die ARD und mehrere Hilfsorganisationen.



Gentechnik für Arme?

Von Tillmann Elliesen

Bisher spielen gentechnisch veränderte Pflanzen in der afrikanischen Landwirtschaft kaum eine Rolle. Sie sind nicht für Kleinbauern gemacht. Das könnte sich mit neuen Techniken wie der Gen-Schere CRISPR ändern, hoffen manche Agrarforscher. Andere sind skeptisch.

Sorghum ist nach Mais die wichtigste Getreideart in Afrika. Seit Tausenden von Jahren wird die Hirsesorte auf dem Kontinent angebaut, heute vor allem in kleinbäuerlichen Betrieben in Ost-, West- und Zentralafrika. Sie ist nahrhaft und robust und kommt gut mit Hitze und Trockenheit zurecht. Die Afrikaner verarbeiten sie zu einer Vielzahl von Speisen wie Brot oder Porridge und auch zu Getränken mit und ohne Alkohol. Das Problem: Auf dem gesamten Kontinent werden die Anbauflächen immer wieder von Striga heimgesucht, einem parasitären Gewächs, das an die Hirsewurzeln andockt und der Wirtspflanze Wasser und Nährstoffe raubt. Ist ein Feld einmal befallen, kann Striga große Teile der Sorghumernte zerstören.

Der Parasit lässt sich nur schwer bekämpfen, aber Steven Runo glaubt, mit Hilfe von Gentechnik

eine Lösung gefunden zu haben. Der Molekularbiologe von der Kenyatta University in Nairobi forscht an einer gentechnisch veränderten Sorghumsorte, die Striga aus eigener Kraft abwehren kann. Einige Wildsorten sind dazu von Natur aus in der Lage und Runo und sein Team haben in Kultursaatgut die entsprechende Mutation mit dem gentechnischen Verfahren CRISPR-Cas9 imitiert. Derzeit wird in Kenia auf dem Feld getestet, ob der Eingriff gelungen ist und die modifizierte Pflanze so wie ihre wilden Verwandten dem Parasiten widersteht.

So wie Runo arbeiten noch andere afrikanische Forscherinnen und Forscher an gentechnisch veränderten Pflanzen, von denen sie hoffen, dass sie vor allem den Millionen Kleinbauern auf dem Kontinent Vorteile bringen. Am Ethiopian Institute of Agricultural Research wird an einer verkleinerten Variante

Im Osten Simbabwe prüft eine Bäuerin ihre Sorghumpflanzen. Forscher arbeiten an einer gentechnisch veränderten Sorte, die widerstandsfähig gegen Parasiten ist.

JEKESAI NJIKIZANA/AFP VIA GETTY IMAGES

der in Äthiopien weit verbreiteten Getreidesorte Teff geforscht, die nicht so leicht umknicken würde wie bisher angebaute Pflanzen. An der University of Cape Coast in Ghana wird an einer mit Vitamin A angereicherten Süßkartoffel gearbeitet, und Kollegen von Runo an der Kenyatta University wollen eine Maisorte entwickeln, die Trockenheit besser verträgt.

Gemeinsam ist diesen Vorhaben, dass sie neue gentechnische Verfahren wie CRISPR anwenden, auch Gen-Schere genannt. Dabei wird gezielt das Erbgut einer Pflanze geändert, um bestimmte Eigenschaften zu verstärken oder auszuschalten. Anders als bei der „alten“ Gentechnik, mit der im vergangenen Vierteljahrhundert etwa Mais-, Baumwoll- oder Sojasorten geschaffen wurden, die resistent gegen natürliche Schädlinge oder gegen Herbizide sind, wird bei CRISPR kein artfremdes Erbgut in die Pflanze eingebaut. Letztlich macht die Gen-Schere etwa in Runos Sorghum nur das, was auch durch natürliche Mutation geschieht oder in der Züchtung bisher durch chemische Behandlung oder Bestrahlung erreicht wurde – nur viel schneller und zielgerichteter.

Und da die Technik vergleichsweise einfach und kostengünstig ist, sind Forscher wie Runo überzeugt, dass sie – anders als die alte Gentechnik – auch für die Agrarforschung in Afrika und für kleinere Saatgutbetriebe auf dem Kontinent interessant ist und Pflanzen hervorbringen wird, von denen afrikanische Kleinbauern profitieren.

Das würde sie von der alten Gentechnik unterscheiden: Deren Produkte spielen in Afrika praktisch keine Rolle, nur wenige Länder wie Südafrika, Kenia, Äthiopien oder Nigeria bauen Mais und Baumwolle aus dem Gentech-Labor auf kleinen Flächen kommerziell an. Großflächig kultiviert werden gentechnisch veränderte Pflanzen – neben Mais und Baumwolle vor allem Soja und Raps – hauptsächlich auf großen Monokulturen in Nord- und Südamerika. Neben den Großgrundbesitzern dort profitieren davon vornehmlich Konzerne wie der Marktführer Monsanto, der seit dem Jahr 2018 zur Bayer AG gehört.

Damit das mit Gen-Schere-Pflanzen anders wird, müssen einige Fehler vermieden werden, sagt Runo. „Bei der alten Gentechnik sind die Firmen mit fertigem Saatgut gekommen und haben den Bauern gesagt: ‚Hier, probiert das mal aus.‘ Das hat nicht funktioniert, und das müssen wir dieses Mal anders machen.“ Runo und sein Team wollen Bauern in die derzeit laufenden Feldversuche zu der neuen Sorghumsorte einbeziehen und mit ihnen gemeinsam die Ergebnisse evaluieren. Außerdem müssen politische Entscheidungsträger, die Medien und die Öffentlichkeit gründlich informiert werden, sagt der Forscher. „Die Bauern sind skeptisch gegenüber Gen-

technik, das müssen wir korrigieren, und deshalb muss alles transparent sein.“

Das Argument von Kritikern der grünen Gentechnik, Afrikas Bauern hätten drängendere Probleme, die sich mit Gentechnik nicht lösen ließen – unsichere Landtitel, veraltete oder gar keine Agrarmaschinen, das Fehlen von Bewässerung –, weist Runo zurück. „Ja, all das muss angegangen werden, natürlich. Aber wir Forscher müssen trotzdem weiterarbeiten und nicht erst anfangen, wenn alle anderen Probleme gelöst sind.“ Und für Runo ist klar: Die Forschung muss möglichst in Afrika stattfinden.

Werden CRISPR und ähnliche Techniken der afrikanischen Landwirtschaft also in absehbarer Zeit einen Schub geben und die Ernährungssituation auf dem Kontinent deutlich verbessern? Fans frohlocken, die Gen-Schere könnte maßgeblich dazu beitragen, den Hunger in Afrika und anderswo zu bekämpfen. Allerdings wurde das auch schon vor 25 Jahren versprochen, als die ersten Pflanzen der alten Gentechnik zugelassen und kommerziell angebaut wurden. Es spricht einiges dagegen, dass mit der neuen Gentechnik jetzt alles anders wird.

Für Steven Runo ist die größte Barriere die Regulierung. Nur in sechs afrikanischen Staaten gibt es Gesetze für die Zulassung von mit der Gen-Schere bearbeitetem Saatgut: In Burkina Faso, Ghana, Kenia, Malawi und Nigeria wird es wie jedes konventionell gezüchtete Saatgut behandelt, so dass keine gesonderte Prüfung erforderlich ist. In Südafrika hingegen muss es – so wie in der Europäischen Union – das gleiche strenge Prüf- und Zulassungsverfahren durchlaufen wie das alte Gentechnik-Saatgut, bevor es auf den Acker darf. „Unser Sorghum in Südafrika einzuführen, wäre momentan sehr schwierig“, sagt Runo. „Die unterschiedliche Regulierung in Afrika sorgt für Konfusion und behindert die Verbreitung von neuem Saatgut auf dem Kontinent.“

Fans frohlocken, die Gen-Schere könnte maßgeblich dazu beitragen, den Hunger in Afrika und anderswo zu bekämpfen.

Für Joeva Sean Rock von der University of Cambridge geht das Problem tiefer. Die Ethnologin forscht seit Jahren zu Landwirtschaftspolitik in Afrika und hat ein Buch zur bislang erfolglosen Einführung von Gentechnik-Saatgut in Ghana geschrieben. Rock ist nicht prinzipiell gegen Gentechnik, sie ist aber skeptisch, dass sie den Bauern in Afrika Vorteile bringt. Die größte Hürde für sie ist Geldmangel. „Die öffentliche Agrarforschung in Afrika ist seit vielen Jahren unterfinanziert“, sagt sie. „Statt nationale Institute dort unterstützen die Geber lieber das Netzwerk internationaler Agrarforschungszentren CGIAR.“

Die Folge: Fast alle Gen-Schere-Projekte für Afrika finden in Partnerschaften zwischen afrikanischen



Ein Bauer in Kenia mit Saatgut für insektenresistente Baumwolle. Diese gentechnisch veränderten Pflanzen der ersten Generation werden in Afrika kaum angebaut.

THOMAS MUKOYA/
REUTERS

und ausländischen Forschern sowie Geldgebern statt – und in vielen Fällen haben letztere die Federführung. So ist für die Forschung an trockenheitstolerantem Mais in Kenia ein Institut für Pflanzenbiologie in Belgien verantwortlich, und die Arbeit an einer verbesserten Teff-Sorte für Äthiopien wird vom US-amerikanischen Donald Danforth Plant Science Centre bezahlt und geleitet, das selbst von etlichen Agrarkonzernen und Gentechnik-Förderern wie der Gates-Stiftung unterstützt wird.

Besonders kritisch findet Rock, dass Agrarunternehmen oft direkt als Partner und Geldgeber beteiligt sind. Ein Beispiel ist der US-amerikanische Saatguthersteller Corteva Agriscience, der aus der Fusion der Konzerne DuPont Pioneer und Dow Agrosiences hervorgegangen ist und in einigen Gen-Schere-Projekten in Afrika mitmisch. In solchen öffentlich-privaten Partnerschaften wird oft auf der Grundlage von geistigem Eigentum der Unternehmen geforscht, die das für die Dauer des Projekts freigeben,

Angeichts knapper Kassen sollte die Entwicklungszusammenarbeit nicht vorschnell auf die neue Gentechnik setzen.



Tillmann Elliesen
ist Redakteur bei
WELT-SICHTEN.

so dass öffentliche Einrichtungen kostenlos damit arbeiten können. Der Schweizer Saatgut- und Pflanzenschutzmittelhersteller Syngenta bietet genau das in seinem Programm Shoots an. „Das klingt großartig, aber wenn dabei etwas herauskommt, das sich vermarkten lässt, muss verhandelt werden, unter welchen Bedingungen“, sagt Rock. „Und für solche Verhandlungen sind die öffentlichen Institute in Afrika meistens schlechter gerüstet als die Konzerne.“

Steven Runo bestätigt, dass afrikanische Regierungen mehr in die Agrarforschung investieren müssen. Ein beträchtlicher Teil seiner Arbeit an Sorghum wird von ausländischen Forschungsinstitutionen finanziert; privates Kapital ist nicht dabei. „Kon-

zerne unterstützen Projekte für Afrika nicht aus kommerziellen Gründen. Das lohnt sich nicht, der Markt ist viel zu klein“, sagt er. Mit Sorghum etwa lasse sich nicht viel Geld verdienen. Das eigne sich gar nicht für die kommerzielle Landwirtschaft.

Tatsächlich verzichten laut einer Untersuchung die privaten Geldgeber in vielen öffentlich-privaten Forschungsprojekten in Ländern des globalen Südens auf die Patentierung möglicher Produkte, die sich vermarkten lassen. Aber patentiert werden nicht nur fertige Pflanzen, sondern bereits bestimmte Eigenschaften sowie die gentechnischen Methoden und Werkzeuge, mit denen sie hergestellt werden. Der Einfluss der Konzerne und der von ihnen geförderten finanzstarken Forschungsinstitute in Europa und Nordamerika reicht also auch bei der neuen Gentechnik schon sehr weit.

CRISPR und andere neue Verfahren stehen in Afrika letztlich vor den gleichen strukturellen Problemen wie andere Biotechnologien vor ihnen, sagt Joeva Sean Rock. Und bislang sieht es nicht so aus, als würde im Rahmen laufender Projekte versucht, diese Probleme anzupacken. Der Fokus auf die neuen Technologien könnte sie im Gegenteil sogar verschärfen, etwa das Ungleichgewicht zwischen der mageren Finanzierung staatlicher Agrarforschungsinstitute in Afrika einerseits und der großzügigeren für internationale CGIAR-Zentren andererseits.

Dabei könnte die Arbeit von Forschern wie Steven Runo als Hebel genutzt werden, eine am Gemeinwohl und nicht an Konzernprofiten orientierte Agrarforschung in Afrika zu stärken, sagen Fachleute. Sollten die Geberländer also mehr öffentliche Entwicklungshilfe für solche Projekte geben, um diese potenziell strukturverändernde Wirkung zu unterstützen? Ja, sagt Steven Runo und plädiert dafür, dass sich Forscher wie er eng mit öffentlichen Agenturen wie USAID oder Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) austauschen.

Joeva Sean Rock ist vorsichtiger. „Es geht nicht um Ja oder Nein“, sagt sie. „Hungerbekämpfung und Ernährungssicherung sind komplexe Aufgaben. Die Frage ist deshalb: In welche Gesamtpolitik ist die Finanzierung von Gentechnik-Forschung eingebettet? Wer entscheidet darüber? Nicht immer dürfte Biotechnologie die richtige Wahl sein: In vielen Fällen könnte mehr Geld für konventionelle Züchtung besser sein.“

Angeichts schrumpfender Budgets für Entwicklungszusammenarbeit in vielen Geberländern ist es angebracht, genau hinzuschauen, was mit dem Geld geschieht, statt vorschnell auf den Gentechnik-Zug aufzuspringen. Zumal die Geschichte der Forschung an Striga-resistenten Sorghumvarianten zeigt, dass es keine einfachen Lösungen gibt: Seit den 1950er Jahren wird in Afrika an Saatgut gearbeitet, das dem Parasiten widersteht, ganz ohne Gentechnik. Etliche Sorten sind im Handel. Für die Bauern ist das ein Fortschritt, aber aus der Welt geschafft haben sie das Problem nicht. Das ist deshalb auch nicht von Steven Runos CRISPR-Hirse zu erwarten. ■

Ein Gegengift für die Bienen?

Der Imker Abdón Salazar (rechts) wollte wissen, was seine Bienen tötet, und gab den Anstoß für eine Untersuchung.



In Kolumbien sterben jedes Jahr Tausende Bienenvölker an Pestiziden aus der Landwirtschaft. Umweltschützer und Imker wollen ein Verbot der giftigsten Stoffe, und Forscher versuchen, die Widerstandskraft der Bienen zu stärken.

Von Knut Henkel (Text und Fotos)

Yohan Jury Ledezma ist ein stolzer Biobauer aus La Sierra, einer Kommune im Süden Kolumbiens. Die Stadt liegt gut 1600 Meter über dem Meeresspiegel und Ledezma baut hier wie viele andere Kaffee an. Schattenspendende Bäume und Kaffeesträucher dominieren seine zwei Hektar große Farm – und auch ein paar Dutzend bunte, aus Holzlatten zusammengezimmerter Bienenkästen. Zum einen schwört Ledezma auf guten Honig, zum anderen ist er sicher, dass seine Kaffeeerträge dank der summenden Bestäuber höher sind als zuvor.

Dafür hat er gute Argumente. Zwar ist Kaffee ein Selbstbestäuber und nur auf den Wind angewiesen. Aber Studien des Smithsonian Tropical Research Institute aus Panama belegen, dass die Kaffeeerträge rund

20 bis 30 Prozent höher ausfallen, wenn Insekten wie Bienen und Hummeln bei der Bestäubung helfen. Unter anderem deshalb haben mehr und mehr Kaffee-Genossenschaften, so wie die von Ledezma, mittlerweile Honig im Angebot. Sie wollen so auch dem Bienensterben etwas entgegensetzen.

Dass dies auch in Kolumbien beachtet wird, ist Imkern wie Abdón Salazar aus dem weiter nördlich liegenden Armenia zu verdanken. Dort schlossen sich 2016 die ersten Imker zusammen, um den Ursachen des Sterbens ganzer Bienenvölker auf den Grund zu gehen. „Bei uns in Quindío starben 2016 in neun Monaten 3420 Bienenvölker, jedes einzelne mit bis zu 80.000 Tieren“, erklärt Salazar. Ihn hat das Massensterben der Bienen an den Rand der Pleite geführt. Salazar gehört zu denjenigen, die damals tote Bienen auf eigene Rechnung zur Analyse ins Labor an die Universität Quindío schickten. „Wir haben uns zusammengeschlossen, um Beweise für das zu bekommen, was wir schon lange geahnt haben“, sagt er.

Schon 2004 war dem Imker mit heute vierzig Jahren Berufserfahrung aufgefallen, dass die Zahl der toten Bienen in den Kästen zunahm, dass viele Tie-



André Riveros forscht an der Universität in Bogotá zu Schäden, die Insektizide im Gehirn von Bienen verursachen. Seine Diagnose: Die Tiere leiden an einer Mischung aus Alzheimer und Parkinson.

re nicht den Weg zurück in die Bienenkästen fanden und dass die Bienen weniger Honig und Pollen produzierten. Schon früh vermutete er, dass Pestizide dafür verantwortlich sein könnten. Deren Einsatz war mit der Ausbreitung des Avocado-Anbaus in der Region ausgeweitet worden.

2016 wurde aus der Vermutung Gewissheit, die Analysen der Universität Quindío waren eindeutig: „Fipronil fand sich in mehr als 60 Prozent der eingelieferten Proben toter Bienen, aber auch Neonikotinoide wie Imidacloprid wurden eindeutig nachgewiesen“, sag der Imker. Er bietet auch Imkerbedarf und Beratung an und hat rund dreihundert Bienenvölker auf Gartengrundstücken und Freiflächen.

Der mittlerweile landesweit bekannte Verteidiger der Bienen hat weitere Tausend Bienenvölker nach Meta, einen anderen Verwaltungsbezirk, geschafft. Denn die Erträge in Quindío sind immer noch sehr niedrig; die hochtoxischen Insektizide machen sich weiter bemerkbar. Allerdings deutlich weniger, denn Salazar und seine Mitstreiter haben einen Etappensieg errungen: Seit Februar 2024 ist Fipronil in Kolumbien verboten. Es darf nach einer Übergangsphase von zwölf Monaten nicht mehr verkauft werden. „Nun brauchen wir noch effiziente Kontrollen, um das auch durchzusetzen“, sagt Salazar. Die fehlen in Kolumbien weitgehend, und das will der Imker mit seiner Organisation Abejas Vivas (Lebende Bienen) ändern. Zudem setzt er sich dafür ein, dass auch die in Kolumbien immer noch legalen Neonikotinoide verboten werden. Denn die seien nachweislich mitverantwortlich für das Sterben von Bienen, Hummeln und anderen Bestäubern.

Längst ist das Thema Bienensterben ins gesellschaftliche Bewusstsein gedrungen, auch dank der Medien. „Wir sind 2016 mit unseren Laborbelegen und den Fakten rund um das Massensterben der Bienenvölker in Quindío an die lokalen Radiosender gegangen. Die haben das aufgegriffen, und es hat sich landesweit verbreitet. Auch dadurch ist unser Netzwerk gewachsen, so dass wir nun im ganzen Land aktiv sind“, sagt der Imker.

Luis Domingo Gómez ist Rechtsanwalt und ausgewiesener Tierschützer und arbeitet unentgeltlich als Rechtsbeistand für Abejas Vivas. Er hat das Verbot von

Fipronil mit einer Klage auf den Weg gebracht. Den Ausschlag habe am Ende eine kolumbianische Studie des Agrarforschungsinstituts Agrosabia über die desaströsen Folgen von Fipronil für die Bestäuber geliefert, so Gómez. Der 50-jährige Jurist hatte in dem Verfahren unter anderem darauf verwiesen, dass der Einsatz des vom deutschen Chemiekonzern BASF vertriebenen Insektizids in Europa streng reguliert und weitgehend verboten ist. „In Kolumbien wird es jedoch noch produziert, wahrscheinlich in Lizenz“, kritisiert Gómez.

Das bestätigt André Riveros. Der Professor der Universität del Rosario in Bogotá forscht seit über zehn Jahren zu den Schäden, die Insektizide wie Fipronil, Imidacloprid und andere Neonikotinoide im Gehirn der Bestäuber anrichten. Der promovierte Neurobiologe hat in mehreren Studien nachgewiesen, dass die Tiere unter einer Mischung aus Alzheimer und Parkinson leiden. „Motorische Probleme, Defizite bei der Informationsverarbeitung und bei der Orientierung sind direkte Folgen des Kontakts mit Insektiziden“, sagt er. Die Bienen finden den Weg zurück in ihren Bienenstock nicht mehr, verhungern und scheiden daher als Bestäuber aus – mit langfristig fatalen Folgen für die Land- und Forstwirtschaft.

Rund ein Drittel der weltweit vorkommenden Insekten sind laut einer 2023 erschienenen Studie der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO gefährdet, darunter auch Bienen. Ursache dafür ist vor allem die agroindustrielle Landwirtschaft mit ihrem hohen Pestizideinsatz. In Kolumbien sterben laut offiziellen Schätzungen mindestens 3000 Bienenstöcke pro Jahr. Laut Riveros könnten es jedoch bis zu einem Drittel des Bestandes von geschätzt 120.000 Bienenvölkern sein. Das Problem sei jedoch, dass es keine detaillierten Studien gibt.

Verschärft wird das Problem dadurch, dass Bauern – Kleinbauern genauso wie größere Betriebe – auf dem Markt erhältliche Pestizide miteinander mischen. „La Bomba“ nennt sich diese Praxis laut dem Biobauern Ledezma. „Die Bauern hoffen dadurch die Wirksamkeit zu steigern, riskieren aber oft auch ihre eigene Gesundheit“, erklärt der Neurobiologe Riveros. Er kennt das aus eigener Anschauung, denn er ist in einer ländlichen Region vor den Toren der kolumbianischen Hauptstadt mit Kontakt zu Imkern aufgewachsen. Nicht zuletzt deshalb hat er sich früh mit dem Gehirn von Bienen und anderen Bestäubern sowie den schädlichen Folgen von hochtoxischen Insektiziden beschäftigt.

Doch André Riveros hat Hoffnung, dass sich das grundlegend ändert. Zum „Meilenstein für den Schutz der Bienen“ soll ein Präparat für Bestäuber werden, das er gemeinsam mit seinem Team an der Universidad del Rosario entwickelt hat. Seit 2018 wird dort in dem aus Bambus gebauten Bienenhaus geforscht, das von Blumen umgeben auf dem Dach eines Universitätsgebäudes steht.

„Unser Präparat reduziert die Orientierungslosigkeit der Bestäuber nach dem Kontakt mit neurotoxischen Wirkstoffen wie Fipronil und Imidacloprid“, erklärt Riveros. „Dabei haben wir nicht nur Erfolge bei den beiden genannten Insektiziden vorzu-

weisen, sondern auch gegen etliche auf dem Markt gängige Kombinationen. Unser Präparat macht die Bestäuber widerstandsfähiger.“ 2022 wurden vielversprechende Ergebnisse erstmals im „Journal of Experimental Biology“ veröffentlicht, seit Januar 2024 ist die kolumbianische Formel beim britischen Büro für Patente registriert.

Mit seinem Team arbeitet Riveros derzeit daran, die Formel, die auf der antioxidativen Wirkung der Flavonoide basiert, zu verbessern. Flavonoide sind Naturstoffe, zu denen die meisten Blütenfarbstoffe gehören. Etliche davon sind in dem flüssigen Präparat enthalten, das sich problemlos mit Zuckerwasser oder auch mit Pollen mischen lässt und so an die Bienen verfüttert wird. Das Präparat, für das es noch keinen Handelsnamen gibt, ist ein laut Riveros billig herzustellendes Nahrungsergänzungsmittel.

Die Universidad del Rosario sucht gemeinsam mit der Universität Atlanta in den USA, an der Riveros promoviert hat, und einer weiteren kolumbianischen Universität ein Unternehmen, das sie mit der Produktion in Lizenz betrauen können. Die drei Universitäten haben gemeinsam das Patent angemeldet und wollen das Präparat so schnell wie möglich interessierten Imkern zur Verfügung stellen.

Darauf warten Abdón Salazar und seine Kollegen von Abejas Vivas. „Uns fehlen die Freilandstudien,

die Aufschluss darüber geben können, ob das Präparat wirklich leistet, was es unter Laborbedingungen verspricht“, sagt der Imker. Gut sei, dass ein derartiges Forschungsprojekt in Kolumbien angesiedelt sei. Doch Priorität haben für Salazar und Rechtsanwalt Luis Domingo Gómez weiterhin ihre juristischen Initiativen, weitere Neonikotinoide in Kolumbien zu verbieten und vom kolumbianischen Staat Schadensersatz für den Tod Tausender Bienenvölker einzufordern. Die spektakuläre, von Gómez ausgearbeitete Schadensersatzklage könnte Modellcharakter für andere Länder haben – ebenso wie die Forschung von André Riveros über die Flavonoide.

Doch das ist Expertinnen wie Corinna Hölzel von der Naturschutzorganisation BUND zu wenig. „Statt ein Mittel gegen die schädlichen Effekte von Insektiziden zu entwickeln, sollten gefährliche Pestizide verboten und andere chemisch-synthetische Pestizide stark reduziert werden“. Das sehen Imker wie Ledezma und Salazar ähnlich: „Prioritäres Ziel bleibt das Verbot sämtlicher für die Bienen gefährlicher agrotoxischer Substanzen.“ Dem pflichtet Anwalt Gómez bei: „Wir haben keine Langzeitstudien zu den Folgen des Pestizideinsatzes. Wir brauchen mehr Forschung in alle Richtungen – auch über die günstige Wirkung von Flavonoiden.“ Ob die die Erträge von Imkern stabilisieren oder wieder steigern können – dazu laufen Tests und Studien mit den Imkern im Großraum Bogotá.



Knut Henkel

ist freier Journalist in Hamburg und bereist regelmäßig Lateinamerika und Südostasien.

Anzeige

SONDERANGEBOT!
(20% Rabatt im ersten Jahr)

22,22 €
(statt 27,80 €)

Gesamtpaket im Abo*...

Jetzt zum Sonderpreis abonnieren!

Mit allen wichtigen Materialien zur Ökumenischen FriedensDekade:

Arbeitsheft, USB-Stick, Postkartenset, Plakat DIN A4, Friedenszeitung,

Aufkleber und Miniaufkleber, Friedens-Bittgottesdienst der EKD, Gebetsleprello,

Unterschriftenliste, Minifaltblatt und Falblatt zur FriedensDekade.



Plakat DIN A4



Arbeitsheft (Mappe)



Postkarten-Set
(3 Stk.)



Friedens-Zeitung



USB-Stick



Aufkleber



Gebetsleprello



Mini-Aufkleber

Bestelladresse:

Ökumenische FriedensDekade e. V.
Beller Weg 6, 56290 Buch/Hunsrück

Oder im Webshop unter:

www.friedensdekade.de



UNSER TIPP

* Die Mindestlaufzeit eines Abonnements beträgt zwei Jahre. Sie erhalten im ersten Jahr unser jährlich neu erstelltes Gesamtpaket zum Sonderpreis von 22,22 €, in den Folgejahren zum Standardpreis von 27,80 €. Das Abonnement im Sonderangebot ist nach zwei Jahren jederzeit kündbar. Das Angebot ist nur gültig für Neu-Abonnent*innen.



* Bitte beachten Sie: Für den Versand fallen zusätzliche Porto- und Verpackungskosten an.

Die Hirten und das Kapital



Ein Hirte vom Volk der Fulani in Mali treibt seine Kühe auf die Weide.

MICHELE CATTANI/AFP VIA GETTY IMAGES

Von Georg Klute

In der herkömmlichen Tierhaltung in Sahelländern ziehen Hirtenfamilien in Trockengebieten mit ihrem Vieh von Weide zu Weide. Aber reiche Hirten gehen zu kapitalistischer Viehwirtschaft über und möchten Land privatisieren.

Weidende Tiere im grünen Gras der Regenzeit und ein Hirte, der über die Weide spaziert und nicht zu arbeiten scheint, sondern seinen Herden zuschaut – diese Szene, die ich 1988 in Mali beobachtet habe, konnte den Eindruck einer friedfertigen Schäferidylle erwecken. Das ist nicht falsch, aber unvollständig. Tatsächlich arbeitete der Hirte; er überwachte nicht jedes einzelne Tier, sondern die Gesamtheit der Herde und griff erst bei einer Störung ein. Interessant war auch: Der Hirte war nicht bewaffnet; die Hütearbeit fand in einem politischen Rahmen statt, der vor Gewalt schützte. Dafür sorgten 1988 der malische Staat unter Präsident Moussa Traoré und die Häuptlingsgruppe der Kal-Adagh Tuareg, die Polizeiaufgaben übernahmen; der Staat hatte ihr zu diesem Zweck einige Karabiner überlassen.

Meine Erfahrungen mit der Sahara-Sahel-Region reichen bis in die 1970er Jahre zurück, als ich in einem Projekt der integrierten ländlichen Entwicklung gearbeitet habe. Danach habe ich an Forschung teilgenommen, die den Arbeitsbegriff bei drei pastoralen Gruppen verglich: den Kawahla im Sudan, den Kel-Ewey im Niger und den Kal-Adagh im Norden Malis. Die Kawahla züchteten ihre Tiere vor allem zur Fleischproduktion, die Kel-Ewey vor allem als Tragtiere für Karawanen und die Kal-Adagh vor allem zur Milchproduktion. Die unterschiedlichen Ziele hatten Auswirkungen auf die Arbeit und die Art der Tierhaltung. Allerdings war den drei Gruppen gemeinsam, dass die Produktion und insgesamt das wirtschaftliche Handeln auf den Haushalt ausgerichtet war und im Haushalt organisiert wurde, auch wenn es Kooperation mit anderen viehhaltenden

Haushalten gab. Diese Art des Wirtschaftens nennt die Anthropologie Familienwirtschaft oder häusliche Produktionsweise.

Schon während der Dürren der 1970er und 1980er Jahre im Sahel investierten aber Großhändler in die Ökonomie der Hirten. Verarmte Viehhalter verkauften damals viele ihrer abgemagerten Tiere, das große Angebot ließ die Preise auf ein Zehntel des üblichen Wertes fallen. Die Händler kauften die Tiere auf, ließen sie jedoch bei ihren ursprünglichen Besitzern; fiel die nächste Regenzeit gut aus, konnten die Tiere wieder zum ursprünglichen Preis verkauft werden.

Das war Spekulation auf ein Naturereignis, nämlich Regen. Selbst bei einem Verlust von vier Fünfteln der Tiere konnten nach einer guten Regenzeit mit dem verbleibenden Fünftel Gewinne von 100 Prozent oder mehr erzielt werden. Das Besondere an diesem Spekulationskapitalismus war, dass Investitionen in die pastorale Produktion nur dann getätigt wurden, wenn hohe Gewinne in Aussicht standen, vornehmlich also in Krisenzeiten. Sanken die Gewinnaussichten, wurde das Kapital wieder abgezogen. Die vorwiegend häusliche Produktionsweise der Hirten war also zeitweilig verflochten mit Spekulationskapital von außerhalb.

Dieses Muster änderte sich grundlegend ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Nach Ende der Rebellionen der Tuareg in Mali und im Niger 1996 begannen auch Mitglieder von Hirtengemeinschaften in der Sahara-Sahel-Region selbst – Araber, Tuareg, Fulbe und Tubu –, nennenswert in die pastorale Ökonomie zu investieren. Die Programme zur Integration der Ex-Rebellen in die Streitkräfte, den öffentlichen Dienst oder das zivile Leben waren mit vergleichsweise großen Summen ausgestattet, von denen vor allem die Anführer der verschiedenen Rebellen Gruppen profitierten. Ein Teil dieser Friedensdividenden wurde in die pastorale Ökonomie investiert und ebenso bis heute Gewinne aus dem grenzüberschreitenden Handel und Transport, die größtenteils in den Händen von Mitgliedern pastoraler Gruppen sind und enorme Gewinne abwerfen.

Ähnlich wie die Spekulationskapitalisten lassen auch einige der Investoren aus Hirtengesellschaften die gekauften Tiere bei ihren ehemaligen Besitzern. Andere rekrutieren aber Lohnhirten, vorzugsweise unter Migranten. In solchen Fällen handelt es sich also nicht mehr um häusliche Produktionsweise oder Spekulationskapital, sondern um einen kapitalistischen Viehhaltungsbetrieb.

Dies wirft zunächst die Frage nach Veränderungen im Mensch-Tier-Verhältnis auf. Während der Hirte in einer häuslichen Familienwirtschaft mit den Tieren vertraut ist, mit ihnen aufwächst, mit ihnen spielt und sie dann betreut, mag ein Lohnhirte den Tieren seines Arbeitgebers stark entfremdet sein. Wird er sie deshalb nachlässig behandeln oder so sorgsam, als wären es seine eigenen?

Ein weiterer Unterschied zum Spekulationskapital ist, dass die Investitionen seit Mitte der 1990er Jahre nicht Krisensituationen spekulativ ausnutzen,

sondern auf Dauer angelegt sind. Sie sollen nicht über Kauf und schnellen Verkauf Geld bringen, sondern die Reproduktionsfähigkeit der Tiere langfristig zur Kapitalvermehrung nutzen. Daher wird heute in alle Bereiche der pastoralen Produktion investiert: Es werden künstliche Teiche angelegt oder Tankwagen zum Tränken eingesetzt; es werden Tiefbrunnen gebohrt und mit solarbetriebenen Pumpen ausgestattet; Motorräder und Telefone werden zum Hüten und Suchen verlorener Tiere genutzt; Tierfutter wird gekauft oder selbst angebaut.

Eine der wichtigsten Veränderungen ist jedoch, dass die neuen Hirten-Investoren versuchen, exklusiven Zugriff auf Land und Weiden zu erhalten. Das Bodenrecht in der Sahara-Sahel-Region ist plural und komplex. Verschiedene Versuche, traditionelle Zugangsrechte zu Land zu kodifizieren und damit rechtlich abzusichern, haben die Lage eher kompliziert. De facto jedoch wird Land heute ge- und verkauft, als gelte ein Privateigentum an Grund und Boden.

Hier kommen natürlich nur die zum Zuge, die über genug Kapital verfügen wie Ex-Rebellenführer, Politiker und Vieh-Großhändler. Land wird eingezäunt, Tiefbrunnen werden gegraben, der Zugang zu Weide und Wasser auf die eigene Herde beschränkt. Zwar hat zum Beispiel die Regierung des Niger erkannt, dass mit der faktischen Privatisierung von Land Gefahren für kleine Familienbetriebe verbunden sind. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die Entwicklung von der häuslichen zur kapitalistischen Produktionsweise auf Dauer aufgehalten werden kann.

In Nordmali allerdings, in der Region Kidal, gibt es einen bemerkenswerten Versuch, die Entwicklung hin zu Privateigentum an Boden und zu einer kapitalistischen Produktionsweise zu stoppen. Dort hat zwar der malische Staat, unterstützt vom russischen Afrikakorps (ehemals Gruppe Wagner), den Hauptort Kidal und die übrigen Ortschaften Ende 2023 von Tuareg-Rebellen zurückerobert, aber das Land außerhalb der Städte kontrolliert die Al-Qaida nahestehende „Vereinigung zur Förderung des Islam und der Muslime“ (Jama’at Nusrat al-Islam wal-Muslimin, JNIM). Sie übt staatliche Funktionen aus: Sie zieht Steuern ein, erhebt Durchgangszölle für den Handel sowie Lizenzen zum Goldabbau, kontrolliert den Ex- und Import aus Algerien, organisiert das Schul- und das Gesundheitswesen und hat ein Rechtssystem nach der Schari’a aufgebaut.

Dazu hat JNIM die Region in Bezirke gegliedert, die von Komitees geführt werden. Die Gliederung ist nicht willkürlich, sondern folgt einer pastoralen Logik: Ein Bezirk umfasst einen Hauptbrunnen, die dazu gehörigen Weiden und die dazu gehörenden Menschen. Und JNIM widersetzt sich allen Versuchen von reichen Viehbesitzern, Allmende-Weiden zu privatisieren, wie das in anderen Teilen der Sahara-Sahel-Region vermehrt geschieht. Die Absicht dahinter scheint zu sein, mit den Weiden und den Brunnen eines Bezirks die Herrschaft der JNIM auch materiell abzusichern. ■



Georg Klute

ist emeritierter Professor für Sozialanthropologie und Ethnologie Afrikas an der Universität Bayreuth und Vorstandsvorsitzender des Vereins TAMAT, der Projekte zur Selbsthilfe in der Sahelzone unterstützt.

Migration mit tragischem Ende

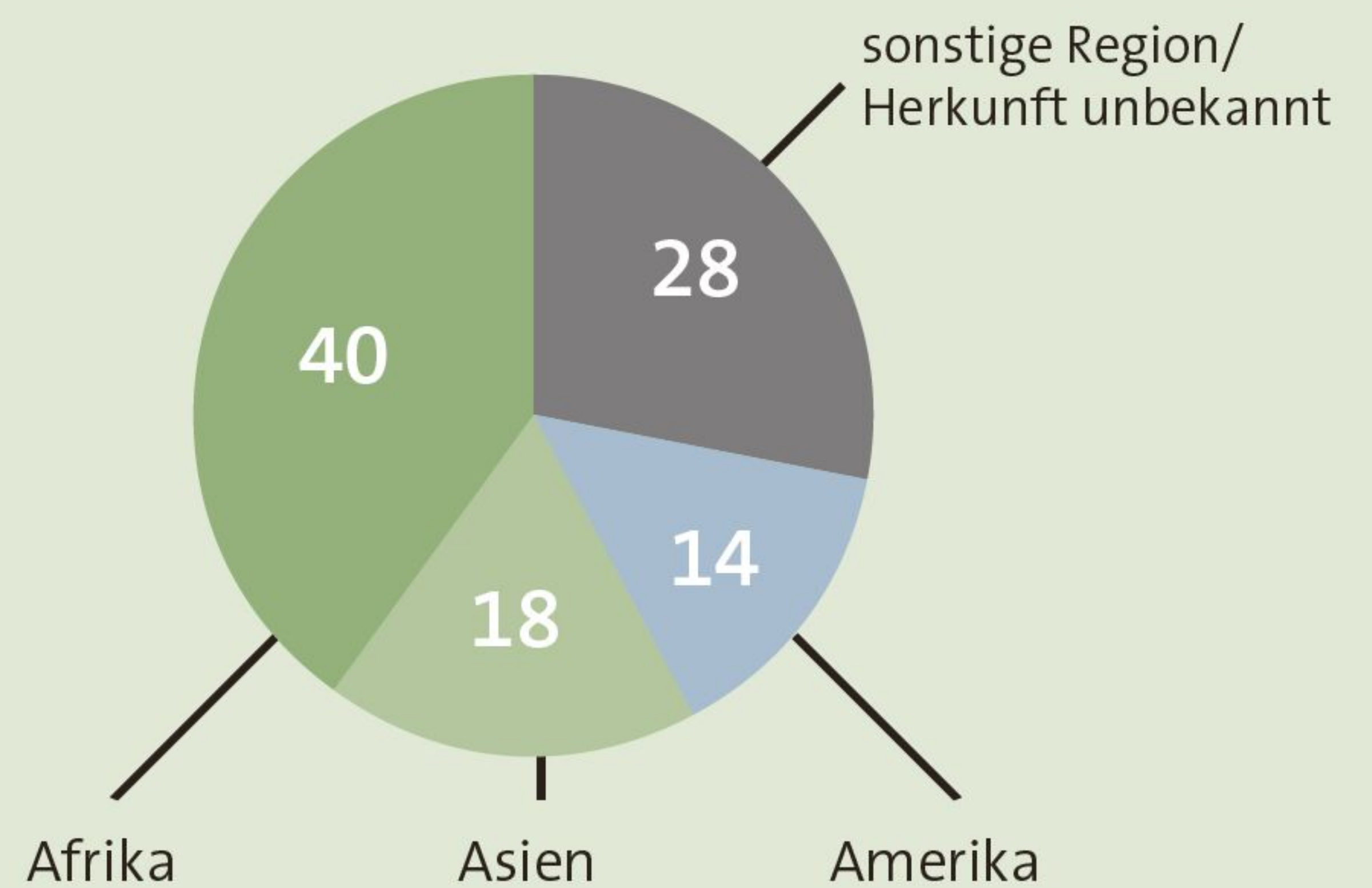
Von 2014 bis 2023 starben oder verschwanden mehr als 63.000 Migrantinnen und Migranten.



Hier sind sie gestorben oder verschwunden
Anzahl in Tausend



Aus diesen Regionen stammten sie
Anteile in Prozent



Quelle: International Organization for Migration

Stand März 2024

© WELT-SICHTEN 016931Globus

Kurz erklärt

Kommt die weltweite Milliardärssteuer?



Christoph Trautvetter
ist Koordinator und
wissenschaftlicher
Referent beim
Netzwerk Steuerge-
rechtigkeit.

Brasilien hat im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft eine globale Mindeststeuer für Milliardäre vorgeschlagen, um mehr Geld für den Klimaschutz und den Kampf gegen die Armut zu mobilisieren. Ist das jetzt der Durchbruch? Hoffentlich zumindest der Auftakt. Frankreich, Spanien, Kolumbien, Belgien und die Afrikanische Union unterstützen den Entwurf. Auch die deutsche Entwicklungsministerin Svenja Schüle hat Zustimmung signalisiert, wenngleich sich Finanzminister Christian Lindner kritisch geäußert hat.

Wieso ist gerade Brasilien initiativ geworden?

In Brasilien ist der Reichtum der Milliardäre enorm gewachsen. Gleichzeitig ist dort laut den UN die Zahl der unterernährten Menschen nach der Corona-Krise auf knapp zehn Millionen gestiegen. Brasilien erhebt hohe Steuern auf Konsum und Arbeit, aber besonders niedrige Steuern auf Vermögenseinkommen. Für einen beispielhaften brasilianischen Milliardär kommen wir auf eine Steuerquote von nur 9 Prozent, ein durchschnittlicher Angestellter zahlt dagegen mehr als

40 Prozent Steuern und Abgaben. Diese Ungerechtigkeit hat zur allgemeinen Wahrnehmung geführt, dass endlich etwas passieren muss, zumal seitdem letztes Jahr Luiz Inácio Lula da Silva als Präsident wiedergewählt wurde.

Wie soll so eine Steuer konkret aussehen?

Der Vorschlag sieht keine internationale, sondern jeweils den Ländern angepasste nationale Steuern vor – auf Vermögen, Einkommen, Kapitalerträge, je nachdem was zum nationalen Steuersystem und dem recht-

Neue Initiative für nachhaltigen Kaffee

Eine Initiative von Staat, Industrieverbänden und Entwicklungsorganisationen will das Kaffeegeschäft in der Schweiz umwelt- und sozialverträglicher machen. Freiwilliges Engagement der Firmen reicht aber nicht, sagen Kritiker.

Die Schweiz ist der größte Kaffeehandelsplatz der Welt; auf hier ansässige Firmen entfällt die Hälfte des weltweiten Handels mit Rohkaffee. Damit trägt die Schweiz Verantwortung dafür, gegen weit verbreitete Missstände vorzugehen: Achtzig Prozent des Kaffees weltweit wird von Kleinbauern angebaut, ihr Einkommen reicht oft kaum zum Leben, auf vielen Plantagen arbeiten Kinder.

Eine neue Initiative soll das Schweizer Kaffeegeschäft nun umwelt- und sozialverträglicher machen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat Anfang Juni in Zusammenarbeit mit Industrieverbänden, Hilfsorganisationen und Vertretern der Wissenschaft die Swiss Sustainable Coffee Platform (SSCP) initiiert mit dem Ziel, Kaffeeproduzenten mit Sitz in der Schweiz zur Einhaltung von Menschenrechten und mehr Nachhaltigkeit zu verpflichten.

Gelingen soll dies etwa über den Wissensaustausch zwischen Produzenten und Schweizer Hilfsorganisationen oder über Projekte zur Förderung einer umwelt- und sozialverträglichen Produktion, die teilweise vom SECO finanziert werden. „Wir sind überzeugt, mit dieser



In Westjava in Indonesien pflückt ein Kaffeebauer Bohnen. Sehr viele Kaffeebauern können von ihrem Einkommen nicht leben.

PICTURE ALLIANCE/SIPA USA/DIMAS RACHMATSYAH

Plattform das richtige Instrument geschaffen zu haben, um unsere gemeinsame Verantwortung wahrzunehmen“, wird Nicolas A. Tamari, Präsident der SSCP, in der Medienmitteilung des SECO zitiert.

Kritiker jedoch äußern erhebliche Zweifel daran, dass das Schweizer Kaffeegeschäft damit nachhaltiger wird. Die Organisation Public Eye bezeichnete die Plattform in einer Mitteilung als „rechtlich unverbindliche Quasselbude“, die auf freiwilliges Engagement der Firmen setze statt auf strengere Gesetze. Zudem gelte die freiwillige Selbstverpflichtung nur für jene Kaffeeprodukte, die in die Schweiz importiert würden; diese machten jedoch nur einen Bruchteil des über die Schweiz abgewickelten globalen Kaffeehandels aus.

lichen Rahmen passt. Wichtig ist aber das für alle vereinbarte Ziel, Steuern in Höhe von mindestens 2 Prozent des Vermögens der Superreichen zu erheben. Das klingt erst einmal wenig, entspricht aber bei einer durchschnittlichen Rendite von 8 Prozent auf das Einkommen bezogen einem Steuersatz von etwa 25 Prozent. Zusammen mit der Unternehmensteuer ergibt sich dann der typische Steuersatz von 40 bis 50 Prozent.

Was entgegnen Sie dem Einwand, dass Milliardäre ihr Vermögen ver-

lagern könnten, um der Steuer zu entgehen?

Der Vorschlag enthält drei wirksame Gegenmaßnahmen. Zunächst die sogenannte Exit Tax, also eine Wegzugsbesteuerung. Die gibt es in Deutschland seit 1972. Sie sorgt dafür, dass natürliche Personen, die ihren Steuersitz in ein anderes Land verlegen, ihre in Deutschland aufgebauten Vermögen einmalig besteuern müssen. Zweitens sieht der Entwurf eine beschränkte Steuerpflicht vor. Das heißt, auch nach dem Wegzug bleiben Einkünfte aus dem Herkunftsland dort

steuerpflichtig, falls das Wohnsitzland keine entsprechende Steuer erhebt. Und drittens soll es eine Regel geben, die es allen Staaten erlaubt, Einkünfte, die in ihrem Hoheitsgebiet entstehen zu besteuern, wenn der Wohnsitzstaat die vereinbarte Mindeststeuer nicht erhebt. Diese Regel sorgt dafür, dass es auch für Steueroasen wie die Schweiz attraktiver wird, die Steuer selbst zu erheben, als sie anderen Ländern zu überlassen.

Wann könnte die Milliardärssteuer Wirklichkeit werden?

Sobald der Vorschlag verabschiedet ist, würde die G20 wahrscheinlich die OECD beauftragen einen konkreten Entwurf vorzulegen. Der müsste dann unter den G20-Ländern und weiteren Interessenten abgesprochen und auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Bis dahin werden also ein paar Jahre vergehen, aber Deutschland könnte im Prinzip schon heute mit der Umsetzung starten, weil es hier bereits effektive Abwehrmaßnahmen gegen Steuerflucht gibt.

Das Gespräch führte **Barbara Erbe**.

„Die Firmen bekennen sich zwar zu mehr Nachhaltigkeit, aber es fehlt an Verbindlichkeit, ohne Berichterstattungspflicht“, sagt Carla Hoinkes von Public Eye. Die Erfahrung zeige, dass solche freiwilligen Bekenntnisse selten zu grundlegenden Veränderungen führen. So zeigt ein kürzlich veröffentlichter Bericht von Public Eye, dass Nestlé zwar erklärt habe, seinen Kaffee bis 2025 hundert Prozent „verantwortungsvoll“ produzierten Kaffee zu verkaufen. Doch Recherchen in zwei Anbauländern ergaben, dass sich an den Arbeitsbedingungen der Kaffeebauern, die für Nescafé Kaffee anbauen, kaum etwas geändert hat. Zudem stütze sich Nestlé bei der Definition von „verantwortungsvoll“ auf einen Branchenstandard, den die Firma selbst mitentwickelt habe. Dieser stelle nur geringe Anforderungen, die kaum über die Einhaltung von ohnehin geltenden Vorschriften in den Produktionsländern hinausgehe.

Um Verbesserungen zu erreichen, führe kein Weg an strengerem Gesetzen vorbei, sagt Hoinkes. Eine Initiative, die den Austausch etwa zwischen Industrie und Umwelt- und Entwicklungsorganisationen fördere, sei nicht per se schlecht. Sie müsse aber von Gesetzesänderungen begleitet werden. „Doch hier geht es offenbar darum, das eine zu tun, um das andere nicht machen zu müssen.“

Gebraucht wird beides: strengere Regeln und Freiwilligkeit

Esther Haldimann von der Schweizer Hilfsorganisation Helvetas, einem der zivilgesellschaftlichen Partner der Initiative, kann die Kritik von Public Eye teilweise nachvollziehen. „Natürlich braucht es strengere staatliche Regulierungen“, sagt sie. „Aber so oder so sollte man trotzdem auch auf Freiwilligkeit bauen, das schließt sich nicht aus.“ Es gehe bei der Plattform darum, zunächst alle ins Boot zu holen und einen gemeinsamen Nenner zu finden, um danach die Ambitionen gemeinsam zu erhöhen. Da manche Firmen bereits weiter seien in Sachen Nachhaltigkeit als andere, könne eine Plattform wie die SSCP den Anreiz insgesamt verstärken, sich zu verbessern.

Im Gegensatz zur Schweiz geht die EU zunehmend dazu über, Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten sowie zum Umwelt- und Klimaschutz im internationalen Handel zu verpflichten. Eine neue Verordnung etwa legt fest, dass bestimmte Produkte, darunter Kaffee, für deren Herstellung Regenwald abgeholzt wurde, nicht mehr in die EU eingeführt werden dürfen. Zudem gilt das im Mai beschlossene EU-Lieferkettengesetz auch für einige Großunternehmen mit Sitz im Ausland, darunter auch Kaffeehändler in der Schweiz. Faktisch aber könnten sie in der Schweiz für Verstöße gegen die EU-Verordnung nicht belangt werden, sagt Hoinkes, weil nach Schweizer Rechtslage es nicht möglich ist, Firmen für Verstöße im Ausland zu verklagen.

Hoinkes hofft deswegen auf einen raschen und vollständigen Nachvollzug der EU-Regulierung in der Schweiz. Die heute geltenden Berichterstattungspflichten, die nach der Ablehnung der Konzernverantwortungsinitiative 2020 eingeführt wurden, werden weitum als zahnlos kritisiert. Eine Verschärfung, auf die viele zivilgesellschaftliche Organisationen in der Schweiz nach der Verabschiedung des EU-Lieferkettengesetzes drängen, sei ein zentraler erster Schritt, um auch das Kaffeegeschäft umwelt- und sozialverträglicher zu machen, sagt Hoinkes.

Meret Michel

Platz 151

Diesen Rang auf einer Liste von 167 Staaten belegt Österreich im diesjährigen Spillover-Index zu den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs). Der Index berücksichtigt schädliche sozial- und umweltpolitische Effekte etwa der österreichischen Handelspolitik oder von Konsumgewohnheiten auf andere Länder und ihre Bemühungen, die SDGs zu erreichen. So wie andere reiche Länder schneidet Österreich hier schlecht ab, während es bei anderen Zielen wie der Geschlechtergerechtigkeit oder einer umweltverträglichen Landwirtschaft gute Werte im diesjährigen Sustainable Development Report verzeichnet. (moe)

Schweiz

Als Garantiestaat für den Frieden in

Die Schweiz engagiert sich seit über zwanzig Jahren in Kolumbien, um Konflikte zwischen der Regierung und Guerillagruppen zu beenden. Zurzeit begleitet sie Verhandlungen mit zwei Rebellengruppen. Was kann sie in ihrer Rolle dazu beitragen?

Mit einem Friedensabkommen wurde 2016 der fünf Jahrzehnte dauernde bewaffnete Konflikt zwischen der Regierung Kolumbiens und der Guerillagruppe FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo) beendet. Noch immer sind jedoch zahlreiche andere bewaffnete Gruppen im Land aktiv, und es werden regelmäßig Menschen getötet oder vertrieben.

Die Schweiz beteiligt sich seit 2001 auf verschiedenen Feldern an

der Förderung des Friedens in Kolumbien. Aktuell ist sie für die Verwirklichung des Friedensabkommens von 2016 tätig. Zudem ist sie seit 2022 Mitglied der Begleitgruppe für den Friedensprozess mit dem ELN (Ejército de Liberación Nacional), der größten noch verbleibenden Guerillagruppe Kolumbiens. Auf Anfrage berät sie die Parteien beispielsweise bei Fragen zur Einhaltung des Waffenstillstandes oder zum Schutz der Zivilbevölkerung.



Deutschland unterstützt Afrikas Pläne für den Freihandel



Lastwagenfahrer warten am Grenzübergang zwischen Benin und Niger. Das Afrikanische Freihandelsabkommen AfCFTA soll den Handel auf dem Kontinent beflügeln. Zu spüren ist davon noch wenig. AfCFTA ist zwar seit fünf Jahren formell in Kraft, aber viele Details müssen noch geregelt werden. Deutschland hilft dabei. Das Fernziel: ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen und der Afrikanischen Union. Bei den Vorbereitungen zur AfCFTA hat Deutschland etwa zehn Länder und die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften im westlichen, östlichen und südlichen Afrika unterstützt und dafür seit 2016 insgesamt 163 Millionen Euro investiert oder in naher Zukunft verplant. Berlin hat seine Unterstützung von Anfang an auf Verhandlungstrainings konzentriert, in denen beispielsweise 880 Zollbeamte zum Thema Ursprungsregeln geschult wurden. Inzwischen erproben acht Länder (Kamerun, Ägypten, Ghana, Kenia, Mauritius, Ruanda, Tansania und Tunesien) den Freihandel mit einer Reihe von Produkten, darunter Keramikfliesen, Tee und Kaffee, Fleisch und Teigwaren, Maisstärke und getrocknete Früchte. (maz)

AFP VIA GETTY IMAGES

Kolumbien

Für die Verhandlungen mit der Estado Mayor Central (EMC), einer Splittergruppe der ehemaligen FARC, hat die Schweiz im Oktober 2022 auf Anfrage beider Parteien die Rolle als Garantin übernommen. „Dass wir für dieses Mandat angefragt wurden, ist ein Zeichen des Vertrauens in die Schweiz und unsere Arbeit“, sagt Philipp Lustenberger, Sondergesandter der Schweiz für den Friedensprozess in Kolumbien. Als Garantiestaat sei die Schweiz noch stärker bei den Verhandlungen präsent, stets in direktem Austausch mit beiden Parteien und in Koordination mit den anderen Garantiestaaten Irland, Norwegen und Venezuela.

In schwierigen Phasen will die Schweiz anhand ihrer guten Diens-

te den Dialog aufrechterhalten und zu Lösungen beitragen. So wie aktuell bei den Verhandlungen mit der EMC-FARC, die auf wackeligen Beinen stehen: Die Regierung hatte im März den vereinbarten Waffenstillstand in einigen Regionen aufgehoben. Grund dafür waren Gewalttaten der Guerillagruppe gegen die Zivilbevölkerung und die Tötung einer indigenen Aktivistin.

„Es ist jetzt sicher eine schwierige Phase in dem Verfahren, in der wichtige Gespräche stattfinden“, sagt Philipp Lustenberger. „Die Parteien sprechen weiterhin miteinander, das ist schon mal gut.“ Dass diese Gesprächskanäle offen bleiben, sei derzeit eines der wichtigsten Ziele. „Wir führen mit beiden Seiten Gespräche und hoffen,



dass sich alle Anführerinnen und Anführer der Guerillagruppe weiterhin auf die Verhandlungen verpflichten“, sagt Lustenberger.

Samanta Siegfried

Ein Kämpfer der kolumbianischen Rebellengruppe FARC-EMC. Sie hat mit der Regierung einen Waffenstillstand vereinbart, der aber fragil ist.

RAUL ARBOLEDA/AFP VIA GETTY IMAGES

Brüssel

Entwicklungsfinanzierer fühlen sich benachteiligt

Die Regeln der Europäischen Union für umwelt- und sozialverträgliche Investitionen benachteiligen Entwicklungsfinanzierer wie die deutsche DEG. Der europäische Verband der Branche plädiert deshalb für Korrekturen.

Seit 2023 müssen in der Europäischen Union ansässige Unternehmen und Banken darüber berichten, inwieweit ihre Geschäfte der sogenannten EU-Taxonomie entsprechen. Das ist ein Katalog von Kriterien, die darüber Aufschluss geben sollen, wie umwelt- und sozialverträglich Unternehmen und Banken Geld vergeben. Auf diese Weise sollen nachhaltige Investitionen und Geschäfte gefördert und „Greenwashing“ – die bloße Behauptung umweltfreundlicher Geschäfte – verhindert werden. Seit Anfang dieses Jahres müssen Unternehmen und Banken außerdem mit dem Green Asset Ratio angeben, welchen Anteil umwelt- und sozialverträgliche Geschäfte an ihrem Gesamtumsatz haben.

Der Verband europäischer Entwicklungsfinanzierer (European Development Finance Institutions, EDFI) kritisiert, dass die Vorgaben der EU von Entwicklungsbanken und entwicklungspolitischen Finanzinstitutionen oft nicht erfüllt werden können und sie zudem benachteiligen. So seien Unternehmen in ärmeren Ländern, in die Entwicklungsfinanzierer wie die deutsche DEG investieren, oft nicht in der Lage nachzuweisen, ob ihre Geschäfte der EU-Taxonomie genügen oder nicht. Zudem seien die Nachhaltigkeitskriterien der Taxonomie den Bedingungen in den Partnerländern oft nicht angemessen.

Investitionen in Ländern außerhalb der EU werden nicht berücksichtigt

Ein wesentlicher Mangel ist laut EDFI zudem, dass Investitionen von Banken und Unternehmen in Ländern außerhalb der EU in deren Green Asset Ratio grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Auf dem Papier sieht es dann so aus, als sei der Anteil nachhaltiger Investitionen bei Entwicklungsfinanzierern, die naturgemäß hauptsächlich im Ausland investieren, sehr klein. Als Beispiel nennt EDFI die niederländische Entwicklungsbank FMO, die im Jahr 2023 mehr als eine Milliarde Euro in Klimaschutzprojekte investiert habe. Trotzdem betrage der Green Asset Ratio der Bank auf dem Papier null Prozent.

EDFI plädiert deshalb für eine Reihe von Korrekturen. So solle Brüssel die EU-Taxonomie flexibel handhaben, so dass sie besser vereinbar ist mit den Taxonomien, die etliche Entwicklungs- und Schwellenländer selbst erlassen haben. EDFI schlägt außerdem vor, andere Standards für umwelt- und sozialverträgliche Investitionen wie etwa die der Weltbank-Tochter IFC als gleichwertig zur EU-Taxonomie anzuerkennen. Aus der EU-Kommission heißt es dazu



Stromzähler einer Solaranlage für ein Dorf in Togo. An solchen Projekten sind oft Entwicklungsfinanzierer wie die deutsche DEG beteiligt.

PIUS UTOMI EKPE/AFP VIA GETTY IMAGES

allerdings auf Anfrage: „Um ‚Greenwashing‘ zu verhindern, zielt die EU-Taxonomie auf einen einheitlichen Standard als Maßstab für die Umweltberichterstattung. Sie unterscheidet deshalb auch nicht, ob es sich um eine ‚entwickelte‘ oder eine ‚sich entwickelnde‘ Wirtschaft handelt.“

Auch die belgische Organisation Counter Balance, die die Arbeit europäischer Entwicklungsbanken kritisch begleitet, hat Einwände gegen das Anliegen von EDFI. Standards wie die der IFC böten Unternehmen „keine klaren Nachhaltigkeitsstandards“, sondern bestenfalls allgemeine Richtlinien, heißt es auf Anfrage. Sie als Alternative zur EU-Taxonomie zu nehmen habe zur Folge, dass Unternehmen auf umweltschädlichere Praktiken zurückgreifen können.

Entwicklungsfinanzierer wie die DEG oder die niederländische FMO spielen in der EU-Initiative Global Gateway für Infrastrukturinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern eine wichtige Rolle. EDFI betont, ohne die vorgeschlagenen Korrekturen könnten die gegenwärtigen EU-Regeln den Beitrag der Entwicklungsfinanzierer zu Global Gateway behindern.

Die technischen Probleme lösen, ohne die Umweltstandards zu senken

Eine DEG-Sprecherin erklärt, die DEG unterstütze „den Impuls der bilateralen europäischen Entwicklungsfinanzierer, mit der EU in den Austausch zur Ausgestaltung der EU Sustainable-Finance-Regularien zu gehen“. Die europäischen Entwicklungsfinanzierer wollten damit „konstruktiven Input in Richtung EU zu Gegebenheiten in Entwicklungs- und Schwellenländern geben und den Austausch dazu vertiefen“.

Counter Balance betont, Global Gateway habe den Anspruch, den UN-Nachhaltigkeitszielen zu dienen. „Das setzt voraus, dass die technischen Komplikationen im Zusammenhang mit der Taxonomie überwunden werden, ohne Umweltstandards zu senken.“

Tillmann Elliesen

Berlin

Bildung statt Bomben für den Sahel

Die Sahel-Allianz will in den kommenden Jahren in der Region stark in Schulbildung investieren. Das sei das beste Mittel gegen Terror. Allerdings gehen der Allianz zunehmend Partner verloren und ihre Zukunft ist fraglich.

Um die sich aus der Sahelregion nach Westafrika ausbreitende Terrorgefahr ging es auf der Generalversammlung der Sahel-Allianz Mitte Juli in Berlin. Um dem entgegenzuwirken, haben Deutschland und die Weltbank eine Bildungsinitiative gestartet, mit der in den kommenden Jahren zwei Millionen Jungen und Mädchen, die derzeit keine Schule besuchen können, mit Bildungsangeboten erreicht werden sollen. Dazu zählen zusätzlicher Unterricht in Schulen und Gemeinschaftszentren sowie Schulbildung via Radio, Internet und gedruckten Lehrmaterialien.

„Die meisten jungen Männer schließen sich Terrorgruppen nicht aus Überzeugung an, sondern weil sie ein Einkommen brauchen. Das bedeutet: Bildung, Jobs und handlungsfähige Kommunen sind wichtige Teile der Lösung, um dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen“, sagte Entwicklungsministerin Svenja Schulze zum Abschluss der Generalversammlung. Die SPD-Politikerin ist seit einem Jahr Vorsitzende der Sahel-Allianz, in der sich Geber- und Sahelländer entwicklungspolitisch besser abstimmen wollen, um die fragile Region zu stabilisieren.

Fachleute wie der Sahel-Experte Helmut Asche von der Universität Leipzig halten die Allianz schon seit einiger Zeit für tot. „Der Anspruch der Geberkoordinierung ist nicht im Ansatz eingelöst, das weiß jeder“, sagt Asche, der auch Co-Vorsitzender im Ausschuss Sahel der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland ist. Stattdessen wächst die Unsicherheit in der Region.

Mali, Niger und Burkina Faso, in denen Putschregierungen an der Macht sind, haben sich zur Allianz der Sahelstaaten verbunden, einem Verteidigungspakt, dennoch nehmen dschihadistischer Terror und Überfälle auf Gemeinden zu. Rund 4,3 Millionen Menschen sind in der Region vor Gewalt geflohen: Das Flüchtlingskommissariat der UN zählt 1,3 Millionen Flüchtlinge und drei Millionen Binnenvertriebene (IDPs). Die Vereinten Nationen erwarten, dass im Jahr 2024 allein in Mali, Niger und Burkina Faso 17 Millionen Menschen und damit rund ein Viertel der Bevölkerung der drei Länder auf humanitäre Hilfe angewiesen sein werden. (maz/ell)

WIEN: Ende Mai ist wieder der C3 Award für Forschungsarbeiten von Schülerinnen und Schülern zu entwicklungspolitischen Themen verliehen worden. 170 Schülerinnen und Schüler aus ganz Österreich haben dieses Jahr ihre vorwissenschaftlichen Arbeiten (VWA) beziehungsweise Diplomarbeiten an berufsbildenden Schulen für den Preis eingereicht. Die VWA sowie die Diplomarbeit ist ein Bestandteil der Matura, also des österreichischen Abiturs. Die Themen reichten vom Problem globaler Fast Fashion über konstruktiven Journalismus in Berichten über Migration und Greenwashing von Unternehmen bis hin zur Bedeutung des politischen Aktivismus indigener Bevölkerungsgruppen in Lateinamerika für den Umwelt- und Klimaschutz. Drei Arbeiten zur Klimakrise, zum Artensterben und zu „Queerness“ in Afrika wurden als besonders herausragend prämiert. Seit 2016 verleihen fünf entwicklungspolitischen Organisationen den C3 Award, darunter die Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung, das Paulo Freire Zentrum und der Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik. (moe)

Anzeige

GREEN WORLD TOUR



Mit Solar-Tagen & Kleidertauschbörse

DIE NACHHALTIGKEITSMESSE AUF TOUR 2024

Berlin 7. + 8. September
Hamburg 28. + 29. September
München 3. + 4. Oktober
Münster 12. + 13. Oktober

TICKETS & INFOS:
WWW.AUTARKIA.INFO



Kenia: „Der Präsident hat Reue gezeigt“

Kenias Präsident William Ruto hat im Juni ein Gesetz gestoppt, mit dem einige Steuern erhöht werden sollten, nachdem bei heftigen Protesten dagegen in Nairobi Dutzende Demonstranten von der Polizei getötet worden waren. Kurz zuvor hatten ihn Kirchenführer persönlich ins Gebet genommen. Der Bischof der anglikanischen Diözese von Bondo, David Kodia, war dabei. Der National Council of Churches in Kenya und die katholische Bischofskonferenz hatten das Gespräch gefordert.

Es sei beunruhigend, „mit welcher Brutalität die staatlichen Sicherheitskräfte vorgegangen sind“, sagte Kodia im Gespräch mit „welt-sichten“. Als „Vater der Nation“ müsse der Präsident den Menschen eine Perspektive geben, „anstatt sich darüber aufzuregen, dass es Demonstrationen gegen seine Politik gibt“. Ruto sei in dem Gespräch nachdenklich geworden und habe Reue gezeigt, sagte Kodia. „Wir haben auch die Korruption in seiner Regierung angesprochen. Da hat er versagt. Es gibt Minister, die stehlen das Geld, welches der Staat als Steuern eintreibt. Solange das nicht aufhört, gibt es keinen Grund, weitere Steuern zu zahlen.“

Kodia gab sich zuversichtlich, dass Ruto „das Ruder noch rumreißen kann“. Dazu müsse er den Menschen wieder Hoffnung geben, Arbeitsplätze schaffen und sich an das halten, was er zusagt. „Was wir nicht brauchen, sind Versprechen, die er am Ende doch nicht hält. Das war das Problem in der Vergangenheit.“ (kb)

Kirche und Ökumene

„Interkultureller Austausch ist für alle gut“

Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) geht neue Wege. Anfang Juli sind zwölf indonesische Pfarrerinnen und Pfarrer nach Afrika geflogen, um in den VEM-Mitgliedskirchen dort das Evangelium zu verkündigen. Was sie antreibt, erklärt VEM-Generalsekretär Andar Parlindungan.

Was ist die genaue Aufgabe der sechs Männer und sechs Frauen, die als MissionarInnen nach Tansania, Botswana und Ruanda ausgereist sind?

Sie sollen das Evangelium verkündigen, und zwar den Menschen in den dortigen VEM-Mitgliedskirchen. Es sind vor allem junge Pfarrerinnen und Pfarrer, zum Teil ganz frisch ordiniert. Sie wollen bei dem Projekt mitmachen, weil sie damit ihre eigene Dankbarkeit der Mission gegenüber ausdrücken wollen.

Das sind doch aber schon alles Christen?

Ja, natürlich. Aber asiatische Christen bringen andere Perspektiven mit, die für afrikani-



Der Theologe Andar Parlindungan ist Generalsekretär der Vereinten Evangelischen Mission (VEM). Er kommt aus der größten protestantischen Kirche Indonesiens.



sche Christen hilfreich sein können wie zum Beispiel die Erfahrungen im Dialog mit dem Islam. Christen in Indonesien sind eine kleine Minderheit, die ständig mit Muslimen in Kontakt sind, im Guten wie im Schlechten. In Afrika dagegen sind Christen oft in der Mehrheit, doch der Anteil der Muslime wird vielerorts größer. Fähigkeiten zum Dialog sind da wichtig.

Warum sprechen Sie von Missionaren und nicht von ökumenischen Mitarbeitenden, wie es in anderen Missionswerken üblich ist, wenn es zu einem Personalaustausch zwischen Partnerkirchen kommt?

Es handelt sich hier nicht um einen Mitarbeiteraustausch zwischen zwei Kirchen. Die HKBP hat bewusst darum gebeten, in den afrikanischen VEM-Mitgliedskirchen missionarisch tätig werden zu dürfen, als Teil des Missionsauftrags Jesu an seine Nachfolger.

Dem Thema Mission haftet ein schwieriger Ruf an. Die unheilvolle Verquickung von westlicher Mission und europäischem Kolonialismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert ist Teil einer oft schmerzhaften Aufarbeitung innerhalb der Nachfolgeeinrichtungen der damaligen Missionsgesellschaften. Auch die VEM hat ein nicht ganz unbelastetes Erbe. Wie ist es nun zu diesem Missionsprojekt gekommen und welche Diskussionen hat es im Vorfeld gegeben?

Indonesien trifft die Demokratische Republik Kongo: Begegnung auf der VEM-Vollversammlung im September 2022.

VEM

Wir nehmen das Thema Mission sehr ernst und kennen die dunkle Seite unserer Geschichte. Demnächst veranstalten wir wieder eine Konferenz zum Thema Mission und Kolonialismus, bei der wir verstehen wollen, wie es zu den Konflikten kommen konnte. Die VEM ist eine weltweite Kirchengemeinschaft, und die Kirchen, die aus der Mission entstanden sind, haben oft ein sehr gutes Verhältnis zu ihrer Geschichte. Ohne die Missionare hätte es in Indonesien keine Sklavenbefreiung gegeben und der Kampf gegen Armut würde anders aussehen. Viele sozialen Dienste gäbe es nicht.

Mit welchen Herausforderungen rechnen Sie bei diesem Süd-Süd-Missionsprojekt?

Die jungen Leute haben bisher keine Auslandserfahrung. Natürlich stellen eine neue Kultur, eine neue Sprache und manchmal auch das andere Essen Herausforderungen an sich dar. Sie haben sich aber sechs Monate lang intensiv auf ihren Einsatz vorbereitet. Der Leiter unserer Regionalbüros in Afrika und auch der Afrika-Referent der VEM haben sich mit ihnen zwei Wochen lang zusammengesetzt und mit ihnen über den Alltag, Sitten und Gebräuche und vieles andere in Afrika gesprochen.

Wird die VEM dieses Projekt ausweiten?

Es gibt bereits erste Ideen von Kirchen im globalen Süden, Missionare nach Europa zu schicken. Das Evangelium muss überall immer wieder neu verkündet werden, auch in Gesellschaften mit einer langen christlichen Tradition. Innerhalb der VEM ist dies unsere neue Perspektive auf Mission.

Was soll sich in Tansania, Botswana und Ruanda geändert haben, wenn die Missionare in einigen Jahren wieder zurück in ihre Heimatkirche in Indonesien gehen?

Wir führen ein solches Projekt zum ersten Mal durch und wissen nicht, ob es erfolgreich sein wird oder nicht. Aber auch die Missionare im 19. und 20. Jahrhundert wussten nicht, was sie bewirken würden. Wir glauben, dass interkultureller Austausch für alle gut ist, weil alle voneinander lernen können. Die zwölf Missionare und Missionarinnen werden in Afrika zum Beispiel erfahren, wie man als Kirche mit Rassismus, Folgen des Kolonialismus, mit Armut und Diskriminierung umgehen kann.

Die Fragen stellte **Katja Dorothea Buck**.

Äthiopische Katholiken äußern sich zur Lage im Land

Katholiken sind in Äthiopien eine verschwindend kleine Minderheit. Dennoch gehört ihre Kirche zu den wenigen kirchlichen Stimmen, die sich einigermaßen kritisch zur Situation im Vielvölkerstaat äußern – vor allem zur Lage in Tigray.

Dass Geistliche sich gegenseitig öffentlich kritisieren, kommt eher selten vor. Erst recht in Äthiopien, wo sich die Kirchen kaum zum Zustand der Nation äußern. Umso bemerkenswerter ist die deutliche Kritik an den religiösen Führern des Landes, die der Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz in Äthiopien, Lukas Teshome Fikre Woldetensae, in einem Interview mit einem lokalen Fernsehsender geäußert hat. Wenn religiöse Führer etwas für den Frieden in Äthiopien tun wollten, müssten sie sich zuallererst „von ethnischem Sektierertum“ freimachen, sagte er. Nur dann könnten sie eine wichtige Rolle als Vermittler spielen und zu einer Kultur des Friedens und der Versöhnung beitragen.

Der Bischof beklagte außerdem das Bild, das Äthiopien derzeit vor den Augen der Welt abgibt. „Wir galten einst als ein Volk des Glaubens und der Demut, aber heute wird dies durch die täglichen und andauernden Konflikte und Kriege infrage gestellt, die weiterhin zu allgemeiner Unsicherheit und extremer Armut führen.“

Die katholische Kirche ist eine sehr kleine Religionsgemeinschaft im Vielvölkerstaat Äthiopien, in dem etwa ein Drittel Muslime und zwei Drittel Christen sind. Neben der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (43,8 Prozent) und den Protestanten (22,8 Prozent) machen Katholiken gerade einmal 0,7 Prozent der Bevölkerung aus. Dennoch gehört die katholische Kirche zu den wenigen Stimmen, die sich überhaupt öffentlich zu Wort melden.

So hat Ende April beispielsweise Erzbischof Ettore Balestrero, der Apostolische Nuntius und Ständige Vertreter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen, seine Position genutzt, um bei einem Spendenevent in Genf auf die ernste Situation in Äthiopien aufmerksam zu machen. Er sprach von einer humanitären Krise und verwies auf die Not von mehreren Millionen Binnenvertriebenen aufgrund der Aus-



Gläubige vor der Kirche in Axum in der Provinz Tigray nach dem Gottesdienst.

PICTURE ALLIANCE/IMAGEBROKER/ALIMDI/ARTERRA

einandersetzungen in den Regionen Tigray, Afar, Amhara und Oromia.

Besonders dramatisch ist die Situation in Tigray, wo von 2020 bis 2022 ein brutaler Krieg zwischen den Truppen der äthiopischen Regierung und ihres Verbündeten Eritrea gegen die Truppen der Volksbefreiungsfront von Tigray stattfand. Zwar wurde der Krieg offiziell mit einem Friedensabkommen im November 2022 beendet, doch die humanitäre Situation ist immer noch katastrophal, worauf Tesfasellassie Medhin, Bischof der katholischen Eparchie Adigrat, zu der die Region Tigray gehört, Ende April in einem Statement hingewiesen hat. Er sei Zeuge von unsäglichem Leid und von Verzweiflung, Krankheit und Tod aufgrund von jahrelangen Konflikten, aufgrund von Dürre und fehlender Hilfe, um auch nur die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen stillen zu können.

Medhin forderte, das Friedensabkommen müsste vollständig umgesetzt werden; die Waffen müssten dauerhaft zum Schweigen gebracht werden. Die Probleme der Menschen in Tigray beträfen alle Bereiche des Lebens, sie seien „sozial, politisch, wirtschaftlich, psychologisch und spirituell“.

Katja Dorothea Buck

Aus Afrika frisch auf den Tisch

In vielen Regionen Afrikas ist das Fleisch von Wildtieren eine wichtige Nahrungsquelle. Zunehmend wird es aber als Delikatesse an kaufkräftige Kunden in den Metropolen verkauft – auch illegal ins Ausland. Das steigert das Risiko von Zoonosen und bedroht geschützte Tierarten.



Von Laura Salm-Reifferscheidt (Text) und Nyani Quarmyne (Fotos)

Aus einem Sack in einem kleinen Lagerraum über ihrem Laden in Brüssel, in dem sie Gemüse, gegrillte Fleischspieße und kühles Bier verkauft, zieht Hulda – ihr richtiger Name soll ungenannt bleiben – einen geräucherten Affen heraus. „So etwas verstecken wir immer sehr gut“, sagt die Frau, die vor 30 Jahren aus der Demokratischen Republik Kongo nach Belgien kam. In der Tiefkühltruhe hat sie auch noch Fleisch von einem Stachelschwein. „Das würde ich am liebsten jeden Tag essen“, sagt sie. Der Geschmack erinnert sie an ihre Heimat.

In vielen Regionen Afrikas ist das Fleisch von Wildtieren wie Affen, Nagern, Schlangen und Schuppentieren – häufig bushmeat oder viande de brousse genannt – eine wichtige Nahrungsquelle. Doch immer weniger Tiere werden für den Eigenbedarf gejagt, der Großteil der Beute wird verkauft. Das hat Folgen, sagt Théodore Trefon vom Africamuseum im belgischen Tervuren. Der Forscher hat im Kongo Jäger, Waldbewohner und Städter zum Thema „bushmeat“ befragt und ein Buch darüber geschrieben. Ein Jäger erzählte ihm, dass er eine Rohrratte für 35.000 Kongo-Francs, also etwa 11,50 Euro, verkaufen könne. Dafür kaufe er importiertes Tiefkühlhuhn, Reis, Öl und ein paar andere Dinge, die seine sechsköpfige Familie eine Wo-

che lang ernähren. „Mit anderen Worten: Er verkauft hochwertige Lebensmittel, um mit dem Geld minderwertige zu kaufen“, sagt Trefon. Denn Rohrratten hätten einen hohen Nährwert und enthielten reichlich Eisen, Vitamine und Mineralstoffe. Die Leidtragenden seien die Kinder, die vor allem in ländlichen Regionen oft unterernährt seien.

Immer mehr Wildfleisch landet inzwischen bei kaufkräftigen Kunden in den schnell wachsenden Metropolen West- und Zentralafrikas, wo es als Delikatesse gilt. Ein Teil reist noch weiter: von Kinshasa, Accra oder Douala nach Brüssel, Paris oder Amsterdam, um die Nachfrage dort lebender Afrikaner zu befriedigen. Doch das ist illegal. Außerhalb des streng reglementierten kommerziellen Handels darf aus Gesundheits- und Artenschutzgründen kein Fleisch – weder von Wild- noch von Zuchttieren – in die EU eingeführt werden.

Jeanne kam vor 16 Jahren aus Kamerun nach Paris, wo sie als Sicherheitskraft in einem Kaufhaus arbeitet. „Wir sind mit bushmeat aufgewachsen, wir sind stolz darauf. Aber die Franzosen mögen das Fleisch nicht, weil es so riecht. Sie sagen, es sei Gift, aber das ist es nicht. Es ist ein sehr gutes Fleisch, das sie schätzen würden, wenn sie es selbst probieren würden“, sagt sie. Der rauchige Geschmack, den Jeanne so liebt,



Verkäuferinnen auf dem Adabraka-Markt in Ghanas Hauptstadt Accra bieten das Fleisch von Grasnagern feil, einer großen Rattenart. Kunden verkaufen das Fleisch oft weiter oder schmuggeln es ins Ausland.

kommt daher, dass das Fell der toten Tiere über offenem Feuer verbrannt wird.

Aber es gibt noch andere Gründe, warum Wildfleisch vom afrikanischen Kontinent so beliebt ist, sagt Joseph, der in Kinshasa aufgewachsen ist und jetzt in Belgien lebt. „Für Afrikaner ist Buschfleisch wichtig, weil es natürlich ist. Es ist kein Fleisch von Zuchttieren, die geimpft, mit Vitaminen oder was auch immer gefüttert werden“, sagt er. Er und Jeanne bringen von ihren Afrikareisen selbst kein Wildfleisch im Koffer mit. Aber wenn Jeanne es in Château Rouge, dem afrikanischen Viertel von Paris, findet, kauft sie es.

Das Fleisch wird auch in Brüssel in Matongé und Clemenceau, zwei Vierteln mit afrikanischen Supermärkten, Friseuren und Boutiquen, unter der Hand verkauft und in einigen Restaurants angeboten. Auf der Speisekarte steht es allerdings nicht. Die Preise sind hoch. So kostet der geräucherte Affe, den Hulda anbietet, 80 Euro. Zum Vergleich: Ein Jäger im Kongo bekommt dafür gerade mal zwei Euro, auf dem Markt in Kinshasa kostet der Kadaver um die 12 Euro. Hulda findet den hohen Preis fair: Bekannte bringen ihr die Ware per Flugzeug, Übergepäck muss bezahlt werden; und es kann passieren, dass das Fleisch am Flughafen beschlagnahmt wird.

Manchmal lässt sie es sich per Luftfracht schicken. Gerade wurde ihr eine Styroporbox geliefert, die Hul-

da vor ihrem Laden in Empfang nimmt. Sie zieht ein Klebeband mit der Aufschrift „checked by customs“ von der Kiste. Unter einem Haufen Räucherfisch, von dem bis zu 20 Kilo legal eingeführt werden dürfen, holt sie eine Tüte mit getrockneten Fleischstücken hervor. Das sei Wildschwein, sagt die Verkäuferin. Die illegale Ware aus dem Kongo wurde vom Zoll wohl übersehen oder nicht als Fleisch erkannt.

Immer weniger Tiere werden für den Eigenbedarf gejagt, der Großteil der Beute wird verkauft.

Wie viel afrikanisches Wildfleisch tatsächlich in die EU gelangt, ist nicht bekannt. Meist handelt es sich um Zufallsfunde, kaum ein Land erhebt dazu gesonderte Daten. Bisher gibt es nur wenige Untersuchungen, etwa in Brüssel, wo hochgerechnet knapp vier Tonnen Buschfleisch pro Monat ankommen, und in Paris, wo es sogar rund 23 Tonnen sind. „Wir brauchen nicht nur mehr Forschung, sondern auch den politischen Willen, etwas zu tun“, sagt Anne-Lise Chaber. Die Veterinärmedizinerin und Epidemiologin lehrt One Health an der Universität Adelaide in Australien und war an den Studien in Frankreich und Belgien beteiligt. Sie



Oben: Zollbeamte inspizieren am Brüsseler Flughafen Fleisch, das sie im Gepäck von Passagieren aus Afrika gefunden haben.

Mitte: Zwei Jäger und ihre Beute im Norden der Demokratischen Republik Kongo. Nach einer Woche im Wald verdienen sie zusammen rund 30 Euro am Fleisch der erlegten Tiere.



ist sich sicher, dass Wildfleisch in alle großen Städte geschmuggelt wird.

Chaber zufolge finden die Händler ihre Kunden auch über soziale Medien. Eine ihrer Doktorandinnen hat Facebook nach bushmeat-Verkäufen durchsucht. Insgesamt wurde dort das Fleisch von 25 Tierarten angeboten, darunter auch geschützte Arten wie Krokodile und Schuppentiere. Letztere sind die am häufigsten illegal gehandelten Säugetiere. „Sie hat die verschiedenen Verkäufer kontaktiert, und sie sagten, es sei kein Problem, sie könne es kaufen und sie würden es per Post schicken“, sagt Chaber.

Natürlich sei der lokale Handel auf sogenannten „Wet Markets“ in den Herkunftsländern des Fleisches viel größer als der internationale, sagt Chaber. Aber ihre Forschung habe gezeigt, dass mehr als 30 Prozent der beschlagnahmten Tierkadaver zu Arten gehören, die auf der Liste des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) stehen. „Vielleicht zieht der internationale Handel besonders bedrohte Arten an, weil die einen höheren Wert haben“, spekuliert die Expertin.

Für Afrikaner ist Buschfleisch wichtig, weil es natürlich ist. Es ist kein Fleisch von Zuchttieren, die geimpft und mit Vitaminen gefüttert werden.

Wer mit CITES-gelisteten Tieren im Gepäck ohne entsprechende Bescheinigungen erwischt wird, muss mit einer Geldstrafe rechnen. Diese variiert je nach Land und Tierart. In Belgien kann die Strafe bis zu 50.000 Euro plus eine Haft von bis zu fünf Jahren betragen. Derart hohe Strafen werden jedoch kaum verhängt. Ein Grund: Für die Zollbeamten ist es oft unmöglich, ohne fachkundige Untersuchung festzustellen, um welches Fleisch es sich handelt. Es wird

nämlich auch Hühner-, Ziegen- oder Rindfleisch geschmuggelt. Auch das ist zwar illegal, aber es drohen keine Bußgelder. Aus Gründen der Biosicherheit werden beschlagnahmte Lebensmittel so schnell wie möglich entsorgt.

Die Arbeit der Zollbeamten müsste daher vereinfacht werden. Eine Lösung wäre ein Formular, wie es ankommende Reisende in Australien ausfüllen müssen, sagt Chaber. Darauf wird angekreuzt, ob man bestimmte Lebensmittel wie Fleisch dabei hat oder nicht. Kreuzt man „Nein“ an und wird trotzdem mit solchen Lebensmitteln erwischt, muss man eine saftige Strafe zahlen, egal um welches Fleisch es sich handelt.

Um einen besseren Überblick über das nach Belgien importierte Fleisch zu bekommen und langfristig eine zentrale Datenbank für die verschiedenen beteiligten Stellen zu schaffen, hat die zuständige Behörde für Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt ein Projekt gestartet. Die Koordinatorin Sophie Gryseels vom Brüsseler Institut für Naturwissenschaften nimmt mit ihren Kolleginnen Proben von Fleisch, das bei Flughafenkontrollen beschlagnahmt wird. Mit Hilfe von DNA-Analysen wird dann im Labor die Tierart bestimmt. 208 Proben aus den ersten sechs Monaten des Projekts wurden bisher analysiert. Die vorläufigen Daten zeigen, dass 70 Prozent von Nutztieren wie Hühnern, Ziegen und Rindern und 30 Prozent von Wildtieren stammen. Sechs Proben waren von geschützten Tieren, darunter ein schwarz-weißer Stummelaffe, ein Baumschuppentier und ein Nilwaran.

In einer weiteren Phase des Projekts sollen die Proben auf Viren und Bakterien untersucht werden, die eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellen könnten. „Wir wollen abschätzen, wie hoch das Risiko ist, dass exotische Krankheitserreger mit dem Wildfleisch nach Belgien eingeschleppt werden“, sagt Gryseels. Durch die unkontrollierte Schlachtung und die



Rechts: Eine Händlerin, die in Brüssel ein kleines Lokal betreibt, zeigt einen aus Afrika geschmuggelten geräucherten Affen. Potenzielle Kunden werden per Whatsapp benachrichtigt und zahlen bis zu 80 Euro für die Delikatesse.



Nyani Quarmyne

ist freier Fotograf. Er konzentriert sich auf Themen der globalen Gesundheit. (www.nqphotography.com)



Laura Salm-Reifferscheidt

ist freie Print- und Audiojournalistin. Sie befasst sich vor allem mit Gesundheits- und Sozialthemen in Afrika. (www.laurasalm.com)

Diese Recherche wurde vom Journalismfund Europe unterstützt.

langen Transportwege kann das Fleisch von Bakterien befallen sein, die zu Lebensmittelvergiftungen und anderen Krankheiten führen können. Bei Kontrollen am Flughafen finden Zollbeamte zudem häufig Maden, Fliegen und Käfer in eingeführten Lebensmitteln. Es besteht die Gefahr, dass sich die nicht einheimischen Insekten ausbreiten.

Seit der COVID-19-Pandemie sind aber vor allem die Zoonosen auf der Prioritätenliste der Regierungen nach oben gerückt. Für eine Studie des Instituts für Naturwissenschaften in Brüssel aus dem Jahr 2020 untersuchten Forscher unter anderem das Fleisch einer Brazzameerkatze, einer Affenart, das sie verdeckt in einem Geschäft gekauft hatten. Sie fanden Spuren eines Arteri-Virus. Laut Gryseels kommen diese Viren bei Affen vor, es sei aber noch nie nachgewiesen worden, dass sie Menschen infizieren können. Das ist allerdings kein Grund zur Entwarnung: Auch bei Fledermäusen werden immer wieder Corona-Viren gefunden. „Die meisten sind noch nie beim Menschen aufgetaucht, aber wenn doch, wissen wir alle, was dann passiert“, sagt die Forscherin.

Das meiste Wildfleisch, das am Flughafen beschlagnahmt wird, ist allerdings geräuchert, was Keime abtötet. Eine Krankheitsübertragung auf Menschen in Europa sei daher unwahrscheinlich, sagt Gryseels. Trotzdem müsse man das Risiko ernst nehmen, sagt Veterinärmedizinerin Anne-Lise Chaber, denn es kommt auch rohes oder schlecht geräuchertes Fleisch an. Wenn ein Stück Wildfleisch mit Ebola-Viren importiert würde und es zu einem Ausbruch in Europa käme, wäre das verheerend. Das größte Risiko für eine Übertragung eines Erregers vom Tier auf den Menschen besteht jedoch in den Herkunftsländern des Fleisches: Jäger nehmen die Kadaver aus und zerlegen sie, kommen also in engen Kontakt mit dem Blut. „Und Covid-19 war ein Paradebeispiel dafür, dass wir alle in einem Dorf leben und miteinander verbunden sind“, sagt Chaber.

Ein einfaches Verbot scheint nicht auszureichen, um den Handel zu unterbinden. Umso wichtiger sei es, herauszufinden, warum manche Menschen so viel Wert auf Fleisch aus ihren Herkunftsländern legen, meint Sandrella Morrison-Lanjouw. Sie ist Expertin für EU-Biosurveillance an der Universität Utrecht und hat für eine Studie in Amsterdam lebende Ghanaerinnen und Ghanaer genau das gefragt. „Egal wie hoch die Strafe ist, egal wie hoch die Risiken sind, sie werden nicht aufhören, afrikanisches Wildfleisch zu essen“, sagt sie über die Teilnehmer der Studie.

Deshalb müsse es eine Diskussion über Regeln geben, die besser funktionieren als Zollkontrollen, bei denen Fleisch nach dem Zufallsprinzip abgefangen wird. Es sei gefährlich, die afrikanische Diaspora nicht einzubeziehen, sagt Morrison-Lanjouw. Denn dadurch würden die Importmengen unterschätzt und damit auch das Wissen über mögliche Krankheitserreger. Morrison-Lanjouw weiß, wie sensibel das Thema ist, vor allem was die Stigmatisierung der Konsumenten betrifft. Schon der Begriff „bushmeat“ sei hierzulande negativ besetzt und werde in den Medien meist im Zusammenhang mit Infektionskrankheiten wie Ebola genannt. Dabei sei Essen ein wichtiger Teil der Identität.

Maud Istasse von der belgischen Behörde für Volksgesundheit ist sich dieser kulturellen Dimension von Wildfleisch bewusst, dennoch brauchen die Behörden einen gemeinsamen Nenner und das Importverbot verstoße nicht gegen eine bestimmte Überzeugung. Auch Menschen aus Osteuropa dürften kein Wildschwein einführen. Das sei genauso verboten. Man handle also im Interesse der Allgemeinheit. Und sie fügt hinzu, dass afrikanisches Wildfleisch kein Grundnahrungsmittel für die Menschen in Europa sei; eher ein Luxusgut, wie die hohen Preise zeigen.

Théodore Trefon vom Africamuseum wünscht sich einen offeneren Blick auf das Thema, zu oft werde der kulturelle Aspekt ausgeblendet. Es sei einfacher, auf rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen zu schauen als auf soziale Normen. „Es ist mehr als Geld. Es ist mehr als Familie. Es ist mehr als Tradition. Es ist mehr als Essen. Es sind alle möglichen Dinge zusammen“, sagt der Forscher. Und deshalb verfolge er einen ganzheitlichen Ansatz, der die sich überschneidenden Motive für den Wildfleischkonsum in den Blick nimmt.

Die Gründe für den Verzehr von afrikanischem Wildfleisch in Europa sind ähnlich vielfältig wie in West- und Zentralafrika. Patient, der aus der Demokratischen Republik Kongo kommt, möchte zum Beispiel, dass seine in Belgien geborenen Kinder ihre Wurzeln kennen und den Bezug zu ihrer Heimat nicht verlieren. So kommt die Familie regelmäßig zusammen, um traditionelle Gerichte zu essen, auch solche mit Wildfleisch. „Wir versuchen immer, ihnen zu zeigen, wo wir herkommen, damit sie auch unsere Werte verstehen“, sagt Patient und fügt hinzu: „Unsere Kinder wachsen mit zwei Kulturen auf: Sie sind kleine Beliger, aber sie bleiben Afrikaner.“



Tierquälerei auf hoher See

Der Export von lebenden Rindern übers Meer bringt brasilianischen Viehzüchtern hohe Gewinne, ist aber eine Qual für die Tiere und gefährdet ein ökologisches Paradies und dessen Bewohner.

Von Sarah Fernandes


Die Verschiffung beginnt im Hafen von São Sebastião, einem der wichtigsten Häfen Brasiliens. Der Frachter hat schon angelegt, die Lastwagen stehen bereit, ihn zu beladen. Die Dockarbeiter organisieren die Arbeit gut, so dass alles in kürzester Zeit effizient abläuft. Alles, wie man es erwartet – wäre da nicht ein Detail: Es handelt sich um lebende Fracht.

Im Inneren des sogenannten Rinderschiffs reißen sich nun Tierköpfe aneinander. Tausende Rin-

der stehen hier in Ställen. Ihnen steht eine Reise über den Atlantik bevor, sie werden tagelang auf hoher See sein. Diese Art des Exports ist legal, sie nutzt Schlupflöcher in der brasilianischen Gesetzgebung, verletzt aber die Grundsätze des Tierschutzes und gefährdet die Umwelt.

Rund um die Hafenanlage erstrecken sich weite Naturschutzgebiete, die der Kommune gehören: unberührte Wälder, paradiesische Strände, rauschende Wasserfälle sowie Mangroven und Sandbänke, die Brutstätten für verschiedene Vögel, Krebstiere und Fische sind. In diesen Gebieten leben Hunderte von Caiçara-Familien, die traditionellen Bewohner der Küstenregionen. Ihre Beziehung zur Natur ist geprägt von großem Respekt und Fürsorge, ihren Lebensunterhalt verdienen sie mit Fischfang.

Genau dort – nahe den Anlegestellen für die Fischerboote – bleiben die Rinderschiffe tagelang



Im Hafen von Santos bei São Paulo werden Rinder auf ein Frachtschiff getrieben, das unter libanesischer Flagge fährt.

PAULO WHITAKER/REUTERS

vertäut, bevor sie auf die Reise gehen. In dieser Zeit lassen sie Kot und Urin ihrer lebenden Fracht ins Meer ab, die Ausscheidungen gelangen dann in die Nahrungskette des Ökosystems der Region. Außerdem sehen die Fischer dort Tiere in Not und hoffen inständig, dass es keinen Unfall gibt. Denn nach einem Schiffsunglück würden massenhaft verendete Rinder im Wasser treiben.

„Das Wirtschaftsmodell Brasiliens, das uns zur Rinderfarm der Welt gemacht hat, hat zur Zerstörung unserer natürlichen Ressourcen und unserer Bevölkerung geführt“, kritisiert die Aktivistin Melina Prestes. Sie ist Mitglied der Organisation Carga Viva, Não! („Lebendige Fracht, nein!“), die sich gegen die Verschiffung von lebendem Vieh in der Gemeinde São Sebastião engagiert.

Rinder werden von mehreren brasilianischen Häfen aus verschifft, vor allem Barcarena im Bundesstaat Pará im Norden des Landes, Rio Grande im Bundesstaat Rio Grande do Sul im Süden und São Sebastião im Bundesstaat São Paulo im Südosten. Der Transport lebender Tiere kam 2004 in Schwung. Er verhilft Viehzüchtern, Rindfleisch zu geringeren Steuern zu exportieren. Denn ein brasilianisches Gesetz aus dem Jahr 1996 befreit die Ausfuhr von unverarbeiteten Primärprodukten von einer der wichtigsten Steuern des Landes, der Steuer auf den Waren- und Dienstleistungsverkehr (ICMS), die an die brasilianischen Bundesstaaten gezahlt wird.

„São Paulo verdient nichts an diesen Transporten. Sie bereichern nur die Viehzüchter – auf Kosten der Tiere, die leiden müssen– und sind mit Risiken für die Umwelt und die Menschen behaftet“, sagt die Tierärztin Vânia Plaza Nunes, fachliche Leiterin des Nationalen Forums für Tierschutz und -verteidigung. „Schädliche Auswirkungen werden nicht einmal überwacht.“ Zwar gebe es einige Leitlinien für Viehtransporte. Diese würden aber in der Praxis nicht befolgt, auch weil ihre Einhaltung nicht kontrolliert werde.

Die größten Schiffe können mehr als 20.000 Rinder transportieren; häufigste Ziele sind die Türkei und der Nahe Osten.

Im Hafen von São Sebastião verkehren mehrere Arten von Rinderschiffen, von denen die kleinsten 5000 und die größten bis zu 23.000 Rinder transportieren können. Allein im letzten Jahr wurden mindestens 136.000 Tiere vom Hafen in São Sebastião aus verschifft. In den ersten vier Monaten des

Jahres 2024 waren es bereits 15.400, wie die Bewegung Carga Viva, Não! auf der Grundlage der von der Hafenbehörde veröffentlichten Daten festgestellt hat.

Die wichtigsten Bestimmungsländer des Hafens von São Sebastião sind die Türkei und Länder des Nahen Ostens. Dort will man die Tiere im eigenen Land schlachten, weil die religiösen Grundsätze nur eine Halal-Schlachtung erlauben. Nach Angaben der arabisch-brasilianischen Handelskammer sind zwar mindestens 90 Prozent der brasilianischen Schlachthöfe für die Herstellung von Halal-Fleisch qualifiziert, aber diese Art des Schlachtens wird in Brasilien kaum praktiziert.

Das Staatssekretariat für Umwelt, Infrastruktur und Logistik der Regierung des Bundesstaates São Paulo, das für die Abläufe im Hafen von São Sebastião zuständig ist, teilt in einer Erklärung mit, dass „alle Verfahren und technischen Standards im Hafenbetrieb strikt eingehalten werden, unabhängig von der Art der am Terminal umgeschlagenen Fracht“. Die Aktivitäten im Hafen werden von der Hafenbehörde und von Aufsichtsstellen überwacht, begleitend finden Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitskontrollen statt, so das Staatssekretariat. „Risikomanagement ist Teil des Prozesses, und die Mitarbeiter sind darin geschult, Situationen zu erkennen und zu beheben, die zu Zwischenfällen führen könnten.“

In São Sebastião selbst bleiben die Lebendviehtransporte nicht unbemerkt: „Ein sehr starker Geruch erfüllt die Stadt und die Strände“, sagt der Kleinfischer Humberto. Die Geruchsbelästigung dehne sich auch auf die benachbarten Küstengemeinden aus, vor denen die Viehtransportschiffe geparkt, gewaschen und desinfiziert werden. „Die Tiere werden unter schrecklichen hygienischen Bedingungen transportiert, und das hat Auswirkungen auf die Städte der Region, die vom Tourismus leben. Kein Tourist möchte an einem Ort sein, an dem es so stinkt“, meint er. „Wir haben Angst, dass die Exkremente an die Strände gelangen und zum Futter für die Krabben werden, die wir fischen – unsere Haupteinnahmequelle.“

Sorge bereitet den Anwohnern auch die Gefahr von Unfällen mit den Viehschiffen. Denn die Frachter sind größtenteils nicht für die Beförderung von Tieren konzipiert, die meisten haben davor Getreide transportiert. Man hat sie umgerüstet, doch die Anpassungen machen ihre jetzige Nutzung nicht hundertprozentig sicher, wie eine Untersuchung der Bewegung Carga Viva, Não! ergeben hat.

Ein schwerwiegender Vorfall ereignete sich vor fast zehn Jahren im Hafen von Barcarena, dem Porto de Vila do Conde, der mitten im Regenwald liegt, an der Mündung des Flusses Pará in den Atlantik: Es war gegen acht Uhr am 6. Oktober 2015, der Betrieb war in vollem Gange. Plötzlich hallte ein Warnsignal durch die Hafenanlage. Das unter libanesischer Flagge fahrende Schiff Haidar hatte 700.000 Liter Treibstoff getankt und sollte 5.000

Stück Lebewild des Agrarriesen Minerva nach Venezuela bringen. Doch kurz nachdem die Tiere verladen waren, kippte das Schiff auf den Pier.

Es folgten schreckliche Szenen: In Panik geratene Tiere kämpften im Wasser um ihr Überleben und versuchten, sich zu retten, ein riesiger Ölteppich überzog große Flüsse im Amazonasgebiet, während das Schiff langsam versank. Innerhalb

Sorge bereitet den Anwohnern, dass Touristen wegbleiben, und auch die Gefahr von Unfällen mit den Viehschiffen.

weniger Stunden türmten sich Tausende von verrottenden Rinderkadavern an den Stränden, teilweise mehr als 30 Kilometer vom Hafen entfernt.

„Es ist wichtig, das, was da passiert ist, klar zu benennen: Das war kein Unfall, sondern ein Verbrechen. Studien hatten zuvor auf die ökologischen und sozialen Risiken dieser Art von Transport hingewiesen“, sagt der Fischer Mário Santos, der in Barcarena lebt. „Ist das die sogenannte Entwicklung, die wir für unser Land wollen? Für wen soll diese Entwicklung gut sein?“

Die Folgen waren alsbald spürbar: Der Zivilschutz, zuständig für Sofortmaßnahmen bei Unfällen und Katastrophen, untersagte den Anrainergemeinden die Nutzung des Flusswassers. Darin zu baden und es zu trinken, wurde verboten, ebenso das Fischen, die wichtigste Nahrungs- und

Einkommensquelle der Familien. Fast zehn Jahre später ist der Fischfang in mehreren betroffenen Gemeinden noch immer nicht gestattet und das havarierte Schiff noch immer nicht aus dem Wasser geborgen.

„Fischerkollegen berichten, dass sie im Laufe der Jahre einige Male riesige, fleischfressende Anakonda-Schlangen in der Nähe des Schiffswracks gesehen haben. Das stellt eine Gefahr für uns alle dar. Unsere Strände waren mit Grünalgen bedeckt, was hier untypisch ist“, sagt Mário. „Fische und Schalentiere sind durch verrottendes Fleisch verunreinigt worden. Daher können sich unsere Leute nicht mehr selbst versorgen. Wie sollen wir den Fisch vermarkten? Die Leute haben Angst, dass er verseucht ist, und sie haben recht.“

Nur wenigen Fischern gelang es, eine Entschädigung für den Unfall zu erhalten. Die fünf Unternehmen, die für das libanesische Schiff, die Ladung und den Hafen verantwortlich waren, wurden zu einer Geldstrafe von umgerechnet 538.000 Euro verurteilt. Das Geld wird für soziale Projekte in der Region verwendet, etwa für Projekte zur wirtschaftlichen Eingliederung von Frauen in Barcarena.

Trotz der verhängnisvollen Folgen, die das Kentern des Schiffes hatte und hat, werden im Hafen von Barcarena (und auch in den beiden anderen Häfen) weiterhin Rinder lebendig verschifft. Barcarena ist mit mindestens 500.000 Tieren pro Jahr landesweit führend bei der Ausfuhr dieser Art von Fracht. Davon gehen nach Angaben des brasilianischen Zuchtverbandes von Brangus-Rindern, dem auch Rindfleischproduzenten angehören, etwa 90 Prozent nach Venezuela.

Warten auf die lebende Fracht: Ein „Rinderschiff“ am Pier von São Sebastião, einem der wichtigsten Häfen Brasiliens.

DANILO RAMOS



Nicht nur die Umwelt ist in Gefahr, Tierchutzorganisationen berichten von Tierquälerei und unzureichenden hygienischen Bedingungen für die Rinder während des Transports. Sie beanstanden lange, unsichere Land- und Seetransporte sowie enge Ställe, in denen die Tiere keinen Platz haben, sich hinzulegen oder die Position zu wechseln; außerdem Wassermangel und eine Fütterung, die nicht dem Standardfutter für Rinder entspricht.

Im Jahr 2023 verurteilte das Gericht von São Paulo das Fleischverpackungsunternehmen Minerva wegen Misshandlung von 30.000 Rindern beim Transport zum Hafen von Santos. Einige Monate danach stellte es den Transport von Lebewild ein. Das Unternehmen wurde zur Zahlung einer Entschädigung für den kollektiven moralischen Schaden in Höhe von 250.000 Dollar verurteilt. Denn die Fahrzeuge, in denen die Tiere zum Hafen gebracht worden waren, waren schlecht belüftet, boten zu wenig Platz und wiesen „gesundheitsgefährdende Karosserien mit Holzverkleidung in schlechtem Zustand“ auf, so das Ergebnis der Untersuchung.

Ein weiterer Punkt, der mit der brasilianischen Gesetzgebung nicht übereinstimmt, betrifft die Art

der Schlachtung. Nach nationalem Recht muss ein Tier schnell und schmerzlos geschlachtet werden, ohne dass es bei Bewusstsein ist. „Doch in diesem Fall werden die Rinder etwa 20 Tage lang in einem heißen, dunklen und Klaustrophobie erzeugenden Schiff transportiert, ohne die erforderliche Anzahl von Tierärzten an Bord.“

Am Zielort angekommen, schlachtet man sie nach der Halal-Methode. Die entspricht nicht den Grundsätzen des brasilianischen Rechts“, so der Vorwurf von Melina Prestes von der Bewegung Carga Vida, Não!



Sarah Fernandes

ist Journalistin und Geografin in Brasilien. Sie berichtet über Menschenrechte und entwicklungspolitische Themen in Lateinamerika und Asien.

Die Bewegung organisiert Proteste, Debatten und Veranstaltungen in São Sebastião, um Parlamentarier und Geschäftsleute in der Region gegen den Transport von Lebendvieh zu mobilisieren. Momentan geht es darum, Unterstützung für die Verabschiedung eines Gemeindegengesetzes zu gewinnen, das den Verkehr von Viehtransportlastern durch die Gemeinde verbietet. Dadurch würde verhindert, dass die Tiere überhaupt an Bord von Schiffen geschafft werden können. Der Vorschlag für ein kommunales Gesetz wurde im Mai aus der Beratung und Debatte zurückgezogen. Grund dafür war die erfolgreiche Lobbyarbeit von Unternehmen, die mit dem Transport der Tiere viel Geld verdienen. Sie arbeiten mit den Stadträten von São Sebastião zu-

sammen und konnten sie davon überzeugen, das Projekt auf Eis zu legen – ohne irgend eine plausible Begründung dafür.

Auf nationaler Ebene werden im Parlament aktuell drei Gesetzesvorhaben im Zusammenhang mit dem Transport lebender Tiere behandelt. Eines dieser geplanten Gesetze solle den Bundesstaaten untersagen, Steuerbefreiungen für die Ausfuhr lebender Tiere zu gewähren, ein anderes geplantes Gesetz sieht vor, die Steuern für diese Art von Geschäften zu erhöhen. Das dritte schließlich verbietet für ganz Brasilien die Ausfuhr lebender Tiere zur Schlachtung im Ausland. Letztere Gesetzesvorlage war bis zum 14. Mai Gegenstand einer öffentlichen Konsultation in der brasilianischen Bevölkerung. Endgültige Ergebnisse liegen noch nicht vor, es gibt aber laut Umfragen im Moment eine Mehrheit für ein Ausfuhrverbot.

„Etliche Studien belegen, dass Tiere bewusste Wesen sind, die in der Lage sind, in komplexen Situationen Entscheidungen zu treffen. Viele Juristen haben darüber diskutiert, wie Fortschritte in der Gesetzgebung erzielt werden können, so dass Tiere als Rechtssubjekte und Träger von Würde anerkannt werden. Es ist an der Zeit, in diesem Punkt voranzukommen“, resümiert die Tierärztin Vânia Plaza Nunes.

Aus dem Englischen von Anja Ruf.

Anzeige

**WEIL GUTES
GELD DEN
UNTERSCHIED MACHT.
GUTESGELD.DE**

**Jetzt
nachhaltig
investieren.
Ab 200 Euro.**

**OIKO
CREDIT**
in Menschen investieren

NACHHALTIGE GELDANLAGE SEIT 1975.

Afrikas Händler am Bosphorus

In Istanbul haben sich Afrikaner niedergelassen, die Kleider oder Möbel in ihre Heimatländer verkaufen. Dieser sogenannte Kofferhandel floriert, ist aber für die Zugewanderten kein Zuckerschlecken.

Von Elisa Domingues dos Santos (Text und Fotos)



Nicht weit von den Moscheen des zentralen Stadtteils Sultanahmet und vom Großen Basar in Istanbul drängen sich nicht nur Menschen aus aller Welt – dort blüht auch der globalisierte Kapitalismus. Die Wirtschaftsmetropole der Türkei breitet sich auf beiden Seiten des Bosphorus aus, der mit mehr als 16 Millionen Einwohnern am stärksten urbanisierten Meeresstraße der Welt. Im Durchschnitt passieren 3000 Containerschiffe jeden Monat die Meerenge zwischen Schwarzem Meer und Marmarameer.

Am Rande dieses Geschäftslebens haben sich zahlreiche Zugewanderte einen Platz im eher informellen Handel verschafft: im sogenannten Kofferhandel, auf Türkisch „bavul ticareti“. Dabei erwerben Ausländer in Istanbul Waren, die sie dann im Einzel- oder Zwischenhandel, also in kleinen oder mittelgroßen Mengen, in ihren Heimatländern weiterverkaufen.

Im Stadtviertel Laleli-Yenikapı schlägt das Herz des Kofferhandels. Lieferwagen hupen Männer an, die

zu Fuß mit Sackkarren die Straßen überqueren. Mehr als mannshoch türmen sich darauf die verpackten Waren. Diese Arbeiter transportieren Pakete von den Geschäften zu den Depots der Transportgesellschaften, die als „Kargos“ bezeichnet werden. Sie sind auf diese Art des Handels spezialisiert und verfrachten die Waren mit Containerschiffen in die ganze Welt.

Die ersten Kofferhändler waren Maghrebiner und Osteuropäer

Zuerst haben in den 1970er Jahren Maghrebiner den Kofferhandel betrieben, ab den 1990er Jahren dann Russen und Osteuropäer. Jetzt aber gehen die Pakete an Adressen im subsaharischen Afrika, wo es kaum eigene Industrie gibt. In der lebendigen und lärmenden Handelslandschaft am Goldenen Horn haben sich afrikanische Kargo-Unternehmen ihre Nische geschaffen. Die Fahnen des Senegal, Gambias, Kenias oder auch Äthiopiens schmücken die Fassaden der Exportbüros, die zwischen Ladengeschäften von Zwischenhändlern, Unterkünften für „Touristen-

Einkäufer“ und Börek-Restaurants liegen. In diesen transnationalen Handelsnetzen spielen Afrikaner die Rolle der Mittler zwischen Käufern aus ihren Heimatländern und türkischen Verkäufern. Mit ihren Geschäften haben sie Anteil am Strom von Menschen, Gütern und Ideen zwischen der Türkei und den Ländern Afrikas.

Der Umfang dieser Geschäfte lässt sich kaum beziffern, aber sie haben sich nicht zufällig ergeben. Dass die Einwanderung aus dem subsaharischen Afrika seit 2003 zugenommen hat, hängt damit zusammen, dass die islamisch-konservative Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), die 2002 an die Macht gekommen ist, ein Jahr danach eine Politik der Annäherung zwischen der Türkei und dem afrikanischen Kontinent eingeleitet hat. Sie ist Teil einer allgemeineren Öffnung der Türkei nach außen auf Grundlage der Politik der „strategischen Tiefe“, die Ahmet Davutoğlu begründet hat; der Politiker war außenpolitischer Berater von Präsident Erdoğan und dann zeitwei-



Warten auf Kunden aus der Heimat: afrikanische Boutique im Stadtviertel Laleli-Yenikapı in Istanbul.

se Außenminister und Premierminister.

Das Handelsvolumen zwischen der Türkei und dem afrikanischen Kontinent ist so von 5 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 auf 31 Milliarden 2023 gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der diplomatischen Vertretungen der Türkei in Afrika auf heute 44 vervierfacht. In Afrika findet man jetzt türkische Organisationen in allen Bereichen – von der kulturellen und religiösen Zusammenarbeit, etwa im Moscheebau, über Bildung (türkische Schulen und Stipendienprogramme), Gesundheit (Krankenhäuser), Energie und große städtische Infrastrukturprojekte (das Stadion Abdoulaye Wade im senegalesischen Dakar und der Hafen von Mogadischu in Somalia) bis neuerdings hin zu Investitionen im Sicherheitswesen (Ausbildungen von Soldaten, Waffenverkäufe). Man findet in Afrika kaum mehr einen Supermarkt, der nicht die türkischen Marken Ülker und Eti führt, und die Turkish Airlines fliegt mehr als 60 Ziele in Afrika an. Vor allem dieser Verbindung nach

Afrika ist zu verdanken, dass der Kofferhandel in Istanbul aufblühen konnte.

Betrieben wird er von Afrikanern, die in die Türkei gekommen sind, um „sich zu suchen“ – so formuliert es Mohamadou, ein Senegalese in den Vierzigern, der vor zehn Jahren hergekommen ist. „Aber wir haben uns nicht gefunden, das Leben hier ist hart“, fährt er fort.

Auch der Student ist wegen der Geschäfte hergekommen

Der größte Teil der Afrikaner hier berichtet, dass sie sich mangels anderer Möglichkeiten für die Türkei entschieden haben – mehrere Versuche, ein Visum für Europa oder Nordamerika zu bekommen, seien gescheitert. Den meisten hat dann ein Cousin oder ein Bekannter geholfen, der schon in der Türkei war, etwa mit einem Hochschulstipendium des türkischen Staats oder um Geschäfte zu machen. „Wir sind alle wegen des Business hier“, verrät Ayoub, ein Student aus Burkina Faso.

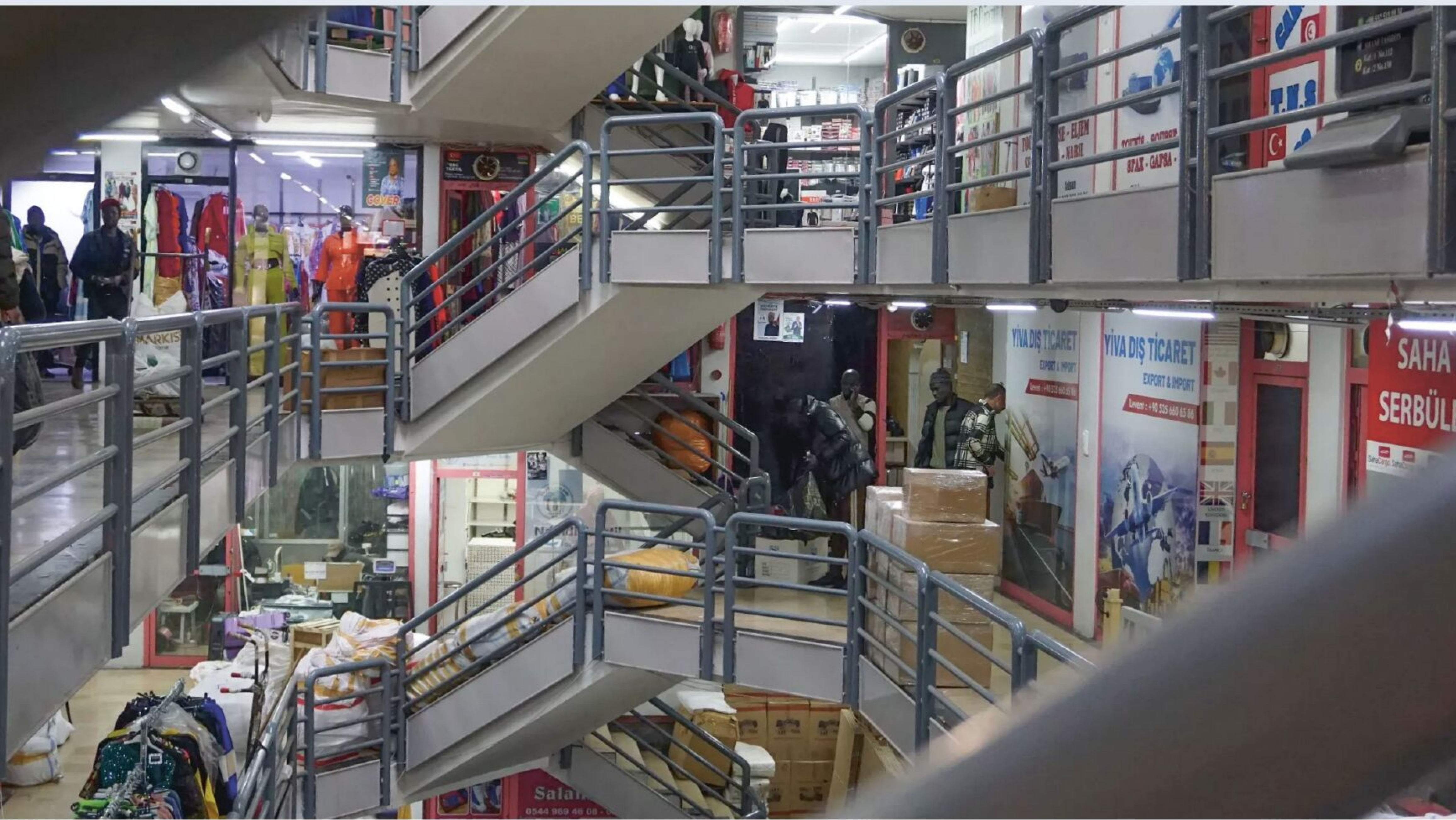
Im Demiröz, einem mehrgeschossigen Einkaufszentrum in Lal-

eli, findet man ein eigentümliches Ökosystem der Öffnung zur Welt nach türkischer Manier. Im Untergeschoss haben sich Schneidereien angesiedelt, Zeugnisse der Schnelligkeit der türkischen Textilindustrie; sie sind vollgestopft mit Meterware. In den oberen Geschossen sind Geschäfte mit Konfektionskleidung und Accessoires, geführt von Türken und Syrern. Dazwischen liegen drei Stockwerke, in denen sich Kargo-Unternehmen eingerichtet haben, die meisten afrikanisch, vor allem senegalesisch, oder aus Zentralasien.

„Als ich 2012 ankam, gab es drei afrikanische Kargo-Läden, heute sind es ungefähr fünfzehn“, erklärt Mohamadou. Er sitzt in seinem Büro und legt weder den Mantel noch das Telefon ab. Auf dem Gerät wickelt er abwechselnd Geschäfte ab und verfolgt die Nachrichten aus dem Senegal. Moussa wiederum hat in Istanbul „durchgehalten“. Er macht Berechnungen in einer Ecke seines Hefts, dann ruft er bei einem seiner Geschäftspartner an. „Ich habe noch einmal nachgerechnet, das macht 700, mein Bruder... Ja, Dollar sind besser, bis gleich“, sagt er in recht flüssigem Türkisch. Wenn es um seine persönliche Geschichte geht, bleibt Moussa vage.

Andere sind mitteilssamer, darunter Amadou. Bevor er mit seiner Sackkarre Handelsware zu transportieren begann, arbeitete der Mann mit Wurzeln im Senegal und in Mali in „çabuk“, Schneidereien. Er fand die Arbeit über eine Facebook-Gruppe, nachdem er in der Türkei angekommen war. „Çabuk“ bedeutet „schnell“ und ist eines der ersten türkischen Wörter, die afrikanische Arbeiter hier lernen. „Schnell, schnell, arbeite schnell – das sagen die Chefs von früh bis spät“, erklärt Amadou. „Die Arbeit ist sehr schlecht bezahlt und anstrengend. Ich bin froh, da raus zu sein.“

Andere haben als Straßenverkäufer von Uhren und Schmuck begonnen wie der Senegalese Yamar, der mittlerweile im Kargo-Handel tätig ist, aber auch ein Onlinegeschäft betreibt – dank des technischen Fortschritts und der sozialen Netzwerke müssen sich die



Im Einkaufszentrum Demiröz haben sich auf den mittleren Etagen viele im Kofferhandel tätige Afrikaner eingerichtet, vor allem aus dem Senegal.



Elisa Domingues dos Santos promoviert in Politikwissenschaft und ist assoziierte Mitarbeiterin an französischen Instituten für Außenpolitik und für anatolische Studien. Sie arbeitet in Istanbul zu türkisch-afrikanischen Beziehungen. Ihr Text ist zuerst im Portal afriqueXXI.info erschienen.

Käufer nicht mehr herbewegen. Yamar sitzt auf einem Hocker im hinteren Teil seines Geschäfts, in den zwei schmale Durchgänge zwischen Kleiderständen führen, die sich unter dem Gewicht der farbigen Kleidungsstücke biegen. Auf seinem Telefon zeigt er eine Seite eines sozialen Netzwerks: „Schau mal, ich poste die Artikel, die ich im Sortiment habe. Ich gebe die verfügbaren Größen und die Preise an, Festpreise in Dollar. Die Kundinnen schreiben mir, was sie wollen. Mindestbestellmenge sind zehn Artikel. Die Bestellung wird gewogen, das Kilo kostet sechs Euro. Dann zahlt man über MoneyGram oder Western Union“, zwei Firmen für Geldtransfers.

Für den Versand nutzt Yamar die Dienste von Teranga Cargo im Untergeschoss. Er musste sich mit einer Türkin zusammentun, um ihre Exportgenehmigung nutzen zu können. In Dakar gibt es ein großes Warenlager, dorthin schickt er die Artikel in kleinerer oder größerer Zahl. Anschließend werden sie auf den Märkten zum drei- oder vierfachen Preis angeboten.

Die Arbeiter im Kargo-Geschäft bieten auch Dienste als Vermittler, Makler oder Übersetzer an. Das Kargo, in dem Mohamadou arbeitet, ist auf Möbel spezialisiert. Er hat gerade seine

Thiéboudienne aufgegessen, das senegalesische Nationalgericht mit Fisch und Reis, und erklärt: „Wenn uns ein Käufer kontaktiert, organisieren wir alles für ihn. Wir reservieren das Hotel und den Transfer zum Flughafen, und wir begleiten ihn zu den Verkaufsräumen unserer Partner. Wenn er kauft, bekommen wir Kommission. Anschließend sorgen wir für den Transport der Waren.“

Ein Visum zu bekommen, wird auch hier immer schwieriger

Wer Kargo-Geschäfte vermittelt, hat den Anfang des Erfolgs geschafft. Über ihr Netz an Kontakten verschaffen sich die Arbeiter dort einen Platz. Aber alle hoffen, in ihr Heimatland zurückkehren zu können, um die Geschäfte mit der Türkei vor dort aus weiterbetreiben zu können. Umso mehr, als ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sich verschlechtern.

Vor dem Kargo-Büro, für das er arbeitet, wartet Ibrahim, auch aus dem Senegal. „2012, 2013 liefen die Geschäfte gut“, erklärt er. „Jetzt ist es schwierig geworden, Geld zu verdienen. Auch in der Corona-Zeit lief es gut, weil China nichts mehr exportierte, es gab weniger Wettbewerb. Jetzt hat sich China wieder geöffnet, und es ist schwieriger geworden.“ Neben der Konkur-

renz machen Ibrahim und den anderen die schwere Wirtschaftskrise der Türkei und der Wertverlust der türkischen Lira zu schaffen. „2012 war eine türkische Lira 325 westafrikanische Francs wert, heute sind es nur noch 18!“, klagt Ibrahim.

Doch die strengere Einwanderungspolitik bleibt die größte Hürde. „Vorher konnten wir ohne Sorgen hin- und herreisen“, sagt Mohamadou. „Seit einem Jahr aber werden weniger Visa an Käufer vergeben, das wirkt sich auf unsere Geschäfte aus. Und sie vergeben keine Aufenthaltsgenehmigungen mehr. Auch die Verlängerungen haben sie eingeschränkt: In der Vergangenheit bekam ich zwei Jahre, letztes Jahr habe ich nur ein Jahr Verlängerung bekommen. Jetzt warte ich auf Antwort...“

Die Bedingungen für eine Aufenthaltsgenehmigung (ikamet) wurden vor einem Jahr verschärft, Kontrollen und Ausweisungen haben zugenommen. Um weiterhin bleiben zu können, war Mohamadou gezwungen, nach Beylikdüzü zu ziehen, ein Istanbuler Stadtviertel, das weiter außerhalb gelegen ist. Es ist mehr als anderthalb Stunden von Laleli entfernt. Die restriktiven Maßnahmen erließ die Regierung im Vorfeld der Wahlen vom Mai 2023, und der Wahlkampf wurde vor allem auf dem Schlachtfeld des Ultranationalismus ausgetragen. „Sie schmeißen die ganze Welt hinaus, die Afghanen, die Syrer, die Afrikaner“, sagt Mohamadou.

Die Lebenswege und Erfahrungen der Afrikaner in Istanbul sind eine wenig gesehene Facette der türkisch-afrikanischen Annäherung. Hier zeigen sich Menschen, die bedingt erfolgreich sind, die aus Unternehmerteil ins Ausland gezogen sind. Aber sie sind kaum in die türkische Gesellschaft integriert und drohen, infolge des Rechtsrucks in einer Falle zu sitzen.

Es ist 16 Uhr 30, Mohamadou macht das Büro zu. Als er den Schlüssel umdreht, denkt er daran, was die Türkei im Senegal unternimmt. Müde sagt er: „Wir kommen, um uns zu finden – sie kommen, um zu investieren. So läuft es in der Welt.“

Aus dem Französischen von **Christine Lauer.**

Sommerloch?

Nicht mit uns!

Einzelheft 11 €
Im Abo 7,80/6,20 €

7'24

Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

Blätter-
Sommerabo
+ Prämie

Oststolz und Osttrotz
Steffen Mau

Die Wiederkehr des Imperialismus
Yuval Noah Harari

Macrons gefährliches Kalkül
Felix Heidenreich

Wie die Fossilobby unsere Zukunft
zerstört
Christian Stöcker

Für eine linke Europa-Vision

3 Monate für nur 15€: blaetter.de/sommer

Eingeklemmt zwischen

Bhutan gilt als Hort der Friedfertigkeit und als Erfinder des „Bruttonationalglücks“. Doch hinter den Kulissen zerren die beiden mächtigen Nachbarn an dem kleinen Königreich und versuchen ihre Interessen durchzusetzen.

Von Robert Barnett

Das Königreich Bhutan ist ein Paradebeispiel für das, was man in der Himalaya-Region eine „Yamswurzel zwischen zwei Felsblöcken“ nennt. Die beiden Felsblöcke sind in diesem Fall Bhutans Nachbarn China und Indien – zwei Giganten mit äußerst gegensätzlichen Interessen und Ideologien. Direkt an Bhutan grenzen die Regionen Tibet und Sikkim an – sie sind durch Kultur, Religion und geopolitische Lage mit dem Königreich verwandt und als „Yamswurzeln“ bereits zerquetscht worden: Beide waren faktisch unabhängige Länder, bevor sich China 1950 Tibet und Indien 1975 Sikkim einverleibte. Damit ist Bhutan der letzte verbliebene tibetisch-buddhistische Nationalstaat der Welt.

Bhutans Herausforderung – seine Integrität zu bewahren und gleichzeitig die konkurrierenden Interessen seiner mächtigen Nachbarn auszubalancieren – ließ sich im 20. Jahrhundert noch relativ leicht meistern, denn selbst nach der Annexion Tibets fehlten China die Ressourcen und wahrscheinlich auch der Wille, seinen Einfluss in Bhutan geltend zu machen. Außerdem führen die Wege nach China – durch Tibet – über bis zu 4000 Meter hohe Bergpässe. Bhutans nächster Zugang zum Meer wiederum ist das 500 Kilometer südlich gelegene indische Kolkata. Aufgrund seiner geografischen Lage ist Indien von jeher der einzige wichtige Handelspartner Bhutans und der natürliche Garant seiner Sicherheit. Obwohl Bhutan schon lange ein unabhängiger Staat ist, stand das Land von 1949 bis 2007 offiziell unter indischem Protektorat. Seitdem ist es in der Praxis unabhängig, allerdings vertraglich verpflichtet, seine nationalen Belange in „enger Kooperation“ mit Indien abzustimmen.

Seit Ende der 1990er Jahre gilt Bhutan weltweit als einzige mehrheitlich buddhistische Himalaya-Nation. Erreicht wurde dieser Status unter anderem durch die Einführung einer förmlichen Kleiderordnung für alle Bürger in der Öffentlichkeit während der Arbeitszeit, einen einheitlichen architektonischen Stil für offizielle Gebäude, die ausschließliche Verwendung der Landessprache Dzongkha und des Englischen in den Schulen und die Abschaffung des Unterrichts in Nepali. Anfang der 1990er Jahre flohen zudem 100.000 ethnische Nepalesen, die von Bhutan als illegale Einwanderer oder politische Auf-



wiegler betrachtet wurden, aus dem Land oder wurden ausgewiesen.

Weltweite Popularität erlangte Bhutan dadurch, dass das Land die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft mit der Ermittlung des „Bruttonationalglücks“ misst, in das auch nicht ökonomische Aspekte des Wohlergehens und der Naturschutz einfließen. Die UN-Generalversammlung begrüßte 2011 diesen Ansatz. Das Ansehen Bhutans stieg weiter durch die Entscheidung des Monarchen für eine demokratische Verfassung im Jahr 2008. Seitdem gab es vier Parlamentswahlen, denen friedliche Machtwechsel folgten. Darüber hinaus gilt in Bhutan eine strikte Trennung von Religion und Staat; Kleriker und Mönche können keine politischen Ämter bekleiden und dürfen sich nicht in die Wahlen einmischen.

Bhutan achtet darauf, sich nicht in die Politik der Großmächte zu verstricken, indem es mit keinem ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats volle diplomatische Beziehungen aufnimmt und auch keinem die Einrichtung einer Botschaft in Thimphu, der Hauptstadt Bhutans, gewährt. Das Land beschränkt sich stattdessen auf „sinnvolle“ Zusammenarbeit im Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialbe-

Inszenierte Harmonie: Indiens Premierminister Narendra Modi (links) weiht beim Besuch in Thimphu im März 2024 mit Bhutans Premierminister Tshering Tobgay ein Krankenhaus ein.

HINDUSTAN TIMES/
SIPA USA/PICTURE
ALLIANCE

Indien und China



reich mit diesen Ländern. Im In- und Ausland hat Bhutan – abgesehen von seinem Umgang mit den ethnischen Nepalis – als kleines, ansonsten schwaches Land ein hohes Maß an Soft Power und Reputationsmanagement entwickelt.

Seit 2016 sieht sich das Königreich jedoch einem stetig wachsenden Druck aus dem Norden ausgesetzt. Dass China sich zunehmend für seinen südlichen Nachbarn interessiert und versucht, dort den indischen Einfluss einzudämmen, überrascht nicht. Im Himalaya aber ist das wachsende Engagement Chinas besonders heikel, da Indien und Bhutan die einzigen Nachbarn sind, mit denen China seine Grenzen nicht vollständig geklärt hat. Indien ist zudem eines der wenigen Länder, mit denen China in moderner Zeit einen Krieg geführt (und ihn gewonnen) hat. Die derzeitigen Spannungen entlang der 3400 km langen Grenze zwischen Indien und China – die streng genommen die Grenze zwischen Indien und Tibet ist – haben Indien dazu veranlasst, vorsichtig eine mögliche Partnerschaft mit den USA auszuloten, um China Paroli bieten zu können. Allerdings erhöht dies nur die Anreize für China, den indischen Einfluss in Bhutan zu verringern.

Bhutan ist trotz dieser regionalen Entwicklungen ein erklärter Freund Chinas geblieben. Die Strategie des Landes besteht darin, jede öffentliche Andeutung von Spannungen oder Unmut mit einem seiner Nachbarn zu vermeiden. Dazu gehört eine gewisse historische Amnesie: Während der militärischen Annexion Tibets Anfang der 1950er Jahre schluckte China auch mehrere jahrhundertealte bhutanische Enklaven innerhalb Tibets, ohne dies jemals öffentlich zu erklären. Bhutan hat damals kaum gegen den Verlust dieser Gebiete protestiert und dann das neue kommunistische Regime Chinas diplomatisch unterstützt, insbesondere bei den Vereinten Nationen, nachdem die Volksrepublik China dort 1971 aufgenommen worden war.

Seitdem pflegen Bhutan und China ein Verhältnis freundschaftlicher Nachbarschaft auf der Grundlage gemeinsamer Interessen, obwohl Bhutan unter dem militärischen Schutz Indiens steht. Man betreibt kulturellen Austausch und entwickelt Handel und Tourismus in beide Richtungen. Bhutan unterstützt zudem die „Ein-China-Politik“, was bedeutet, dass es die tibetischen und taiwanesischen Ansprüche auf Eigenständigkeit verneint. Die Weigerung Bhutans, vollständige diplomatische Beziehungen zu China aufzunehmen, erklärt man schlicht als Folge der Politik des generellen Verzichts auf formale Beziehungen zu den Großmächten. Mit Forderungen aus Indien, wie dies China behauptet, habe das nichts zu tun, heißt es in Thimphu.

Vor diesem Hintergrund übt China wachsenden Druck auf Bhutan aus, insbesondere dadurch, dass es Ansprüche auf Gebiete innerhalb der traditionellen, aber nicht formell festgelegten Grenzen Bhutans stellt. Tatsächlich hat Bhutan in aller Stille in den 1950er Jahren mindestens ein Gebiet an China faktisch abgetreten (einen Teil des im Westen des Landes gelegenen Distrikts Haa), ein weiteres in den 1980er Jahren (Kula Khari) und Berichten zufolge seitdem noch zwei kleinere Gebiete (Ningti und Mela). China erhebt aber weitere Forderungen auf vier größere Areale in Bhutan (einen Teil von Haa, die Gebiete Beyul und Menchuma im Norden und Sakteng im Osten), die zusammen etwa 4500 Quadratkilometer ausmachen, immerhin etwa 11 Prozent der verbleibenden Landmasse Bhutans.

Chinesische Kommentatoren machen kein Hehl aus dem Hauptziel Pekings: Bhutan soll ein Gebiet im äußersten Westen des Landes, das Doklam-Plateau, an China abtreten. Die anderen Forderungen sind eher als Druckmittel zu verstehen, um Bhutan zum Einlenken in dieser Frage zu bewegen. Doklam hat eine Fläche von 89 Quadratkilometern und liegt im Dreiländereck von Indien, China und Bhutan. Entscheidend ist, dass sich vom südlichen Rand des





Frauen stehen im Januar 2024 in Thimphu vor einem Wahllokal Schlange. Bhutan hat seit 2008 eine demokratische Verfassung und mehrere Regierungswechsel erlebt.

MONEY SHARMA/AFP VIA GETTY IMAGES

dortigen Gebirgskamms Indiens größte geostrategische Schwachstelle überblicken lässt – die als Shiliguri-Korridor bekannte Landbrücke. Sie ist an ihrer schmalsten Stelle lediglich 22 Kilometer breit und verbindet das indische Kernland mit seinen nordöstlichen Gebieten.

Für Indien ist dieser Gebirgskamm von so großer Bedeutung, dass es 2017 aufgrund eines Hilfsersuchens Bhutans Truppen auf das Plateau entsandte, um zu verhindern, dass die Chinesen Straßen bis dorthin anlegten. Chinesische und indische Truppen hielten sich 73 Tage lang in Schach. Zwar konnte die Situation durch Vermittlung Bhutans unblutig beendet werden, doch der Streit bleibt ungelöst. Das chinesische Militär besitzt weiterhin die volle Kontrolle über zwei Drittel des Doklam-Plateaus sowie über weitere angrenzende Gebiete im Norden, die nominell zu Bhutan gehören.

Es sieht so aus, als würde China die Weigerung Bhutans, eine chinesische Botschaft in Thimphu zuzulassen, nicht länger akzeptieren.

Offiziell setzt China in seiner Strategie gegenüber Bhutan auf Verhandlungen. Schon 1990, manchen Quellen zufolge 1996, hat es ein „Paketabkommen“ vorgeschlagen: Peking will auf Forderungen im Norden Bhutans verzichten, wenn das Land im Gegenzug seine Souveränität über von China beanspruchte Gebiete im Westen aufgibt, also auch über Doklam. Seit Mitte der 1980er Jahre hat China in 25 Verhandlungsrunden und zahlreichen weiteren Begegnungen, in denen es um technische Details ging, diesen Vorschlag mit Bhutan erörtert. Für Bhutan

hat zumindest eines der im Norden beanspruchten Gebiete, Beyul Khenpajong, große kulturelle und religiöse Bedeutung. Im Jahr 1997 gab es Berichte, Bhutan sei bereit, die weitgehend unbewohnten umstrittenen Gebiete im Westen aufzugeben, um den Streit um Beyul zu beenden.

Allerdings hat Bhutan sich 2007 gegenüber Indien vertraglich verpflichtet, die nationalen Interessen dieses Nachbarlandes zu beachten. Daher kann Bhutan nicht einfach Doklam an China übergeben. Im Juli 2013, nur wenige Tage vor den Parlamentswahlen, wurde Bhutan drastisch vor Augen geführt, was das Land riskiert, wenn es die indischen Bedenken ignoriert. Weil Neu-Delhi befürchtete, Bhutans Regierung in Thimphu plane eine Annäherung an Peking, strich Neu-Delhi abrupt die Subventionen für Kochgas und Kerosin im eigenen Land. Dies ließ auch die Brennstoffpreise in Bhutan in die Höhe schnellen und führte zum Sturz der amtierenden Regierung. Bhutan steht somit unter erheblichem Druck von beiden Seiten. Es kann sich weder auf Chinas Paketabkommen einlassen noch die Grenzfragen anderweitig lösen.

Während China vor der Welt den Weg respektvoller Verhandlungen zu gehen vorgibt, verfolgt es in Wahrheit eine Politik eskalierender Übergriffe und Provokationen. Zunächst schickte China Hirten und deren Herden in die umstrittenen Zonen innerhalb Bhutans, dann militärische Patrouillen zu Fuß und schließlich kamen Bautrupps, um Straßen anzulegen. Inzwischen haben die Chinesen dort militärische Außenposten errichtet und sie damit praktisch zum Sperrgebiet für das Militär und Zivilisten aus Bhutan gemacht. Diese Strategie verfolgt den dreifachen Zweck, die Gebietsansprüche durch physische Präsenz zu untermauern, die militärische Entschlossenheit und Kompetenz Bhutans zu testen und zu schwächen und den Verhandlungsdelegationen des kleinen Nachbarlands unmissverständlich klarzumachen, dass jede Verweigerung von Zugeständnissen nur zu weiterer Eskalation führen wird.

Dennoch kam es überraschend, als China 2016 damit begann, ganze Dörfer in den beanspruchten Gebieten im Norden und Westen Bhutans zu errichten, und damit die Eskalation auf eine neue Stufe hob. Mit Hilfe von Subventionen lockte es Siedler an, baute wetterfeste Straßen, sorgte für Stromversorgung und Kommunikationssysteme, schuf Einkommensmöglichkeiten für die Bewohner und errichtete Polizeiposten und Militärstützpunkte. Schon sind mehr als ein Dutzend solcher Dörfer innerhalb der traditionellen Grenzen Bhutans entstanden. Mit anderen Worten: Nachdem China drei Jahrzehnte lang das gewünschte Ergebnis nicht erreichen konnte, besetzt es nun einfach die betreffenden Gebiete. So soll Bhutan dazu gebracht werden, endlich das Paketabkommen anzunehmen und damit – wie chinesische Offizielle deutlich zum Ausdruck bringen – „Neu-Delhis regionale Hegemonie“ und „Einmischung“ in Bhutans Angelegenheiten in die Schranken zu weisen. Die faktische Okkupation dieser Gebiete

te durch China ist ein klarer Verstoß gegen einen 1998 mit Bhutan abgeschlossenen Vertrag, der China „verpflichtet, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Bhutans vollständig zu respektieren“, mithin den Status quo der umstrittenen Gebiete nicht anzutasten.

Viele Jahre lang äußerte sich Bhutan nicht zu diesen Grenzstreitigkeiten, um jegliche Provokation eines seiner Nachbarn zu vermeiden. Stattdessen bestätigte man lediglich, dass Gespräche geführt würden. Doch im Jahr 2023 erklärte der damalige bhutanische Ministerpräsident gegenüber einem belgischen Journalisten, beide Seiten stünden kurz vor einer Einigung über das Paketabkommen. Die indischen Medien, die schon die baldige Abtretung Doklams an China sahen, gerieten in Aufruhr. Doch das Schweigen der indischen Regierung zu dieser Angelegenheit lässt vermuten, dass nichts dergleichen bevorsteht. Wahrscheinlicher ist, dass der Ministerpräsident lediglich andeuten wollte, Bhutan könne die anderen westlichen Gebiete an China abtreten, nicht aber Doklam. Im Gegenzug, so kann man spekulieren, wird China nur einen Teil der im Norden beanspruchten Gebiete zurückgeben. So könnte Bhutan das heilige Gebiet Beyul Khenpajong behalten, wird aber womöglich gezwungen sein, nördlich davon gelegene, bereits von China besiedelte Areale aufzugeben.

Im März dieses Jahres stattete der indische Premierminister Narendra Modi Bhutan einen vielbeachteten Besuch ab, bei dem er und der neue bhutanische Ministerpräsident Tshering Tobgay sich publikumswirksam umarmten. Außerdem versprach Modi Bhutan umfangreiche Hilfe. Doch nur einen Tag später forderte Bhutan Berichten zufolge Indien auf, den Bau einer Straße an der Ostgrenze des Landes einzustellen, gegen die vermutlich China Einwände erhoben hatte. So gerne Bhutan signalisiert, nach wie vor enge Beziehungen zu Indien zu unterhalten, muss es doch alles vermeiden, was seinen nördlichen Nachbarn reizen könnte. Schließlich ist Thimphu auch an den Vorteilen gelegen, die sich aus dem Handel mit China und dem guten Verhältnis zu Peking ergeben.

Offenbar stehen Bhutan noch viele weitere Gesprächsrunden bevor, ehe es seine Nordgrenze abstecken kann. Und es sieht so aus, als würde China die Weigerung Bhutans, eine chinesische Botschaft in Thimphu zuzulassen, nicht länger akzeptieren, da die Inder dies kaum als direkte Bedrohung ihrer Sicherheit werten können. Der winzige Binnenstaat Bhutan wird bei all seiner außergewöhnlichen Soft Power kaum eine andere Wahl haben, als weiterhin zu versuchen, den Druck seiner beiden mächtigen Nachbarn auszugleichen, indem er öffentliche Kritik vermeidet und regelmäßig Freundschaftsbekundungen abgibt.

Aus dem Englischen von **Thomas Wollermann**.



Robert Barnett

ist Experte für Geschichte und Politik Tibets und assoziierter Forscher an der School of Oriental and Asian Studies in London. Er war bis 2018 Direktor des Studienprogramms zum modernen Tibet an der Columbia University in den USA.

Anzeige

In einer sich ständig wandelnden Welt braucht Ihr Fundraising starke Nerven und gute Verbindungen.

Gemeinsam Stärke zeigen!

Ifunds Engage365 Fundraising ist eine innovative CRM-Lösung. Sie trägt dazu bei, Gemeinschaft zu fördern, Projekte optimal zu organisieren und individuell auf Ihre Spender und zeitnah auf das Weltgeschehen einzugehen. Stellen Sie automatisiert Dankschreiben und Spendenquittungen aus, steuern Sie Zahlungsbewegungen zu jeder einzelnen Adresse und verbuchen Sie Spenden und Mitgliedsbeiträge. Ifunds Engage365 Fundraising schafft die Grundlage zu einer auf digitalen Daten basierten, effektiven Organisationskultur.

ifunds

Kontakt.

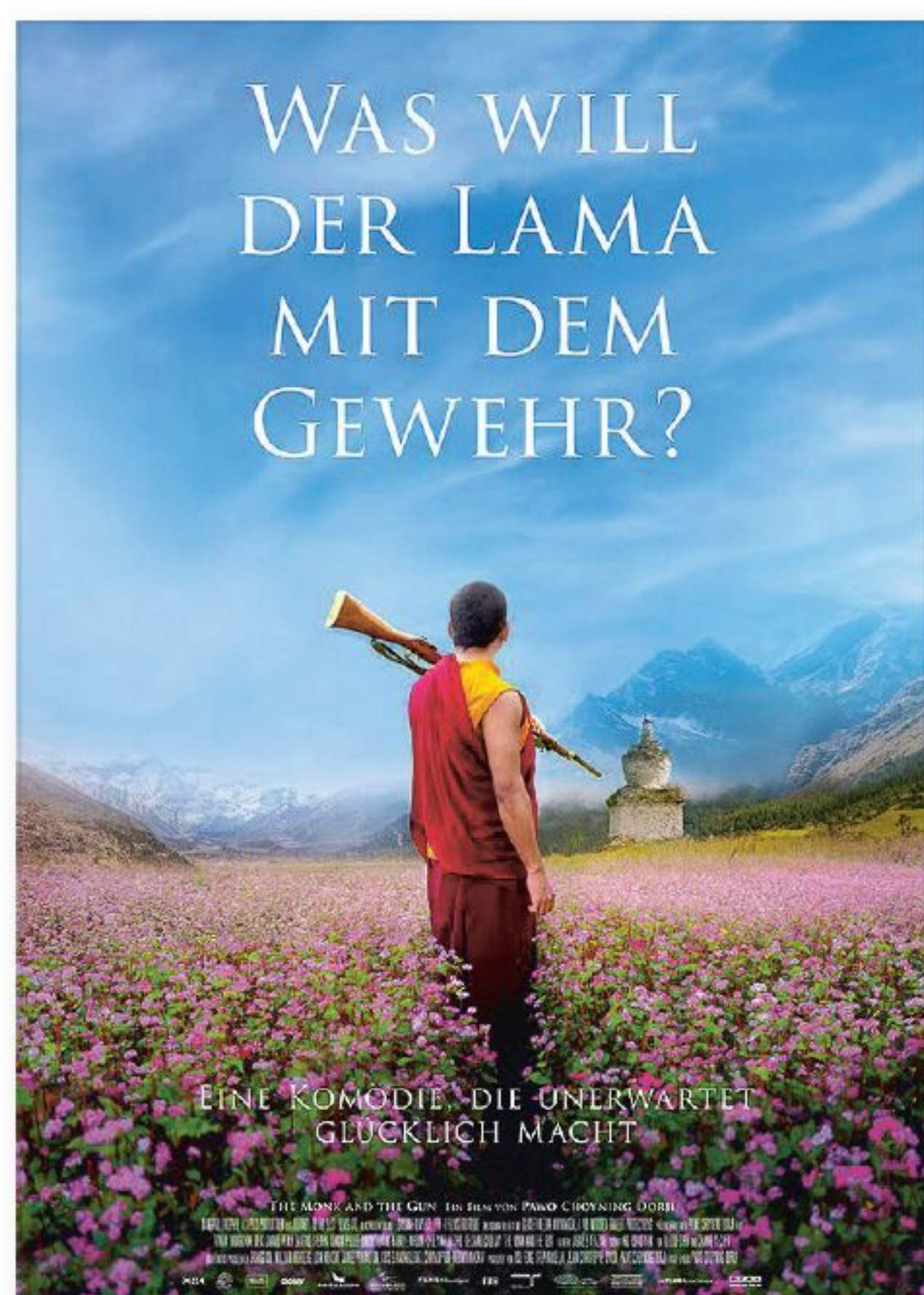
kontakt@ifunds-germany.de

Fon +49 22 1 66 99 52 0



FILMKRITIK

Als die Demokratie in Bhutan Einzug hielt



Was will der Lama mit dem Gewehr?

Bhutan/Taiwan 2023

Regie: Pawo Choyning Dorji

107 Minuten

Kinostart: 1. August 2024

Die charmante Politkomödie aus dem Himalaya erzählt in drei fiktiven Erzählsträngen, wie der König von Bhutan 2006 zugunsten seines Sohnes abdankte und eine parlamentarische Monarchie einführte. Und wie sich die ländliche buddhistische Bevölkerung im praktischen Umgang mit der Demokratie zunächst schwer tat.

Im Vorfeld der ersten Parlamentswahlen im südasiatischen Königreich bereitet der Lama des Bergdorfs Ura eine traditionelle Zeremonie zum Vollmond vor. Dazu schickt er den jungen Mönch Tashi los, ein Gewehr zu besorgen. Das ist nicht so einfach, denn in dem friedlichen kleinen Himalaya-Staat Bhutan gibt es kaum Waffen. Als Tashi endlich bei einem Bauern ein altes Gewehr aus dem amerikanischen Bürgerkrieg auftreibt, kommt er dem US-Waffensammler Ron in die Quere. Dieser ließ sich von dem geschäftstüchtigen Benji in das Dorf fahren, um das wertvolle Sammlerstück zu kaufen. Derweil trifft die Leiterin der Wahlkommission, Yangden, in Ura ein, um die Registrierung der Wahlberechtigten zu überwachen und Probewahlen abzuhalten, damit sich die Bevölkerung auf die erste echte Wahl vorbereiten kann und das Land nicht blamiert. Allerdings sorgt die Aufstellung der neuen Parteien rasch für Postengeschacher, Neid, Egoismus und Zank, der sogar Familien wie die der Hausfrau Tshomo spaltet, die bei der Wahlorganisation hilft.

Der zweite lange Spielfilm von Pawo Choyning Dorji setzt im Jahr 2006 ein. Der König Jigme Singye Wangchuck dankt vorzeitig zugunsten seines Sohnes Jigme Khesar Namgyel Wangchuk ab, zwei Jahre später wird Bhutan nach Jahrhunderten der absoluten Monarchie zu einer parlamentarischen Monarchie mit politischen Parteien und freien Wahlen nach britischem Muster.

Der politische Wandel ist einerseits zeitgemäß, stellt aber auch das bewährte Konzept des Bruttonationalglücks in Frage. Demnach streben die 750.000 Bürgerinnen und Bürger weniger nach materiellem Wohlstand als nach einer ganzheitlichen Lebensweise, in der zum Beispiel der Naturschutz Verfassungsrang

hat. Der Regisseur nutzt diesen Umbruch für humorvoll-satirische, aber auch gesellschaftskritische Beobachtungen zu den Folgen der Demokratisierung. So hat der unbedarfte Mönch Tashi noch nie etwas von Wahlen gehört. Als Yangden ihn im Auto mitnimmt, fragt er sie: „Ist das so etwas wie die Schweinepest?“ Auch die Auswirkungen der Globalisierung und des westlichen Kapitalismus, die sich ausbreiten, seit Bhutan als mutmaßlich letztes Land der Erde 1999 das Verbot von Fernsehen und Internet aufgehoben hat, werden zuweilen kritisch reflektiert. So trinkt Tashi in einer Gaststätte, in der viele Menschen im Fernsehen erstmals Wahlspekte schauen, statt des traditionellen Tees „schwarzes Wasser“, sprich eine Cola. Und später ordert er bei einem Waffenhändler für den Lama zwei Kalaschnikows, die er in einem lautstarken TV-Trailer zum James Bond-Film „Ein Quantum Trost“ gesehen hat.

Da es in Bhutan kaum professionelle Schauspieler gibt, hat Pawo Choyning Dorji wie in seinem viel gelobten und für den Oscar nominierten Debütfilm „Lunana. Das Glück liegt im Himalaya“ (2019) weitgehend auf Laiendarsteller zurückgegriffen, die für viel Authentizität sorgen. So ist Kelsang Choejay der tatsächliche Lama des Ortes Ura, der Tashi-Darsteller Tandin Wangchuk ist der Lead-Sänger einer Rockband aus Bhutan und der Benji-Darsteller Tandim Sonam arbeitet hauptberuflich als Immobilienmakler und Anwalt.

Das teils burleske Geschehen ist eingebettet in eine elegante Kameraführung, die immer wieder beiläufig die imposanten Berg- und Tallandschaften ins Bild rückt. Die Inszenierung kombiniert mit lakonischem Humor Elemente von Road Movie, Satire und Politkomödie, die Waffensuche beschert zudem hintersinnige Spannungsmomente bis hin zum symbolträchtigen Finale. Sympathisch wirkt vor allem der zärtliche und respektvolle Blick des Regisseurs auf die Figuren mit all ihren menschlichen Schwächen, die sich einfallsreich und mit gesundem Menschenverstand mit den Licht- und Schattenseiten der Modernisierung ihrer Lebenswelt arrangieren. (Siehe auch den Beitrag auf Seite 58.)

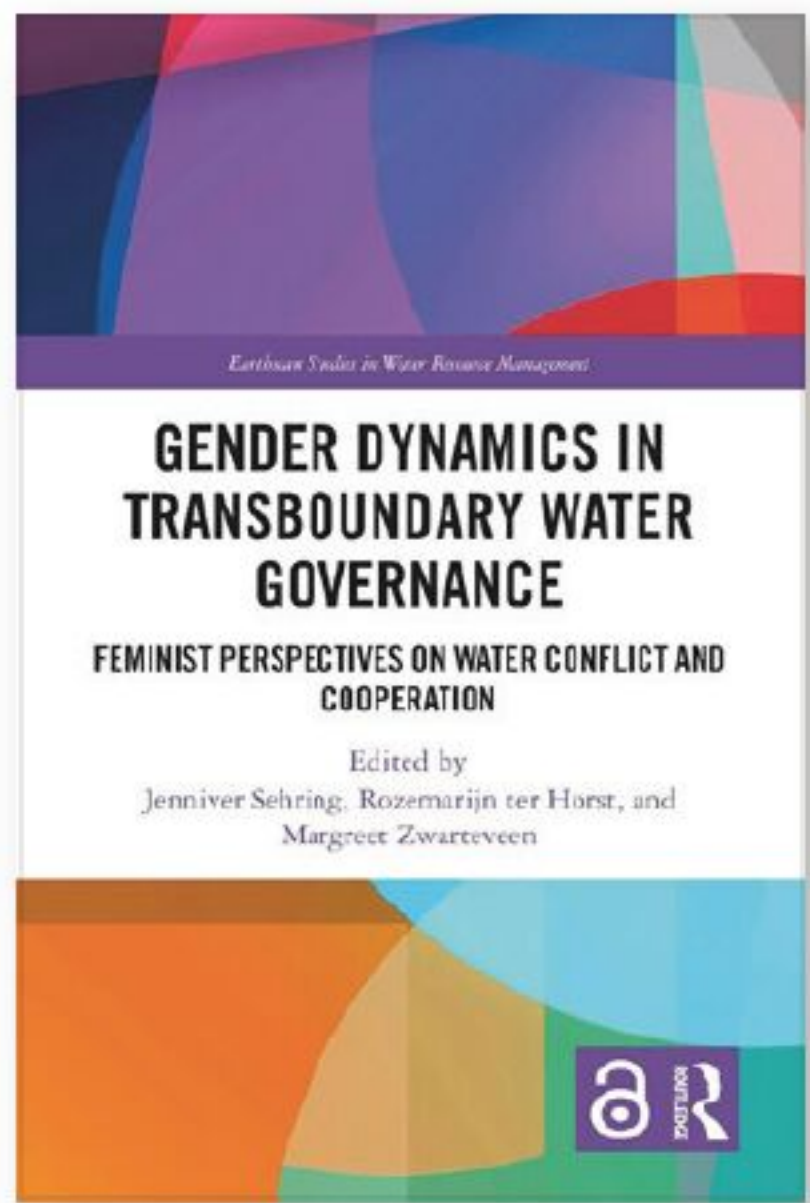
Reinhard Kleber

REZENSIONEN

Gerechtes Wassermanagement

Wasser und grenzübergreifende Flusssysteme sind Lebensadern für Millionen von Menschen – und stark umkämpft. Der Sammelband behandelt das Thema im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit und legt den Schwerpunkt auf Frauen als Expertinnen in der bi- und multinationalen Wasserdiplo-matie.

Die meisten großen Flüsse verlaufen durch verschiedene Staaten, deshalb erfordert ihre Nutzung den Ausgleich konkurrierender Interessen. Nicht zuletzt angesichts des Klimawandels geht es dabei häufig um Konfliktdeeskalation. Die Herausgeberinnen und Autorinnen des Sammelbandes er-



Jenniver Sehring, Rozemarijn ter Horst
und Margreet Zwartveen (Hrsg.)
**Gender Dynamics in Transboundary
Water Governance**
Feminist Perspectives on Water Conflict
and Cooperation
Routledge, London 2023
226 Seiten, digitale Version,
open access, kostenlos verfügbar

läutern anhand anschaulicher Fallbeispiele vor allem aus Asien, Afrika und Lateinamerika Entscheidungsprozesse über die jeweilige Wassernutzung, hier als Wasserdiplomatie bezeichnet.

In Kirgistan und Kasachstan waren zur Zeit der Sowjetunion etliche Frauen Wasserbauexpertinnen. Die entsprechenden Studienplätze und technischen Berufe standen ihnen offen, Ingenieurinnen bezogen aus ihrer fachlichen Expertise viel Selbstbewusstsein. Gleichzeitig lasteten die Familienpflichten trotz Kindertagesstätten und offizieller Gleichstellungspolitik vorwiegend auf ihnen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kollabierte nicht nur die Wirtschaft, auch die staatlich verordnete Gleichstellung verlor an Bedeutung. Junge Naturwissenschaftlerinnen oder Planerinnen mussten zusätzliche Hürden in der Berufswelt überwinden, ein neuer konservativer Trend in der Gesellschaft erschwerte ihnen die Verbindung von Arbeit und Familie.

Wie wichtig es ist, Gender in Wasserfragen zu betrachten, illustriert Mariana Yumbay Yallico, promovierte Juristin und Menschenrechtsanwältin aus Ecuador. Als erste Indigene arbeitete sie zunächst am nationalen Gerichtshof und dann für die nationale Wasserbehörde. Am Beispiel der

Quechua-Gesellschaft skizziert sie indigene Menschen-, Natur- und Weltbilder, auf deren Basis sich indigene Frauen gegen Mehrfachdiskriminierung wehrten und auf lokaler Ebene an Entscheidungsprozessen über die Wassernutzung mitwirkten. Dieses Selbstverständnis und die in örtlichen Auseinandersetzungen erprobte Verhandlungsmacht im Protest gegen umweltzerstörende Öl- und Holzkonzerne sieht Yumbay Yallico als wichtige Basis für politische Mitsprache und das Einfordern von Rechten.

Alexandra Said, die für das UN-Umweltprogramm UNEP in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba arbeitet und immer wieder sachorientiertes Verhandeln von Expertinnen in Gremien entlang des umkämpften Nils erlebt hat, sieht in dem Verhandlungsgeschick und der Fähigkeit, bei Interessenkonflikten Gegner von vorteilhaften Kompromissen zu überzeugen, eine weibliche Stärke. Umso wichtiger seien Mentoring und die Übergabe von Verantwortung, um gut ausgebildeten Frauen Karrierewege zu ebnen. Nur dann, so die Autorinnen, blieben Gender-Mainstreaming und gender-politische Leitlinien, die vielfach von internationalen Gebern finanziert und unterstützt würden, keine Papiertiger.

Rita Schäfer

Die Ahninnen der Menschheit

In ihrem Buch beschreibt die kamerunische Schriftstellerin Léonora Miano Perspektiven afrikanischer Frauen auf den Feminismus. Das könnte eine Bereicherung sein, ist aber leider teilweise unausgereift.

Kritik am europäischen und US-amerikanischen Feminismus aus dem globalen Süden gibt es in-

zwischen zuhauf. Schwarze US-amerikanische, lateinamerikanische, karibische und arabische Frauen stoßen sich an einem „weißen“ Feminismus, der aus ihrer Sicht zu lange allein die Agenda gesetzt und ihre Perspektiven ausgeblendet hat. Seit Jahren bringen sie, oft in wütenden Anklagen, ihre eigenen Anliegen wie vor allem die strukturelle Un-

Anzeige

Gut, sauber & fair:

Für alle, denen nicht egal ist, was sie essen.



Exklusiv für
WELT-SICHTEN-
Leser*innen

50% RABATT
auf ein Probeabo!

3 Ausgaben
für nur 8,00 Euro



Jetzt bestellen unter
www.slow-food-magazin.de/probeabo
Per E-Mail: oekom-abo@verlegerdienst.de
Telefonisch unter 08105. 388 563

Ihr Rabattcode: **WELTSICHT**
slow-food-magazin.de/probeabo



Léonora Miano

Sisterhood

Für einen anderen Dialog zwischen den Frauen der Welt

Aufbau Verlag, Berlin 2022

251 Seiten, 22 Euro

gleichheit zwischen Norden und globalem Süden vor.

In 14 Kapiteln erzählt die aus Kamerun stammende Autorin von den Erfahrungswelten von Afrikanerinnen südlich der Sahara. Sie beschreibt das Leben von Frauen vor der Kolonialzeit, die in keiner europäischen Geschichtsschreibung vorkommen.

Bei alldem bleibt teilweise unklar, auf welche Recherchen sie sich genau stützt. Frauen, die durchaus auch Macht hatten wie etwa die Zulu-Prinzessin Mkabayi, oder sich das Recht herausnahmen, ihre Sexualität frei auszuleben, wie in der Volksgruppe der Bassa in Kamerun. Hier war es verheirateten Frauen erlaubt, sich einen Liebhaber zu nehmen, den der Ehemann kannte. Die Kinder aus dieser Verbindung gehörten dann zum Haushalt des Ehemannes.

Die Fang-Beti in Kamerun, Gabun und Äquatorialguinea kannten Weiblichkeitskulte, bei denen die Liebe unter Frauen gefeiert wurde. Unter die Räder sind diese Kulte nicht erst mit den christlichen Kolonisatoren gekommen, sondern schon als arabische Händler und Fürsten auf dem afrikanischen Kontinent den Islam verbreiteten. Dabei kritisiert Miano auch die afrikanischen Feministinnen von heute, die sich zu sehr von ihren Wurzeln entfernt hätten.

Die Autorin beschreibt, wie sie sagt, Frauen, die nicht den Männern gleich werden wollen, „sondern sich nach den eigenen Wünschen ihre Freiheit und Entfaltung“ erobern. So plädiert sie für einen Feminismus, der stärker auf Differenz zu den Männern besteht, als es etwa in Europa und den USA heute der Fall ist. Afrikanische Frauen seien der Ursprung

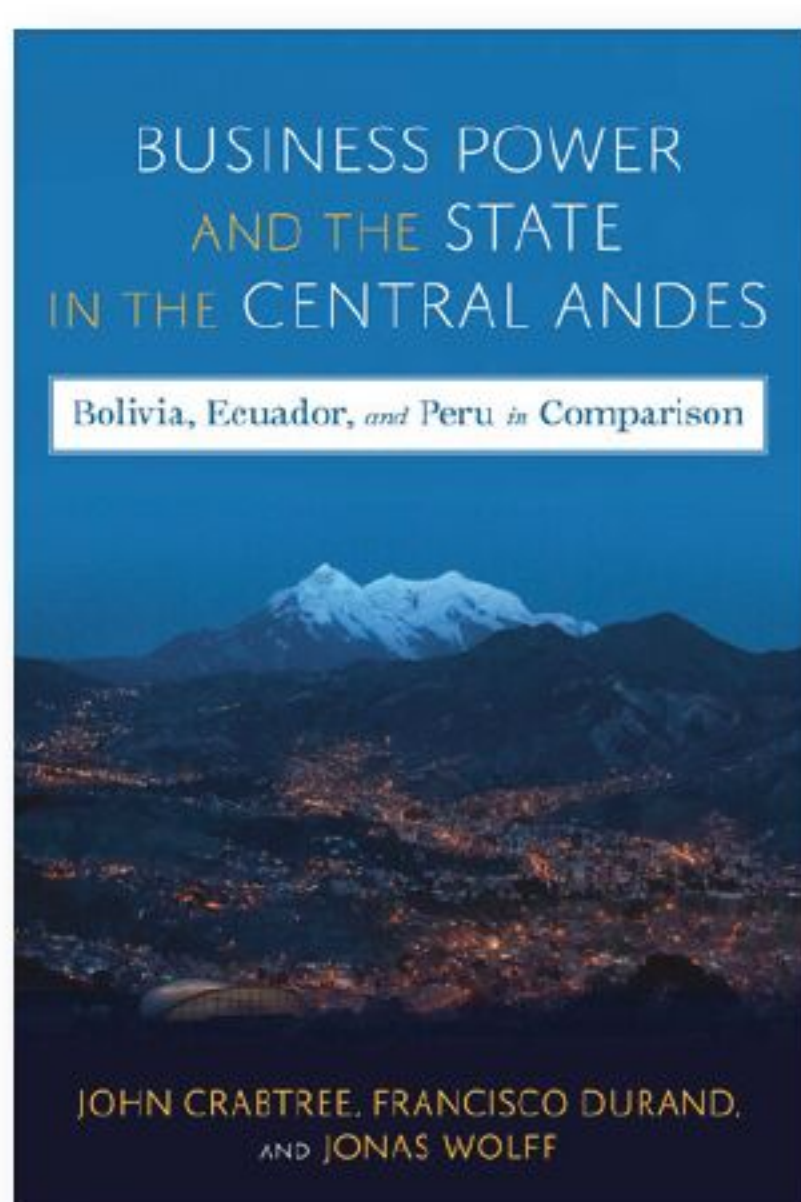
des Lebens, die „Ahninnen der Menschheit“, wie sie schreibt, und stärker als Männer. Sie könnten Leben gebären, das ist ein starkes Motiv im Buch, und dieses Motiv würde in vielen afrikanischen matriarchalen Kulturen aus der Zeit vor der Kolonialherrschaft auf vielfältige Weise beschworen. Europäischer Feminismus heute betone dagegen, dass Biologie (Gebärenkönnen) eigentlich keine Rolle spiele und Geschlechterrollen sozial konstruiert seien (Judith Butler).

Die Sichtweise Mianos ist spannend und kommt in der globalen Geschichte des Feminismus nur am Rande vor. Allerdings ist vieles an ihren Beobachtungen ungenau und pauschal, etwa wenn sie über nicht wahrgenommenen islamischen Rassismus spricht, der sehr wohl in manchen arabischen Gesellschaften wie zum Beispiel in Tunesien heute thematisiert wird.

Als Leserin wüsste man gerne, warum ihrer Ansicht nach die afrikanischen Feministinnen von heute „dem Okzident verhaftet“ sind und wen sie damit genau meint. Für ihre Beschreibungen matriarchal geprägter Kulte wünscht man sich mehr Quellen, um das nachvollziehen zu können. Und sprachlich finden sich neben den üblichen feministischen Schlagwörtern auch Wortungetüme wie etwa die Rede von einer „zivilisationellen Solidarität“, die nicht näher erläutert wird. Das ist schade, denn es nimmt dem Buch viel von seiner Wucht. Schließlich plädiert Miano dann auch für eine neue Schwesternschaft zwischen Frauen aus Subsahara-Afrika und Frauen aus dem globalen Norden, ohne auch nur andeutungsweise zu benennen, wie diese aussehen könnte.

Claudia Mende

Die Wirtschaft und der Staat in den Anden



John Crabtree, Francisco Durand, Jonas Wolff

Business Power and the State in the Central Andes

Bolivia, Ecuador, and Peru in Comparison

University of Pittsburgh Press, Pittsburgh, PA 2023

248 Seiten, rund 50 Euro

In dem Buch vergleicht ein internationales Wissenschaftler-Trio den Einfluss wirtschaftlicher Eliten auf die Staaten der Zentralanden seit der Mitte 20. Jahrhunderts.

Der Politikwissenschaftler John Crabtree, der Soziologe Francisco Durand und der Transformationsforscher Jonas Wolff zeichnen im Kern drei Epochen des politischen Einflusses wirtschaftlicher Eliten nach: Zunächst in den Jahrzehnten der Importsubstitution und staatszentrierten Entwicklung, dann in der Ära des Neoliberalismus und schließlich gegenüber der „rosaroten Welle“ linkspopulistischer Regierungen.

Die Autoren stellen den Teilanalysen zu den einzelnen Perioden und Ländern jeweils einen regionalen Überblick voran. Mit den Vergleichen identifizieren sie neben Unterschieden zwischen Bolivien, Ecuador und Peru auch übergreifende Mechanismen. Analytisch unterscheiden sie die „strukturelle Macht“ der Unternehmerschaft anhand von Inves-

titionsentscheidungen von der „instrumentellen Macht“ – hier geht es um Wege zur Beeinflussung der Regierung über Gremien oder eigenes Personal im Regierungsapparat. Dies ist im Falle Perus besonders ausgeprägt.

Als dritten Weg der Machtausübung untersuchen sie den Einfluss wirtschaftlicher Eliten auf die öffentliche Meinung. Dabei zeigt sich, dass Unternehmermacht nur im Verhältnis zum Einfluss anderer Akteure, wie der sozialen Organisationen und vor allem des Staatsapparates, zu sehen und zu beurteilen ist.

Beim Versuch, einen regionalen Überblick herzustellen, ersetzen die Autoren die komplexere Wirklichkeit jedoch bisweilen durch Stereotypen. So etwa, wenn sie behaupten, dass indigene oder kleinbäuerliche Organisationen erst in den 1960er oder 1970er Jahren die politische Bühne betreten hätten – als hätte es in Bolivien die nationale Revolution mit den vorangegangenen indigenen Aufständen und die politisch sehr aktiven indigenen Verbände

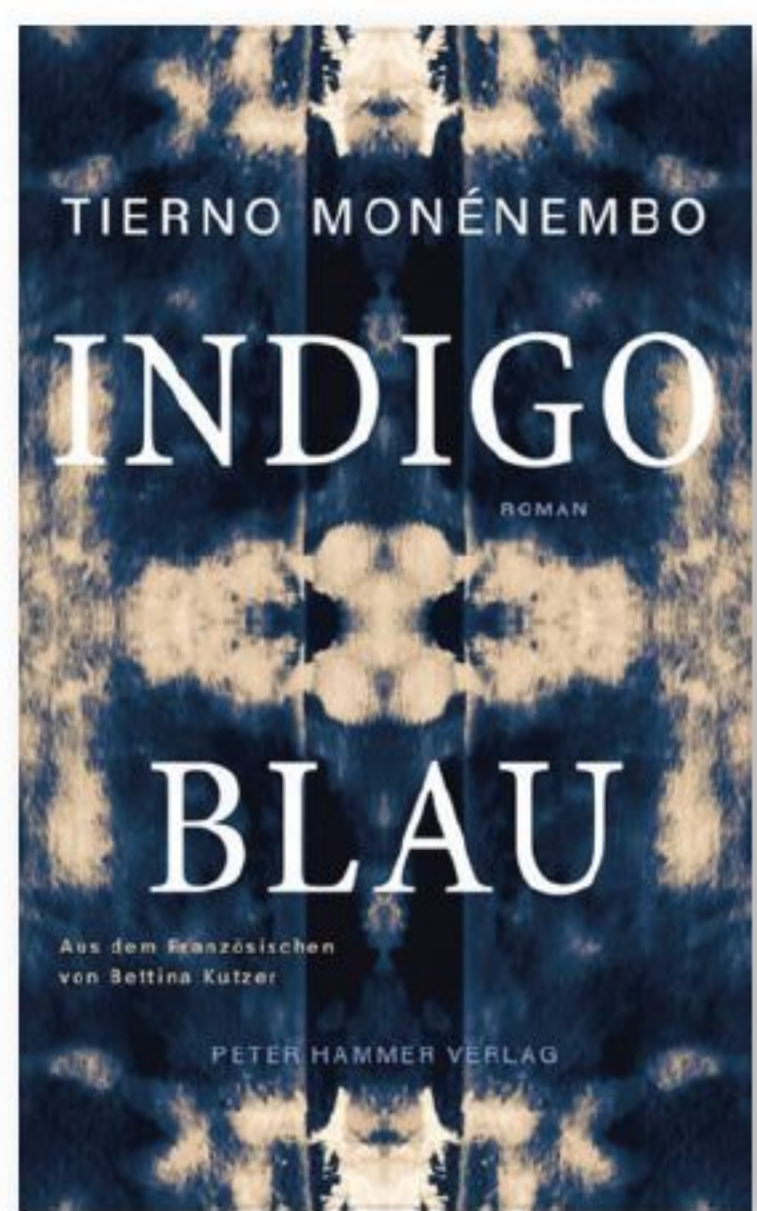
im Peru der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht gegeben. Oder wenn sie allein erwähnen, dass nach dem Ende der Militärdiktaturen in Bolivien das Unternehmertum gegen die linke UDP-Regierung mobilisiert hätte, und angesichts des wirtschaftlichen Desasters nicht auch der Gewerkschaftsdachverband.

Das Verständnis von Unternehmerschaft ist etwas eingeschränkt; so werden neue Gruppen wie die Narco- und die Goldmafia oder die neue Handelsbourgeoisie mit indigenen Wurzeln nicht berücksichtigt. Sie sind zwar im informellen Sektor wohlhabend geworden, aber viele haben die Gewinne bereits

im formellen Sektor investiert, etwa im Bau- und Bankenwesen und in Medien. Zudem nutzen Mitglieder des Regierungsapparats staatliche Ressourcen, um sich als Unternehmer zu etablieren. Dieser Wandel ist für den Einfluss auf den Staat höchst relevant, bleibt aber im Buch weitgehend ausgespart. Für die jüngere Geschichte wäre zumindest im Falle Boliviens eine stärkere empirische Vorgehensweise wünschenswert gewesen, statt sich vor allem auf politische Essays zu stützen. Insgesamt gelingt den Autoren jedoch ein durch eine klare Strukturierung erhellender wirtschaftspolitischer Gesamtblick über die Epochen hinweg.

Peter Strack

Gewaltherrschaft und Überlebenssuche



Tierno Monénembo

Indigoblau

Peter Hammer Verlag, Wuppertal 2024

270 Seiten, 25 Euro

Die Protagonistinnen in Tierno Monénembos Roman über die Diktatur in Guinea verstören durch ihre erschütternden Biografien und beeindrucken durch ihren starken Überlebenswillen.

Der Roman beginnt in einer Nachbarschaft in Paris, wo die junge Véronique (alias Atou) mühsam einen schwerbehinderten Mann im Rollstuhl über die Gehwege schiebt. Sie kommt aus Guinea und wirkt wie eine aufopfernde Pflegerin, die schlecht bezahlt Care-Arbeit leistet. Wie falsch dieser Eindruck ist, wird im Lauf der Geschichte in vielen Rückblenden deutlich, denn sie spielt in mehreren Zeitebenen. Eines Tages wird Véronique von der zweiten Protagonistin angesprochen, die sich Madame Corres nennt. Sie hört zufällig, wie Véronique in den Sprachen Guineas telefoniert, wo sie selbst einige Jahre als junge Ehefrau und Mutter lebte. Aus politischen Gründen musste sie das westafrikanische Land unter der Gewaltherrschaft von Präsident Ahmed Sékou Touré verlassen, doch die genauen Umstände gibt sie erst viel später preis.

Mit diesem ersten Mosaikstein in der facettenreichen und in Dialogform verfassten Erzählung lässt der Autor seine Leserinnen und Leser zunächst rätseln, wer diese Frauen eigentlich sind. In der Folge entfaltet sich ein komplexes Gesamtbild, das die frühere Kolonialmacht Frankreich und deren einstige Kolonie Guinea vereint.

Denn unter dem dünnen Firnis des Alltags in Paris liegt eine abgründige Schicht aus mörderischer Gewalt, die in Westafrika und auch noch mitten in Paris Opfer fordert. Deutlich wird das nach und nach aus der Sicht der Ich-Erzählerin Véronique. Zwar trifft sie sich immer wieder mit Madame Corres, aber sie fühlt sich auch von ihr bedrängt – regelrecht ausspioniert.

Vermutlich spielt Autobiografisches des preisgekrönten Autors hier hinein, denn Tierno Monénembo, der eigentlich Tierno Saïdou Diallo heißt und promovierter Biochemiker ist, musste selbst aus politischen Gründen aus seiner Heimat fliehen. Über den Senegal und die Elfenbeinküste kam

er 1973 nach Frankreich, wo er seit Jahrzehnten lebt und arbeitet. Das Beäugen und Ausspionieren unter Geflohenen aus diktatorischen Regimen in früheren Kolonialmetropolen, in diesem Fall in Paris, ist keine Seltenheit, und er kennt es vermutlich aus eigener Erfahrung.

So überrascht es nicht, dass beide Protagonistinnen mehrere Namen haben, die sie situationspezifisch nutzen. Einer der Familiennamen von Madame Corres führt bis in die französische Kolonialzeit nach Ostasien, im Fall von Véronique (Atou) nach Westafrika in die jahrzehntelange Terrorherrschaft unter Touré, der bis zu seinem Tod 1984 von anderen Staatschefs auf dem Kontinent als einer der ersten Befreier von der Kolonialmacht Frankreich verehrt wurde.

In ihrer Heimat bringt Atou einen Polizeichef um, der sie vergewaltigt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt – sie ist damals fünfzehn – glaubte sie, dieser Vergewaltiger sei ihr Vater. Erst auf ihrer anschließenden Flucht erfährt sie, dass ihre biologischen Eltern von Handlangern des Touré-Regimes ermordet wurden, was der Adoptivvater Atou verschwiegen – ihre Adoptivmutter taucht nur als Randfigur auf.

Beide Protagonistinnen dieses Romans lavieren sich in durch das von verantwortungslosen Männern geschaffene Labyrinth und die Scherbenhaufen ihres Lebens. Dabei finden sie Leidensgenossinnen, die ähnliche Schicksale teilen und die sie teilweise großzügig unterstützen. So wird Atou von einem gleichaltrigen Mädchen – einer Zufallsbekanntschaft – und deren resoluter Tante während ihrer Flucht in der Hauptstadt Guineas versteckt. Über das Schicksal dieser Frau erfährt man wenig, offensichtlich hat auch sie geliebte Menschen verloren.

Vieles in dem Roman bleibt unsagbar. Tierno Monénembo hat auch über Gewaltüberlebende in Algerien und Ruanda Romane geschrieben, die ihn als einen der wichtigsten frankophonen Schriftsteller auszeichnen. Mit Indigoblau macht er dieser Anerkennung alle Ehre.

Rita Schäfer

KULTURTIPP

Geschichte der Rohstoffausbeutung



Arbeiter beim Ausschaufeln der Auslaugungswannen im Distrikt El Toco, Chile, Anfang des 20. Jahrhunderts. In großen, mit Wasserdampf beheizten Wannen wurde der Salpeter ausgekocht. Anschließend mussten Arbeiter den übrig gebliebenen Abraum aus den heißen Wannen schaufeln.

HENRY B. SLOMAN ARCHIV

Zum 100-jährigen Jubiläum des Hamburger Chilehauses widmet das Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt (MARKK) der Hintergrundgeschichte dieses Architekturdenkmals eine Ausstellung: „Weißes Wüstengold. Chile-Salpeter und Hamburg“ zeigt, dass der Reichtum, der den Bau des Chilehauses ermöglichte, ohne die Förderung von Salpeter in Chile nicht denkbar gewesen wäre.

Die Schau zeigt vor allem die Arbeits- und Lebensbedingungen der Salpeterarbeiterinnen und -arbeiter in der Atacama-Wüste, die sich selbst Pampinas/Pampinos nennen. Als Mitte des 19. Jahrhunderts Salpeter als Grundlage für Dünger, Sprengstoff und Farben zu einem gefragten Rohstoff wurde, begann der industrielle Abbau in der chilenischen Wüstenregion, die zu den trockensten der Welt gehört. Die hohe Nachfrage nach dem sogenannten weißen Gold begründete Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts den Reichtum europäischer „Salpeterbarone“, vor allem in London und in Hamburg, darunter die Hamburger Unternehmer Hermann C.

J. Fölsch und Henry B. Sloman, der Erbauer des Chilehauses. Kolonial geprägte Produktions- und Handelsstrukturen blieben auch nach der Unabhängigkeit Chiles Anfang des 19. Jahrhunderts erhalten.

Die Rohstoffausbeutung, die Fachleute als Extraktivismus bezeichnen, ist primär auf den unverarbeiteten Export wertvoller Rohstoffe und einen hohen Kapitalertrag ausgerichtet und liegt häufig in den Händen ausländischer Kapitalgeber und Unternehmen. Damit einher gehen Umweltzerstörung, prekäre Arbeitsverhältnisse und ein hoher Verbrauch an natürlichen Ressourcen zulasten der ansässigen, oft marginalisierten örtlichen Gemeinschaften.

Zahlreiche historische Fotografien aus Privatarchiven von Nachkommen deutscher Salpeterakteure und der fotografischen Sammlung des MARKK zeugen von der Produktion des Salpeters und den Lebensumständen der Arbeiterinnen und Arbeiter in den eigens errichteten Wüstenstädten der Salpeterwerke. Die Fotos dienen repräsentativ-unternehmerischen, teils auch privaten Zwecken und bieten einen kolonial geprägten, oft auch

beschönigenden Blick auf die Abbaustätten und Lebensumstände.

Zu sehen ist, dass die Wanderarbeiterinnen und -arbeiter aus Chile, Bolivien und Peru, die vielfach aus den Bevölkerungsgruppen der Aymara, Quechua, Lickan Antay (Atacameños/as) oder Mapuche rekrutiert wurden, fernab ihrer Herkunftsorte in den Salpeterwerken Schwerarbeit unter schwierigen klimatischen Bedingungen leisteten, während die europäischen Angestellten meist ein privilegiertes, komfortables Leben führten. Einige von ihnen entwickelten eine Vorliebe für archäologische und ethnografische Artefakte. Von Leuten wie ihnen stammen auch viele Exponate der chilenischen Sammlungen im MARKK. Sie zeugen davon, dass die wirtschaftliche Erkundung und Ausbeutung des Bodens und der Region mit einer kulturellen einherging.

Schließlich eröffnen zeitgenössische Arbeiten der chilenischen Künstlerinnen und Künstler Juana Guerrero, Camilo Ortega und Francisca García kritische Perspektiven auf diese prägende Zeit und fragen nach den Überresten und Auswirkungen der extraktivistischen Wirtschaftsweise in der heutigen chilenischen Gesellschaft. Auch Lieder und musikalische Werke, wie die berühmte Cantata de Santa María de Iquique von 1969, die an die blutige Niederschlagung eines Massenstreiks der Salpeterarbeiter erinnert, sind in der Ausstellung zu hören. Videointerviews und Ausschnitte aus Dokumentationen zu den Themen Salpeter und Lithium – das neue „weiße Gold“ – präsentieren darüber hinaus unterschiedliche Perspektiven und Erinnerungen.

Hamburg

Bis 26. Januar 2025

Weißes Wüstengold

Chile-Salpeter und Hamburg

Telefon: +49 40 42 88 79 – 0

E-Mail: info@markk-hamburg.de

<https://markk-hamburg.de/>

Impressum

Redaktion:

Bernd Ludermann (bl, verantw.), Tillmann Elliesen (ell), Barbara Erbe (erb), Melanie Kräuter (mek)

Emil-von-Behring-Straße 3,
60439 Frankfurt/M.;
Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt/M.
Telefon: 069-580 98 138;
E-Mail: redaktion@welt-sichten.org

Ständig Mitarbeitende:

Katja Dorothea Buck (kb), Tübingen;
Claudia Mende (cm), München; Meret Michel (mm), Bern; Samanta Siegfried (sam), Bern; Milena Österreicher (moe), Wien; Marina Zapf (maz), Berlin

Ansprechpartner in Österreich:

Gottfried Mernyi, Kindernothilfe Österreich, Dorotheergasse 18, 1010 Wien

Herausgeber: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (VFEP), Frankfurt/Main; Vorsitzender: Lars Bedurke, Brot für die Welt, Caroline Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin

Mitglieder im VFEP: Brot für die Welt (Berlin), Christoffel-Blindenmission (Bensheim), Fastenaktion (Luzern), Kindernothilfe (Duisburg), Misereor (Aachen)

Fördermitglied und verlegerischer Dienstleister:

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH, Frankfurt/M.

Die Rubrik „Global-lokal“ erscheint in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global gGmbH.



Gedruckt auf
100% Recyclingpapier mit
dem blauen
Engel.



Anzeigenleitung: Yvonne Christoph, m-public Medien Services GmbH, Zimmerstraße 90, 10117 Berlin, Tel.: 030-325321-433, www.m-public.de

Grafische Gestaltung:

Angelika Fritsch, Matthias Koch

Druck: Strube Druck&Medien OHG, Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

Preis der Einzel-Nr.:

10,80 Euro zuzügl. Versandkosten

Preis im Jahresabonnement:

59,70 Euro, ermäßigt 44,76 Euro. Preisänderungen vorbehalten

ISSN 1865-7966 „welt-sichten“

Empfehlen Sie welt-sichten weiter. Es lohnt sich!



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Verbreiten Sie Denkanstöße

Sie schätzen unsere lebendigen Berichte und fundierten Analysen – und Sie kennen Kolleginnen, Freunde oder Verwandte, die welt-sichten vielleicht auch interessiert? Dann empfehlen Sie uns bitte weiter! Wir bedanken uns dafür mit einer Prämie.

Ihre Vorteile:

- Der neue Leser bekommt welt-sichten für 59,70 Euro ein Jahr lang nach Hause geliefert – oder als Student für nur 44,76 Euro. Voller Onlinezugang ist inbegriffen.
- Der Werbende kann zwischen drei attraktiven Prämien wählen. Sie müssen kein Abonnent sein, um neue Leser zu werben – aber Sie dürfen natürlich!

Im nächsten Heft

SUBKULTUREN

Künstlerische Subkulturen sind oft politisch oder sozial anstößig. Wie ist das bei der Punkrock-Szene in Kenia? Was steckt hinter dem Phänomen der „Flachlieger“ in China? Und wo ist die Kunstfreiheit besonders bedroht?

IRAK

Kurden genießen im Norden des Irak eine gewisse Autonomie. Wie hält sich ihre Region zwischen zahlreichen Konfliktherden?

Bitte diesen Coupon ausfüllen und abschicken an:

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt/Main

Oder füllen Sie dieses Formular online aus:
www.welt-sichten.org/leser-werben-leser

Ja, ich habe welt-sichten weiterempfohlen

Als Dankeschön möchte ich, sobald die von mir geworbene Person ihr **welt-sichten**-Abonnement bezahlt hat, folgende Prämie*:

- ☐ „Schwarzer Widerstand“ von Toni Keppeler
- ☐ „Mai“ von Geetanjali Shree
- ☐ den welt-sichten-Thermobecher



Die Prämie soll geschickt werden an:

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

KUNDENNUMMER (FALLS VORHANDEN)

DATUM | UNTERSCHRIFT DES WERBERS

* Der neue Abonnent darf nicht identisch mit dem Werber sein oder in einem gemeinsamen Haushalt mit ihm leben.

Informationen zum Datenschutz: Verantwortliche Stelle ist der Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V., Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt/M., E-Mail: redaktion@welt-sichten.org, Telefon: +49 69 58098-138. Ihre Daten werden vom weisungsgebundenen Auftragsverarbeiter Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik (GEP gGmbH), Frankfurt/M., verarbeitet. Ihre Daten werden nur für die Zwecke Ihrer Bestellung und der Kundenbindung verwendet. Es besteht keine Absicht, Ihre personenbezogenen Daten an einen Empfänger in einem Drittland zu übermitteln. Aufbewah-

Ja, ich möchte auf Empfehlung des Werbenden welt-sichten abonnieren.

Ich erhalte das Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit ein Jahr lang in den Briefkasten. Das unbefristete Abonnement kann jederzeit – jeweils vier Wochen bis zum Erscheinen der nächsten Ausgabe – gekündigt werden.

- ☐ Ich zahle den normalen Preis (inklusive Versand) von jährlich 59,70 Euro in Deutschland oder 76,80 Euro in Europa (Preisänderungen vorbehalten).
- ☐ Ich studiere und erhalte gegen Vorlage des Studierendenausweises 25 Prozent Rabatt: Ich zahle für das Jahresabo 44,76 Euro (mit Versand, Preisänderungen vorbehalten).

Mein Abonnement soll mit folgender Ausgabe beginnen:

- ☐ Ausgabe 5-2024
- ☐ Ausgabe 6-2024

- ☐ Ich möchte welt-sichten erst einmal testen und wünsche ein kostenloses Probeheft.

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL, ORT

E-MAIL (FREIWILLIG, NUR FÜR EVENTUELLE NACHFRAGEN)

- ☐ Ich möchte auch den für Abonnenten kostenlosen zweiwöchentlichen Newsletter zur Entwicklungspolitik abonnieren an die vorstehende E-Mail-Adresse.

DATUM, UNTERSCHRIFT DES NEUEN LESERS

Ihr 14-tägiges Widerrufsrecht: Sie können diesen Vertrag innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Detaillierte Informationen über Ihr gesetzliches Widerrufsrecht erhalten Sie mit Ihrer Rechnung und finden Sie unter www.welt-sichten.org/widerrufsbelehrung

rungsfristen (Löschfristen) richten sich nach gesetzlichen Vorschriften. Ihnen steht ein jederzeitiges Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten und auf Löschung Ihrer Daten sowie auf Einschränkung der Verarbeitung nach den Vorschriften der DSGVO zu. Sie haben das Recht, formlos jederzeit der Verarbeitung mit Wirkung für die Zukunft zu widersprechen. Sie haben das Recht der Beschwerde gegen die Datenverarbeitung bei der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde: Der Hessische Datenschutzbeauftragte, Wiesbaden.

Anzeige



**Mit Ausbeutung
oder mit Menschen?**

Mit Menschen.



Fairer Handel, Bildung und Rechte
für indigene Familien auf den Philippinen.
Mehr erfahren: misereor.de/mitmenschen

misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

Foto: Klaus Mellenhin